

Vertraulich/Confidentiel

Bern, den 16. September 1992

STAENDERAT
Aussenpolitische Kommission

- HAUPTPROTOKOLL** der Sitzung vom 7. / 8. September 1992,
09.30 - 17.30 und 08.00 - 11.30 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 4
- TAGESORDNUNG**
1. 92.052 ns EWR-Abkommen
Fortsetzung der kapitelweisen Beratung der EWR-Botschaft
 2. Kapitel 5 der EWR-Botschaft (Bundesbeschluss über den EWR)
 3. 92.053 ns Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur EG
 4. 92.065 ns Zusatzbotschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten (verschoben)
 5. Kurzorientierung über die neuesten Aktualitäten
 - 5.1. Jugoslawien
 - 5.2. Bildung einer Ländergruppe unter Führung der Schweiz im Rahmen des IWF (abgesagt)
 6. 92.069 ns Botschaft über die Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Ländern und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (CSFR) (siehe Teilprotokoll 1)
 7. Verschiedenes
- ORDRE DU JOUR**
1. 92.052 ns Accord sur l'EEE
Poursuite de l'examen chapitre par chapitre du message relatif à l'EEE
 2. Chapitre 5 du message EEE (Arrêté fédéral d'approbation)
 3. 92.053 ns Rapport sur la question d'une adhésion de la Suisse à la CE
 4. 92.065 ns Message complémentaire sur la poursuite de la coopération renforcée avec les Etats de l'Europe centrale et orientale (ajourné)
 5. Actualités: bref tour d'horizon
 - 5.1. Yougoslavie
 - 5.2. Création d'un groupe de pays sous la direction de la Suisse au FMI (annulé)
 6. 92.069 ns Message concernant l'approbation de l'Accord de libre-échange entre les pays de l'AELE et la République fédérative tchèque et slovaque (RFTS) (v. procès-verbal particulier 1)
 7. Divers



TEILNEHMER

Präsidium: Cavelty

Anwesende Mitglieder: Flückiger, Bloetzer, Cavadini Jean, Delalay, Gadiant, Kündig (nur am 8.9.), Onken, Rüesch, Schiesser

Entschuldigt:

Béguin, Rhinow, Simmen, Kündig (nur am 7.9.)

Weitere Teilnehmer 7.9.(Traktandum 1):

Bundesrat Delamuraz, Vorsteher EVD

Staatssekretär Blankart, Direktor BAWI, EVD

Staatssekretär Kellenberger, EDA

Botschafter Spinner, Integrationsbüro EDA/EVD

Botschafter Krafft, Direktion Völkerrecht, EDA

Minister Colombo, Integrationsbüro EDA/EVD (7.9.Vormittag)

Minister Egger, Integrationsbüro EDA/EVD (7.9.Nachmittag)

H. Stücheli, EDA

H. Ruedin, Abteilung Arbeitslosenversicherung, BIGA, EVD

Frau Wild, Abteilung Arbeitslosenversicherung, BIGA, EVD

Traktandum 6 (7.9. Nachmittag):

Botschafter Arioli, BAWI, EVD

H. Pardo, Politische Abteilung I, EDA

H. Gamma, Völkerrechtsdirektion, EDA

H. Antoniotti, BAWI, EVD

Teilnehmer 8.9. (Traktanden 2, 3, 5.1):

Bundespräsident Felber, Vorsteher EDA

Staatssekretär Blankart, Direktor BAWI, EVD

H. Schaller, GS, EDA

Botschafter Krafft, Direktion Völkerrecht, EDA

Botschafter Spinner, Integrationsbüro EDA/EVD

H. Helg, Integrationsbüro EDA/EVD

H. Stücheli, EDA

Botschafter Jenö Staehelin, Politische Abteilung I, EDA

Botschafter Fritz Staehelin, Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, EDA

H. Amberg, Abt. humanitäre Hilfe, EDA

Sekretariat: M.A. Hutter, P. Weber

Protokoll: I. Stauffer (d, 7.9.), D. Fosse (f, 7.9.)

Ch. Lombard (d, 8.9.), G. Québatte (f, 8.9.)

Bereinigung der Traktandenliste

Präsident: Die Staatspolitische Kommission (SPK) hat bereits mit der Behandlung der Ziffer II des Bundesbeschlusentwurfes über den EWR begonnen, ist aber nicht fertig geworden damit. Ihre letzte Sitzung vor der Herbstsession findet erst zwei Tage vor der Session statt. Um grosse Auseinandersetzungen zu vermeiden, sollten wir der SPK die Beratung von Ziffer II überlassen. Herr Rüesch kann seinen Antrag dort einbringen.

Gadient: Ich teile diese Auffassung, bitte aber den Präsidenten, diese Situation mit den Kommissionspräsidenten zu besprechen und solche Regelungen nicht einfach der Verwaltung zu überlassen. Ein Mitberichtsverfahren im Sinne der Parlamentsreform bedeutet, dass es eine federführende Kommission gibt und dass andere Kommissionen ihren Bericht einbringen können. Das ist eine Grundsatzdebatte wert.

Präsident: Das ist in diesem Falle so gelaufen. Herr Rhinow hat immer Wert darauf gelegt, dass seine Kommission diese Beratung führt, und ich persönlich war einverstanden. - Sind Sie auch einverstanden?

M. Delamuraz, Conseiller fédéral: Je voudrais aborder une ou deux questions d'entendement ou de procédure, tout en prenant bonne note de votre décision de laisser la Commission Rhinow procéder à une analyse plus poussée de ce chiffre II du projet d'arrêté fédéral.

En ce sens, je considère tout d'abord que l'analyse du chiffre I qui comprend les articles 1 et 2 de l'arrêté en question est virtuellement réalisée ici.

Ensuite, je vous fais observer que le chiffre II, au niveau du Conseil fédéral, a été traité totalement par M. Koller, conseiller fédéral, et, à ce propos, je pars du point de vue que le secrétariat lui fera part du fait que ledit chiffre II n'est pas inscrit à l'ordre du jour des séances de votre commission de ce jour ni de demain.

En l'occurrence, je voudrais savoir si l'on a quelque renseignement sur le calendrier de la Commission Rhinow, à savoir quand cette dernière prendra sa décision concernant le chiffre II.

Präsident: Die SPK tagt am 17./18. September 1992. - Die Kommission ist einverstanden mit diesem Vorgehen.

Rüesch: Wie steht es jetzt mit Traktandum 3, Integrationsbericht, nachdem der Nationalrat Zusatzberichte verlangt hat? Ich finde, bevor wir dieses Geschäft behandeln, sollte der Nationalrat seine Beschlüsse fassen. Das ist das übliche Verfahren des Zweikammersystems. Mindestens müssten wir in Kenntnis der nationalrätlichen Anträge diskutieren können.

Präsident: Der Nationalrat bekommt jetzt diese Zusatzberichte; das hängt nicht von unserer Zustimmung ab. Infolgedessen könnten wir die Sache beraten und vielleicht sogar die Behandlung von EWR und Integrationsbericht in der Behandlung im Rat zusammenlegen. Man kommt nicht darum, schon bei der Debatte über den EWR auch über einen EG-Beitritt zu diskutieren und zu betonen, dass das verschiedene Dinge sind. Wir könnten die Kenntnisnahme

- und nur darum geht es ja - im Anschluss an die EWR-Diskussion behandeln.

Rüesch: Es wird aber auch bei uns Kritik geben am Integrationsbericht. Der Nationalrat hat noch keine Kenntnis genommen. Wir sollten als Zweitrat die Zusatzberichte, die der Erstrat verlangt hat, auch haben, wenn wir diesen Bericht diskutieren. Ich stelle den Antrag, dass wir dieses Traktandum verschieben, bis der Nationalrat darüber befunden hat.

M. Cavadini Jean: J'éprouve le même sentiment que M. Rüesch: sur le plan formel, le Conseil national a-t-il pris connaissance de la question? Non. En ce cas, il conviendrait que nous-mêmes en prenions connaissance afin de créer une divergence et ramener le Conseil national à un meilleur entendement de par le processus d'élimination de la divergence. Sur le plan de la procédure, il me paraît difficile de prendre connaissance maintenant des délibérés en question.

Gadient: Der Nationalrat ist ja Erstrat, darum fragt es sich, ob wir heute formell überhaupt in der Lage sind, über dieses Geschäft zu befinden. Vermutlich müssen wir zwangsläufig zuwarten. Selbstverständlich können wir Aspekte aus diesem Bericht einbeziehen.

Zweitens hätte ich ein praktisches Anliegen: Es ist sichtbar geworden, wie sensibel dieser Bereich ist, und dass er möglicherweise eine sehr negative Auswirkung in die EWR-Diskussion hineinbringen kann. Ich finde es auch aus diesem Grunde richtig, hier das Trennsignal zu übernehmen.

Onken: Ich teile im Grundsatz diese Auffassung, auch weil dieses Vorgehen eine Abkoppelung vom EWR-Vertrag signalisiert. Diese Forderungen nach Zusatzberichten sind ja nicht aus einem tiefgegründeten Informationswunsch entstanden, sondern auch ein wenig, um Zeit zu gewinnen. Aber vielleicht haben wir morgen doch Zeit, uns mit diesen Anträgen des Nationalrates zu befassen und allenfalls auch selber Informationswünsche zu äussern.

Rüesch: Herr Onken ist somit auch der Meinung, dass wir das Geschäft in der Session nicht behandeln; wenn die Kommission die Beratung nicht beendet, kann es ja auch nicht behandelt werden. Dagegen können wir *als Kommission* noch zusätzliche Informationswünsche äussern.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag Rüesch

einstimmig

Präsident: Leider sind wir heute nicht gerade zahlreich: Es fehlen die Mitglieder der IPU, Herr Rhinow und Frau Simmen, die in Schweden weilen. Herr Kündig ist in Genf für ein Treffen des Lenkungsausschusses des Efta-Parlamentarier Komitees. Auch Herr Béguin hat sich entschuldigen lassen; er ist an der parlamentarischen Konferenz in Québec. - Das Geschäft von Traktandum 4, Zusatzbotschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten, wird erst in der Wintersession behandelt und braucht somit nicht schon heute diskutiert zu werden. In der Wintersession soll es laut Programm im Dringlichkeitsverfahren

von beiden Räten behandelt werden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, dass ich immer dagegen bin, ohne Not das Dringlichkeitsverfahren anzuwenden. Das schadet dem Zweikammersystem. Der nächste Schritt wäre dann die Abschaffung des Ständerates.

Zu Traktandum 5.2, Bildung einer Ländergruppe unter Führung der Schweiz im Rahmen des IWF, kann Herr Bundesrat Stich morgen erst ab 16.30 H Rede und Antwort stehen. - Die Kommission ist einverstanden, diesen Punkt fallen zu lassen.

1. 92.052 ns EWR-Abkommen

Fortsetzung der kapitelweisen Beratung der EWR-Botschaft

Kapitel 7.4: Freier Dienstleistungsverkehr

Kein Wortbegehren

Kapitel 7.5: Freier Kapitalverkehr

Gadient: In der Diskussion der einzelnen Bereiche ist verschiedentlich Kritik aufgetaucht. Wäre es möglich, dass uns seitens der Verwaltung da und dort ergänzende Hinweise gegeben würden, damit wir uns argumentativ vertieft mit der Materie befassen können?

Kapitel 7.6: Wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit

Kein Wortbegehren

Kapitel 7.7: Zahlungsbilanz

M. Delalay: Je voudrais revenir un peu en arrière, soit au chapitre 7.4 concernant les transports. En effet, lors de la séance précédente de la commission, un lien extrêmement précis a été établi entre la votation du 27 septembre sur les nouvelles transversales ferroviaires alpines, l'Accord sur le transit et l'Accord EEE.

En l'occurrence, je souhaiterais que M. Delamuraz, conseiller fédéral, confirme ou infirme l'idée que du résultat de la votation sur les nouvelles transversales ferroviaires alpines dépend le maintien de cet Accord sur le transit. Je voudrais également des précisions sur la relation que ce dernier peut avoir avec l'Accord sur l'EEE: un changement en la matière est-il intervenu depuis un mois et demi, ou la situation demeure-t-elle inchangée? Pouvons-nous continuer d'affirmer l'existence d'un lien absolu entre les deux objets précités?

M. Delamuraz, Conseiller fédéral: (ad M. Delalay): Je vous confirme qu'il n'y a aucun lien juridique entre une décision sur les NEAT, l'Accord sur le transit et l'Accord sur l'EEE, mais, qu'en revanche, il existe entre ces trois objets un lien politique évident.

En effet, les NEAT ont été jugées par le Conseil fédéral et, semble-t-il, par le Parlement, comme un outil indispensable à l'organisation de nos propres transports, soit qu'il est nécessaire à la Suisse pour pouvoir assumer son rôle en ce domaine, en particulier dans le cadre du transit nord-sud, mais

aussi, de manière plus générale, concernant la possession d'un réseau de transports combinés, performant pour notre pays. En ce sens, on peut fort bien imaginer que si la votation sur les NEAT est favorable, il ne s'ensuivra pas nécessairement un Accord sur le transit avec la Communauté, celui-ci n'étant pas dérivé de celui-là. Cependant, a contrario, il faut bien reconnaître que si le peuple refuse les NEAT, il est fort improbable que l'Accord sur le transit, négocié bilatéralement avec la Communauté puisse voir le jour sous sa forme actuelle. Théoriquement, cela est possible, mais, je le répète, tout a été négocié avec la Communauté sous l'éclairage de cette construction future, tout a été placé sous l'expression d'une certaine volonté - que nous étions, au début, presque seuls à articuler - d'un transport intégré et non d'une solution strictement routière ni même mixte.

En l'occurrence, constamment, il a été dit, aussi bien par le chef du Département des transports, à Bruxelles, quand il a plaidé en faveur de cet Accord sur le transit, que par M. Kellenberger, négociateur en chef dudit accord, que l'outil technique indispensable à la planitude de cet Accord sur le transit était l'existence des nouvelles transversales ferroviaires alpines. En revanche, si ces dernières n'étaient pas acceptées ou leur réalisation différée, en toute bonne foi notre partenaire à cet accord, la Communauté, pourrait affirmer que les conditions générales ayant présidé à la préparation et à la négociation de cet accord ne sont plus remplies de la part de la Suisse et qu'il convient alors de suspendre la procédure de ratification jusqu'à droit connu, soit jusqu'à ce que soient connues, à la suite d'un refus du peuple suisse sur les NEAT, les parades et les solutions nouvelles proposées par le gouvernement au Parlement suisse.

En ce cas, l'on pourrait alors reprendre le même traité en en modifiant éventuellement certaines parties ou bien décider de renégocier en totalité afin d'aboutir à un nouveau traité. A mon avis, il me semble que ce n'est pas anticiper que d'affirmer que telle serait la réaction de la Communauté. Monsieur Delalay, dans l'hypothèse d'un refus populaire, ne vous attendez pas à ce que le Conseil fédéral, de lui-même, le 27 septembre au soir, déclare ce traité non valable; ne comptez pas là-dessus! Si objection il devait y avoir, elle ne pourrait émaner que de la Communauté, celle-ci jugeant que les conditions générales ne sont plus assurées.

Dès lors qu'il n'y aurait plus d'Accord sur le transit ratifié cette année, tandis que, du côté de l'Autriche, tout semble être engagé sur la bonne voie, il est difficile d'imaginer un EEE tel qu'il apparaît en de telles circonstances.

En l'occurrence, ici, trois solutions sont à considérer:

- 1) la solution la plus douce - en supposant que l'on n'ait pas d'Accord sur le transit - consisterait en un Accord EEE différent de celui que l'on examine maintenant, duquel le chapitre transports routiers serait absent, jusqu'à droit connu, c'est-à-dire jusqu'à une nouvelle négociation entraînant l'obtention d'un nouvel Accord sur le transit.
- 2) une solution un peu plus lourde: la Communauté dirait que, sans Accord sur le transit, il n'y aura pas de chapitre transports dans l'EEE.
- 3) cette solution est la plus grave: elle se réduirait à déclarer que, sans Accord sur le transit, sans chapitre concernant les transports, il apparaît impossible de ratifier

un Accord sur l'EEE, et qu'il y a donc lieu d'en reprendre l'étude et la négociation sur de nouvelles bases.

Personnellement, je suis d'avis que la première solution est la moins dommageable, quoiqu'elle péjore gravement la situation des transporteurs routiers suisses. Elle signifierait un Accord sur l'EEE sans la rubrique transports routiers, soit que les Suisses, en l'occurrence, seraient interdits de cabotage intracommunautaire. Ainsi, un transporteur suisse ne pourrait donc pas être autorisé à effectuer un transport triangulaire joignant deux villes de l'EEE, sans transit par la mère-patrie, la Suisse.

La deuxième solution me semble plus grave, qui non seulement ne comporte pas de chapitre transports routiers, mais encore de chapitre transports aériens! Aux interdictions de cabotage faites aux trains routiers s'ajoute une interdiction de cabotage pour Swissair ou les autres compagnies de navigation aérienne. Dans la pratique, cela signifierait que Swissair serait condamnée à faire, dans toute l'Europe occidentale, du "doigt de gant", autrement dit à effectuer par exemple un vol Zurich-Helsinki et retour, sans arrêt intermédiaire; le cabotage consistant, après Helsinki, à toucher Stockholm par exemple, lui serait interdit, car ce vol toucherait consécutivement deux villes appartenant à deux pays de l'EEE, sans étape intermédiaire en Suisse.

Enfin, la troisième solution est infiniment plus lourde puisqu'elle implique que sans chapitre transports, il n'y a pas d'EEE.

Ainsi donc, je le répète, il n'existe, en la matière, aucun lien juridique absolu, mais politiquement, concrètement, sans les NEAT, les chances pour un Accord sur le transit sont quasi nulles; or, sans Accord sur le transit, les chances pour un chapitre transports, dans l'EEE, sont nulles. En résumé, on pourrait avoir -solution minimale- un chapitre transports, sans les routiers; ou bien pas de chapitre transports, donc ni routiers ni aériens; ou enfin -de loin, solution la plus probable- pas de chapitre transports, pas d'EEE, en l'état, mais néanmoins avec la possibilité de renégocier, au sens de l'Accord EEE, qui obligerait tous nos partenaires à "revoir leur copie". En effet, le fait que la Suisse ne pourrait pas y adhérer en temps voulu impliquerait une conférence diplomatique et, en ce qui nous concerne, une procédure éventuellement nouvelle.

C'est pourquoi, en toute bonne foi, on peut établir la liaison entre l'inexistence d'un accord sur les NEAT et celle momentanée, en tout cas, d'un EEE.

Kapitel 7.8: Wettbewerbsrecht und andere gemeinsame Regeln

Schiesser: Ich habe eine Frage zum Abschnitt 7.83, Staatliche Beihilfen, insbesondere zu den regionalpolitischen Beihilfen. Bei ganz objektiver Lektüre dieses Abschnittes mögen sich wenig Unsicherheiten ergeben; da ich jedoch einen Kanton und eine Region verrete, die betroffen sein könnten, kommen mir aus diesem Text gewisse Zweifel und Vorbehalte in bezug auf die Beibehaltung der heutigen regionalpolitischen Beihilfen. Auf Seite 366 der Botschaft wird die Frage aufgeworfen, ob die durch den Bund definierten Regionen als Regionen im Sinne der besagten Mitteilung anerkannt würden und ob die Schweiz mit einer Sonderbehandlung rechnen könnte. Dies wird dann verneint, insbe-

sondere für den Fall, dass die "ordentlichen Schwellenwerte" überstiegen werden sollten. Frage: Wie gross ist die Gefahr, dass unser System der regionalpolitischen Beihilfen nicht besteht? Was habe ich unter diesen "Schwellenwerten" zu verstehen?

M. Cavadini Jean: Ma question va dans le même sens que celle de M. Schiesser.

A la page 357 du message relatif à l'Accord sur l'EEE, il est stipulé qu'"en comparaison avec d'autres Etats, la Suisse n'accorde que très peu de subventions dans les domaines couverts par ces dispositions. On peut mentionner notamment, comme décrets tombant sous les dispositions de l'article..... l'ordonnance du Département fédéral de l'économie publique de décembre 1982 sur l'octroi de subsides pour l'encouragement de la recherche et du développement." En l'occurrence, s'agit-il de la CERS ou bien d'une autre disposition? Je souhaiterais simplement recevoir une indication un peu plus précise sur ce point particulier.

Präsident: Herr Staatssekretär Blankart, könnten Sie diese Fragen beantworten - bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen übrigens gratulieren zum Erfolg vor dem Gewerbeverband!

Blankart: Vielen Dank; der Gewerbeverband hat eben eine sehr liberale Grundtendenz, welche diesmal wieder zum Durchbruch gelangt ist, und ich freue mich natürlich darüber.

In bezug auf die Beihilferegeln brauchen wir uns nicht sehr zu fürchten, weil die nordischen Staaten mit ihren arktischen Gebieten, aber auch die Gemeinschaft, in Sachen Regionalbeihilfen sehr viel grosszügiger sind als wir. Meines Wissens haben wir die Schwellenwerte bei Weitem nicht erreicht. Jedenfalls war dieses Thema für einmal nicht ein defensiver Gegenstand in unseren Verhandlungen; im Gegenteil, wir hatten ein Interesse, diese Beihilfen der anderen möglichst unter Kontrolle zu bringen, da diese Beihilfen natürlich die Wettbewerbsbedingungen sehr viel stärker verfälschen als die unseren, die relativ harmlos sind. Was die Unterstützung der angewandten Forschung (Commission de Recherche fondée sur la pratique (CERS)) betrifft, wissen Sie, dass diese Gelder nach sehr strikten ordnungspolitischen Bedingungen vergeben werden, vorwiegend an gemischte Projekte zwischen der Privatwirtschaft und den öffentlichen Forschungsanstalten.

M. Cavadini Jean: Serait-elle interdite ou bien n'existerait-elle plus?

M. Blankart: Elle serait compatible, comme jusqu'à présent, aussi bien avec le droit communautaire qu'avec notre conscience libérale.

Spinner: Verboten sind nur handelsverzerrende Beihilfen. Nun geht es darum abzugrenzen, wann eine Beihilfe handelsverzerrend ist. In der EG hat sich seit Jahren eine Kasuistik entwickelt. Vom grundsätzlichen Beihilfeverbot ausgeschlossen sind Beihilfen sozialer Art oder Beihilfen zur Bewältigung von Naturkatastrophen, aber auch Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung benachteiligter Regionen. Die Beihilfen, die in

der Schweiz ausgerichtet werden, sind aufgrund der Studien unserer Spezialisten nach dieser Praxis erlaubt. Aber eine Garantie kann nicht gegeben werden, denn letztlich wird die Efta-Ueberwachungsbehörde beurteilen müssen, ob unsere Beihilfen handesverzerrend sind oder ob die anderen Motivationen überwiegen.

M. Flückiger: Je me permettrai de prolonger la question. En effet, il est indéniable -et cela a déjà été évoqué- que l'on s'inquiète de plus en plus, dans les régions périphériques du pays, des conséquences de l'Accord EEE sur les concurrences, dans un premier temps du moins. En ce sens, on souhaite que nous intervenions pour obtenir des mesures d'accompagnement sous la forme de soutien à l'économie de ces régions. En l'occurrence, cela serait-il encore possible? Certes, au plan de la CE, il existe un programme de soutien aux institutions de droit public des régions en question, mais il ne s'applique pas directement à l'économie.

Ainsi donc, si nous posons la question sous la forme de postulat ou, plus impérativement, sous la forme de motion, que nous répondra le Conseil fédéral, au vu du droit EEE? Cela me semble impossible! Peut-être y aura-t-il alors d'autres formes de réponse? Dans tous les cas, nous sommes confrontés à une véritable inquiétude de la part des PME.

M. Blankart: A ma connaissance, la Suisse ne verse pas de subsides directs aux entreprises et ce, ni à la production ni à l'exportation. La situation dans la Communauté et dans les pays de l'AELE s'améliore, mais encore maintenant, elle est encore plus grave que dans notre propre pays. Il est difficile de prédire l'avenir en la matière, mais l'on peut néanmoins constater que tous nos partenaires ont des subventions régionales beaucoup plus substantielles que chez nous et que, de ce fait, ils lutteront pour les conserver. Ce fut d'ailleurs déjà le cas au cours des négociations, lorsque, par exemple, la définition des régions nécessiteuses prit une certaine ampleur.

Gadient: Ich teile diese Meinung. Mit Blick auf die 54 Entwicklungsregionen, die wir in unserem Lande haben, bin ich dieser Problematik ein wenig nachgegangen. Es ist sichtbar geworden, dass das System, das wir heute anwenden, wohl akzeptabel bleibt und selbst bei einem EG-Beitritt weiterhin angewendet werden könnte. Das Problem ist ein anderes: Schon in der Phase EWR wird sich vermutlich die wirtschaftliche Konzentration in Richtung der Zentren verstärken. Deshalb müssten die regionalpolitischen Anstrengungen verstärkt werden. Es wäre wertvoll, wenn man das gebührend zum Ausdruck bringen könnte.

Kellenberger: Man hat Untersuchungen zu dieser Problematik durchgeführt und festgestellt, dass es zwei Kategorien von Beihilfen gibt: solche, die sich auf den Wettbewerb überhaupt nicht auswirken und solche, die - bei extremer Auslegung - Wettbewerbsverzerrung herbeiführen könnten. Dort sind aber die Ansätze so tief, dass sie deshalb kein Problem sind. - Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete hat sich ja auch intensiv mit diesem Thema befasst; sie ist zum Ergebnis gekommen, dass sich in bezug auf diese regionalpolitischen Beihilfen keine Probleme stellen sollten.

Blankart: Ich bin nicht sicher, Herr Ständerat Gadiant, dass der EWR in der Schweiz eine Konzentration der Produktion auf die grossen Zentren zur Folge haben wird. Gerade heute, wo vieles dezentral - mit Computer und durch Arbeitsteilung - produziert wird, scheint diese Tendenz eher rückläufig zu sein. Ein Beispiel: Die Wegmaschinenfabrik Sulzer in Zuchwil hat noch vor vier Jahren 60 Prozent der Wertschöpfung im eigenen Betrieb gemacht. Heute sind dies noch ca. 40 Prozent; den Rest hat diese Firma an kleinere Zulieferer abgetreten. Die Arbeitsteilung zwischen Gross-, Mittel- und Kleinbetrieben erfolgt nicht zuletzt aus betriebswirtschaftlichen Rationalitätsgründen. Dieses Phänomen ist nicht einmalig, sondern lässt sich an verschiedenen Orten beobachten, so dass die flächendeckende Industrialisierung der Schweiz durch grosse, mittlere und kleine Betriebe eher noch intensiviert werden dürfte, falls der EWR angenommen wird.

Spinner: In der EG gibt es ja das Instrument des Regionalfonds, der über ein ausserordentlich grosses Finanzpaket verfügt. Eines der Ziele dieses Regionalfonds ist es, durch Beihilfen zu verhindern, dass diese Konzentration auf die Zentren stattfindet.

Präsident: Besteht nicht die Gefahr, dass es zu einer Ungleichbehandlung zwischen Grenzregionen und anderen Regionen kommt? Bei Grenzregionen wirkt sich eine solche Beihilfe natürlich sofort grenzüberschreitend aus.

Spinner: Es gibt auch in Grenzgebieten Beihilfen für spezifische Bedürfnisse, die nicht unbedingt handelsverzerrend sein müssen. In der EG werde Regionalhilfen gerade auch in Grenzregionen gewährt. Dass an der Grenze eine spezielle Gefahr von Handelsverzerrung bestünde, kann ich nicht bestätigen.

Onken: Wenn die EG von "Regionen" und von einem "Regionalfonds" spricht, meint sie natürlich etwas anderes, als was wir darunter verstehen. Ich frage mich, ob die bisherige schweizerische Definition - diese Mikroregionen - in dieser Form wird aufrecht erhalten bleiben können, zumal da ja Regionen darunter sind, die im landläufigen Sinne als prosperierend bezeichnet werden müssen. Vielleicht wird man hier zu einer anderen Abgrenzung kommen und sich vermehrt auf die bedürftigen, unterstützungswürdigen Regionen konzentrieren müssen, damit die Mittel nicht wie bisher nach dem Giesskannenprinzip verteilt werden.

Rüesch: Werden aus diesem Regionalfonds der EG Projekte in Provinzen der Mitgliedstaaten unterstützt zwecks Förderung unterentwickelter Provinzen?

Spinner: Es werden konkrete Projekte finanziert, z. B. eine Brücke auf dem Peleponnes oder eine Autobahnverbindung in Regionen, die eine unterentwickelte Infrastruktur haben. Es werden also Projekte finanziert, und das Geld wird nicht einfach einem Mitgliedstaat zur Verfügung gestellt, damit er intern Regionalpolitik macht.

M. Delamuraz, Conseiller fédéral: Je voudrais faire une remarque générale qui m'est dictée par vos différentes interventions et, en particulier, par celle de M. Onken.

Une erreur souvent commise est d'imaginer que, dès lors que l'on appartient à la Communauté ou, plus simplement à l'EEE, l'effet de nivellement du rouleau compresseur Bruxelles change complètement les distributions géoéconomiques et nous conduit à une modification fondamentale du paysage économique. Or, cela est faux!

Certes, lorsque j'entends tel ou tel gouvernement cantonal suisse déclarer vouloir être directement représenté à Bruxelles, à l'instar des Bavarois, sans que le gouvernement fédéral n'ait à en souffrir, je dois sans doute rappeler des ordres de grandeur: il est bien évident que la signification, comme acteur économique, de la Bavière, est plus grande que celle du Pays de Vaud et que, par conséquent, dans la réalité du volume des échanges, le Pays de Vaud ne peut être considéré comme un interlocuteur à l'égal de la Bavière.

En ce qui concerne les structures et les systèmes, ils sont semblables, mais à une autre échelle. Tout se passe de la même façon dans les pays et, en particulier, dans les pays soit fédéralistes soit décentralisés -et nous le sommes par excellence. Je ne vois, à aucun moment, que les structures intérieures que nous avons créées doivent, du point de vue de la logique des accords, être remises en cause par l'EEE et par tous les accords qu'il comporte. A ce propos, je souligne que nous aurons peut-être intérêt à regrouper de nous-mêmes, ici ou là, des régions de Suisse entre elles, bien que cela s'avère difficile du fait de la géographie très compartimentée de notre pays. On pourrait imaginer que deux micro-régions, comme les nommait M. Onken, aient intérêt à pratiquer la synergie intérieure en se regroupant et, par là, à se compléter. Cependant, il convient de préciser que ce qui précède ne sera jamais un effet déclenché et encore moins exigé par l'EEE, mais que ce sera bien le jugement que nous aurons à apporter à nos propres organisations, à notre propre efficacité qui pourra nous conduire à une telle conséquence.

En l'occurrence, je pense que même s'il existe une différence de dimensions entre tel ou tel pays, les structures publiques de chacun ne sont, en aucun cas, dénaturées par l'EEE: certes, par exemple, la France monarchique, centralisée et jacobine a, paradoxalement, perdu quelque peu de sa centralisation, de son jacobinisme au cours des années passées au sein de la Communauté, mais jamais je ne croirai que, de par l'appartenance de la France à la Communauté, la Bretagne ou la Provence ont perdu leur identité propre! Evidemment, dans le cas de la France, les dimensions sont plus importantes qu'en Suisse: il est plus facile d'avoir sa place au soleil lorsqu'on est grand que lorsqu'on est tout petit! Il n'empêche, je le répète, qu'en aucun cas, l'EEE n'entraîne une quelconque transformation des structures publiques. Ainsi donc, en Suisse, une politique régionale en tant que telle n'est pas mise en cause par l'appartenance de notre pays à l'EEE; simplement, il nous appartient de savoir si ladite politique est adaptée ou non, si l'on peut la moderniser.

En revanche, le "paysage" risque de se modifier davantage dans les régions transfrontalières où, par la force des choses, l'on accomplit actuellement un travail de soudure et de coopération régionales remarquable, puisqu'il emprunte à deux, voire à trois législations nationales différentes, à trois systèmes -et je pense ici en particulier à la regio basiliensis. L'on

parvient à cette coopération à partir de données initiales très différentes les unes des autres.

Or, l'un des mérites de l'EEE est d'atténuer ces "divergences" de points de départ en matière de législation et de faciliter le franchissement de la frontière aux personnes, aux marchandises, aux services. Ainsi donc, l'EEE signifiera, pour ces régions transfrontalières, que celles-ci joueront un rôle moins diversifié qu'actuellement, et que les méthodes, les types de réflexion communs changeront davantage que pour les régions proprement intérieures de notre pays. Néanmoins, cela ne signifie absolument pas la disparition de ces mêmes régions transfrontalières: leur matière est un peu différente, leurs points de départ et leur coordination nationale - à deux ou à trois - facilités, mais la nécessité demeure de ces cordons le long de toutes nos frontières, qu'il s'agisse de la coopération de la regio basiliensis, jurassienne, de la coopération translémanique, de celle, particulière, de Genève ou de la coopération tessinoise.

Certes, on aura de ces dernières une autre image mais, néanmoins, les structures traditionnelles ne disparaîtront pas, tant s'en faut.

Gadient: Es gibt natürlich Problembereiche, die in der Bevölkerung besonders deutlich wahrgenommen werden - die Jagd z. B. Hier handelt es sich um einen so sensiblen Bereich, dass, wenn es nicht gelingt, die Bedenken auszuräumen, dass das schweizerische Patentjagdsystem tangiert wird, geradezu das Ständemehr gefährdet sein könnte. Auch die Regionalpolitik ist ein Bereich, der stark wahrgenommen wird, wie immer man nun die Funktionsweise dieser 54 Entwicklungsregionen wertet. Obwohl gewisse Retuschen nötig sein werden, kann man feststellen, dass es sich hier um eine massgeschneiderte schweizerische Lösung handelt, und die Regionen anerkennen dies durchaus. Wenn man sieht, in welchem Masse hier der Konzentration vorgebeugt werden konnte, weiss man, weshalb diese Institution in der Peripherie so geschätzt wird. Entsprechend wird ja auch über die Auswirkungen des EWR in diese Sphären hinein diskutiert. Deshalb müssen wir jetzt überlegen, ob wir dieses Kapitel einfach ad acta legen dürfen oder ob wir nicht ein Zeichen setzen sollten. Man muss ja unterscheiden zwischen dem instrumentalen und dem materiell-substanziellen Bereich. Instrumental werden wir einigermaßen EWR-konform sein, und dort, wo es in die materielle Sphäre hineingeht und möglicherweise der Wettbewerb tangiert sein könnte, erfolgt dies nicht mit der gleichen Intensität wie im Ausland. Aber, Herr Staatssekretär Blankart, ich habe natürlich nicht apodiktisch gesagt, dass der EWR generell zu einer vorprogrammierten Konzentration führen wird. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass viele Fachleute der Meinung sind, dass aufgrund der ganzen Voraussetzungen eine Konzentration mindestens riskiert werden muss. Die Abschaffung des Saisonierstatuts wird natürlich gewaltige Auswirkungen haben; denn die Möglichkeit des Stellen- und Wohnsitzwechsels wird die weniger attraktiven Regionen treffen. Von daher kommt mein Anliegen: Man kann einerseits bestätigend wirken und bekräftigen, dass die Regionalpolitik in ähnlicher Weise fortgesetzt werden kann. Aber wir werden uns auch darauf besinnen müssen, dass es einer allfälligen unerwünschten Konzentration zu begegnen gilt und dass wir eher noch eine Verstärkung des regionalpolitischen Mitteleinsatzes vorsehen müssen, um diesen Tendenzen vorzubeu-

gen. Ich habe das bisher in den Diskussionen immer so "verkauft", und es wurde akzeptiert. Es geht ja darum, unnötige Nein-Stimmen zu einem EWR aufzufangen.

Onken: Gibt es eine differenzierte Studie über die Auswirkungen des EWR auf die Grenzgebiete?

Spinner: Auf unserem Amt wurde das nicht gemacht. Was vorliegt, ist eine Studie aus Basel.

Kellenberger: Es gibt auch eine Studie aus St.Gallen.

Präsident: Herr Onken wäre Abnehmer dieser Schriften.

M. Delamuraz, Conseiller fédéral: (ad M. Onken): Il existe, en effet, un certain nombre de rapports du Conseil d'Etat au Grand Conseil, dans plusieurs cantons -je pense en particulier à Genève- et c'est sans doute dans ces documents qu'il faut aller chercher quelques réponses -parfois très fragmentaires car il n'y a pas de systématique et les éclairages sont souvent très différents les uns des autres. En l'occurrence, le Bureau de l'intégration pourrait établir une liste des rapports connus et fournir de la sorte une documentation aux membres de votre commission.

A propos des cantons frontaliers, je voudrais souligner que les problèmes ne se posent pas seulement en termes d'organisations régionales, soit leur maintien au bilan, mais encore en termes de substance, en particulier dans le secteur de la libre circulation des personnes. Il est bien évident que les mesures sociales qui sont liées à la libre circulation des personnes créent des différences plus importantes entre la situation actuelle et celle entraînée par le futur EEE, pour les cantons transfrontaliers que, par exemple, pour le canton d'Obwald, que pour les cantons qui n'ont pas à maîtriser le problème transfrontalier. Et c'est en ce sens que plusieurs orateurs sont intervenus, au Conseil national, lors de la discussion du plénum en la matière.

Präsident: Ich hätte noch eine Frage zum Wettbewerb: Wer setzt eigentlich das Verbot von wettbewerbsverfälschenden Vereinbarungen durch? Auf Seite 358 der Botschaft steht, dass bereits bestehende Vereinbarungen innert sechs Monaten zu melden sind. Heisst das, dass man hier sozusagen zur Beichte gehen muss?

Spinner: Die Ueberwachungsbehörde der Efta-Staaten wird ab Inkrafttreten des EWR-Abkommens Verträge entgegennehmen zur Prüfung, ob sie vereinbar sind mit den neuen Regeln. Die Unternehmen beurteilen selbst, ob sie unter die Freistellungen fallen. Es gibt klare Weisungen der EG-Kommission, die wir übernommen haben und die zu Weisungen der Ueberwachungsbehörden werden. In diesen Weisungen wird klar angegeben, bis zu welchem Umsatz, bis zu welcher Anzahl von Angestellten ein Unternehmen von den Wettbewerbsregeln ausgenommen ist. Nur Unternehmen, die über diesem Level der Relevanz sind, müssen sich darum kümmern, ob ihre Absprachen Auswirkungen haben über die Schweizer Grenze hinaus. Wenn das zutrifft, können sie ihre Verträge der Efta-Ueberwachungsbehörde zur Kontrolle unterbreiten. Dann findet - ähnlich wie in der EG-Kommission - zunächst ein formloses Gespräch statt zwischen den Mitgliedern dieser Ueberwachungsbe-

hörde und den Unternehmern, und es werden Ratschläge erteilt. Erst wenn das Unternehmen diese Ratschläge nicht befolgt, beginnt eine förmliche Untersuchung. Aber vor Ablauf dieser Frist von sechs Monaten werden keine formellen Verfahren eingeleitet. - Es ist vorgesehen, dass man sehr viel durch die Wirtschaftsverbände und Handelskammern erklärt, dass man den Dialog sucht, so dass der Uebergang relativ schmerzlos stattfinden sollte. Die Erfahrung in der EG hat übrigens gezeigt, dass von 1000 Verträgen, die mit dem Wettbewerbsrecht nicht konform sind, am Schluss vielleicht 1 oder 2 Fälle vor die EG-Kommission kommen.

Präsident: Spielt da nicht die Grenzregion eine spezielle Rolle? Eine Vereinbarung zwischen einem Bauunternehmer und einem Kieswerk in Schuls wirkt sich natürlich sofort auch über die Grenze hinaus aus, während ein gleichartiger Zusammenschluss in der Innenschweiz keine Auswirkungen auf das Ausland hat.

Blankart: Wie Herr Spinner gesagt hat, sind nur die grossen, wesentlichen Wettbewerbsbeschränkungen betroffen, sofern sie sich auf den Handel zwischen den EG-Staaten auswirken. Wettbewerbsbeschränkungen, die sich auf den Handel zwischen Efta-Staaten auswirken, sind für die Schweiz kein sehr relevantes Problem, da wir den grossen Teil unseres Handels mit der EG abwickeln. Aber die EG-Kommission gibt sich mit Bagatellfällen nicht ab; sie befasst sich mit grossen Brocken wie z. B. der Fusion zwischen Nestlé und Perrier.

Vergessen wir nicht, dass wir schon heute voll dem EG-Wettbewerbsrecht unterstehen, weil die Wettbewerbsverzerrungen nicht dort, wo sie verursacht, sondern dort, wo sie sich auswirken, ins Recht gefasst werden. Deshalb haben wir schon verschiedene wettbewerbspolitisch relevante Fälle gehabt - ich erinnere an den Farbstofffall Ciba-Geigy/Sandoz oder den Fall Roche/Adams -, bei denen EG-Recht angewandt worden ist.

Das Kapitel über die Wettbewerbsregeln ist zwar komplex, aber es wird m. E. an der heutigen Situation nicht sehr viel ändern. Der einzige Anwendungsbereich, der vielleicht etwas unter Beschuss geraten könnte, sind die Importkartelle, d. h. jene Abmachungen zwischen schweizerischen Firmen, vor allem auch vertikaler Natur, die zur Folge haben, dass trotz Freihandelsabkommens bisher kaum ausländische Industriewaren eingeführt werden konnten, im Bereich der Badezimmerinstallationen vor allem. Aber als Liberale haben wir gar kein Interesse daran, dass diese den Markt abschirmenden Importkartelle Bestand haben, welche zur Folge haben, dass das Preisniveau in der Schweiz sehr viel höher ist als in den umliegenden Staaten und dass der schweizerische Landwirt z. B. seine Investitionsgüter zu sehr viel höheren Preisen beschaffen muss als sein französischer oder deutscher Kollege.

Spinner: Wenn ich von "Bagatellfällen" gesprochen habe: In den Augen der Kommission liegt ein solcher Fall vor, wenn die an einer Absprache beteiligten Unternehmen einen Jahresumsatz von weniger als 400 Millionen Schweizer Franken haben oder wenn sie weniger als 5 Prozent des relevanten Marktes beherrschen.

Kapitel 7.9: Horizontale und flankierende Politiken

M. Cavadini Jean: Dans le chapitre "Recherche et Développement", soit à la page 408 du message, on annonce les crédits d'engagement qui devront être envisagés pour notre participation. Ceux-ci se répartissent sur une période triennale, de 1993 à 1996 et se montent à 477 millions de francs.

En l'occurrence, je voudrais savoir si nous continuerons à faire face à nos engagements ou bien si ces crédits-là pourraient aussi se trouver raccourcis. Les engagements susmentionnés nous mettent-ils à l'abri de mesures dont on comprend la nécessité sur d'autres points? En un mot, ces crédits sont-ils garantis?

Onken: Diese Kredite sind ja in einer Sonderbotschaft dem Parlament vorgelegt worden. Unsere Kommission hat ihnen zugestimmt; sie hat auch der Tatsache zugestimmt, dass dort vorgesehen ist, die Kredite auch für den Fall zu sprechen, dass der EWR vom Volk nicht angenommen wird. - Frage: Wie sind die Chancen zu beurteilen, dass wir uns im Falle des Scheiterns des EWR in bilateralen Verhandlungen doch noch teilweise oder ganz an diesen Forschungs- und Bildungsprogrammen beteiligen können?

M. Delamuraz, Conseiller fédéral: En ce qui concerne les crédits qui devraient être engagés par la Suisse, au moment de sa participation à l'EEE, il convient de distinguer deux types de participation:

1) La participation obligatoire: l'EEE, dans certains de ses domaines, a un barème des cotisations, en quelque sorte. Les membres doivent honorer, rubis sur l'ongle, les montants qui leur sont demandés. C'est ainsi que, sauf négociation pour années suivantes si le péril des situations financières nationales l'y oblige et exception faite du cas où un accord nouveau et des barèmes plus doux seraient trouvés, il s'agit ici d'une obligation à laquelle la Confédération, à l'instar des autres participants, doit s'engager sans possibilité aucune d'interprétations ni de nuances. Les connaisseurs du traité en question pourront préciser lesquelles de ces dépenses relèvent véritablement de ce domaine obligé où la latitude de manoeuvre, une fois le traité signé et ratifié, est nulle.

2) La participation dans les autres domaines. Là, il s'agit soit de l'effort intérieur soit d'une participation à l'égard de l'extérieur qui n'est pas déterminée par un barème, dans laquelle les pouvoirs discrétionnaires nationaux sont sauvegardés, et pour laquelle il appartiendra au Conseil fédéral puis aux Chambres de savoir jusqu'où doit les guider l'opportunité. En l'occurrence, ces programmes recèlent un certain nombre de clés mais ils concernent essentiellement le marché intérieur et beaucoup moins la dotation extérieure. En outre, dans ce domaine, les variations possibles ne sont réelles qu'à l'intérieur du pays. Mais justement, en ce qui concerne les crédits dits "internes", l'on peut se demander s'il sera opportun de les faire varier: c'est là toute la problématique de la discussion financière actuellement en cours.

Dans l'éventualité d'un vote négatif en la matière, je puis vous dire, Monsieur Onken, qu'il ne faut pas imaginer que tout ce qui a été entrepris jusqu'ici en matière de programmes de recherche, comme tout ce qui pourrait être entrepris encore

davantage si nous sommes dans l'EEE, tombe et est définitivement abandonné: les choses ne sont pas aussi simples! En effet, il est assez vraisemblable que les autres partenaires auraient, dans certains domaines en tout cas, quelque intérêt à ce que la Suisse poursuive sa participation.

En réalité, ces programmes en question, s'ils sont touchés en partie par l'EEE, étaient, pour beaucoup d'entre eux, jusqu'à maintenant, hors EEE voire même hors Communauté - et je pense ici au programme EUREKA qui n'est pas un programme communautaire. C'est pourquoi le non à l'EEE ne jetterait pas tout par terre dans ce domaine particulier. Cependant, il convient néanmoins de garder présentes à l'esprit deux conditions:

1) Les possibilités de développement harmonieux, je dirais presque, automatique, n'existeront plus, comme cela aurait été le cas dans des programmes EEE qui, pour certains d'entre eux, auraient repris les programmes actuels. Il faudrait donc entreprendre une nouvelle négociation; celle-ci est tout à fait imaginable en ce domaine précis, à l'inverse d'autres domaines dans lesquels elle apparaît comme vraiment inimaginable! Mais, en aucun cas, cette négociation bilatérale ne pourrait aboutir à des résultats plus favorables pour la Suisse que pour les autres pays, au sein de l'EEE; elle se ferait à prix beaucoup plus fort pour notre pays.

2) Cette deuxième condition ne doit jamais être perdue de vue: un des avantages de cette démarche est de nous permettre de participer à la préparation, à l'organisation et à l'inflexion des programmes communautaires. En effet, jusqu'à maintenant, nous avons le droit de payer! La participation aux programmes était plus compliquée, plus difficile; même avec l'EEE, nous n'y avons pas entièrement accès, comme ce serait le cas si nous étions membres de la Communauté. Il convient de préciser ici que sans EEE, même avec de bonnes négociations bilatérales, la grande faiblesse en ce domaine serait que notre pouvoir de codécision serait extrêmement limité, pour ne pas dire nul!

Gadient: Im Bereich der Sozialpolitik werden 24 EG-Richtlinien zu übernehmen sein. Wir müssen ja davon ausgehen, dass der EWR, wenn er glaubwürdig umgesetzt werden soll, selbständig operabel sein muss, und zwar auf eine längere Zeit. Wer diese Erkenntnis vorher nicht gehabt hat, der hatte sie mindestens in der Folge der nationalrätlichen und der öffentlichen Diskussion. Ich bin der Meinung, dass sich dies vertreten lässt und dass die institutionellen Schwächen in der gesamtheitlichen Würdigung aufgehen müssen, die eben doch ein akzeptables Resultat zeitigen kann. - Zwei Fragen: 1. Einerseits sind ja unsererseits flankierende Massnahmen verlangt worden, um Risiken auffangen zu können, im Lohnbereich z. B. Wie gedenkt sich da der Bundesrat zu verhalten: Will er die Ja-Aberisten - deren Ja immer kleiner und das Aber immer grösser wird - mit irgendwelchen Zugeständnissen befriedigen, und wenn ja, auf welche Weise? 2. Es ist natürlich klar, dass mit der ausgehandelten institutionellen Mechanik der Motor EG in all diesen Fragen eine ganz entscheidende Rolle spielen wird und dass wir zu einem gewissen Nachvollzug verpflichtet sein werden. Wenn im sozialpolitischen Bereich massgebliche Aenderungen beschlossen werden sollen, braucht es ja in der EG Einstimmigkeit. Wird nun diese Voraussetzung beibehalten, oder sind Lockerungen zu erwarten, eine Tendenz zum Mehrheitsbeschluss?

M Delamuraz, Conseiller fédéral: (ad M.Gadient): A la première question, je répondrai que nous devons être clairs: dans le paquet Eurolex, nous avons, dans les questions sociales comme dans toutes les autres, limité les exigences à ce qui était rigoureusement nécessaire à l'accomplissement en Suisse de la législation communautaire que nous reprenons en compte dans le cadre de l'EEE. Et cela représente, en définitive, peu de chose car notre droit est beaucoup plus développé dans un sens compatible avec la Communauté que ce que l'on a pu en dire! En effet, nous appartenons au même ordre juridico-philosophico-politique et cette grande similitude ne doit pas nous étonner. Néanmoins, un certain nombre d'adaptations sont à entreprendre, mais très peu nombreuses dans le domaine social, même si certains, jugeant excessifs les risques qui accompagneraient, non du fait juridique mais économique, la mise en place de l'EEE, réclament des mesures d'accompagnement.

Je confirme ici l'attitude du Conseil fédéral, exprimée devant le plénum: il est prêt à envisager l'étude d'un certain nombre de mesures visant à éviter des réactions trop brutales et sans transition découlant de l'application de l'EEE dans quelques régions fragiles, en particulier les régions-frontières. Cependant, le Conseil fédéral ne proposera pas de mesures allant dans ce sens dans un délai trop bref car il faut laisser s'accomplir l'EEE et n'intervenir qu'ensuite. En outre, le Conseil fédéral ne proposera pas de mesures qui tendent vers une négation de tous les principes de l'EEE car si celui-ci est, comme on le dit, un appel d'air, une ouverture libérale, nous ne pouvons pas le corriger immédiatement après avoir proclamé les beaux principes, par toutes sortes de moyens coercitifs, interventionnistes qui vont fondamentalement à contresens de cette démarche.

Pour prendre un exemple: je ne jugerais pas possible de garantir des salaires minimaux, dans notre système, et ce, de façon globale. Il convient, à ce propos, de rappeler qu'en matière de risque de "dumping" des salaires et de "dumping" social, on ne doit pas céder à des schémas. Certes, ce risque peut exister mais on en grossit fortement les influences. Ainsi, le fait pour certaines régions d'Allemagne d'appartenir à la même Communauté que la France voisine n'a nullement engendré cet appel de forces de travail françaises en Allemagne, qui, logiquement, à voir les conditions de rémunération, aurait dû se produire, en signifiant un "dumping" des salaires en Allemagne, notamment dans les régions frontalières, au profit des travailleurs français. Ce n'est pas ce qui s'est passé. En vérité, la création d'emplois et la meilleure lutte contre les risques de "dumping" social ou des salaires, c'est d'avoir des conditions de prospérité pour ces entreprises qui soient les meilleures possible, c'est, par conséquent, de vivre l'ouverture amenée par l'EEE, d'une manière générale. En définitive, les risques sont beaucoup plus faibles qu'on ne l'imagine: le travailleur français qui irait en Allemagne, comme le travailleur ressortissant de l'EEE qui viendrait en Suisse à la faveur de l'EEE, ont à payer les conditions qui sont de mise respectivement en Allemagne et en Suisse, que ce soit en ce qui concerne les loyers, les prix etc. L'étranger établi en Suisse, à la faveur de l'EEE, fera son calcul. Dès lors, ce serait illusoire d'imaginer que l'on va pouvoir attirer, d'un coup, un très grand nombre de

ressortissants de l'EEE en les sous-traitant et en pensant que ces derniers se satisferont de conditions que les travailleurs suisses n'acceptent plus! Le problème n'est pas aussi schématique.

Je suis parfaitement conscient du fait qu'ici ou là des risques surgiront, mais mettre en place un immense système interventionniste pour prétendre conjurer la totalité de ces risques, lesquels sont plus illusoire que réels, c'est une voie que le Conseil fédéral ne veut pas suivre et dont il ne veut pas accompagner, en charge et en ballast, la réalisation de l'EEE.

En ce qui concerne le développement de la politique sociale à l'intérieur de la Communauté et ses répercussions possibles, directes ou indirectes sur le futur EEE, je dirai que l'état actuel du développement des politiques sociales dans la Communauté, d'un point de vue objectif, n'est pas très satisfaisant. En effet, la politique sociale à l'intérieur de la Communauté se fait, pour l'essentiel, dans chacun des douze pays de la Communauté, selon des politiques et des législations nationales. Certes, il existe un "Grund" communautaire, mais en matière sociale, ce dernier n'est pas très élevé. Or, comment va-t-il se développer? Il faut d'abord prévoir une immense parenthèse Maastricht car, d'une part, à l'intérieur de la Communauté, Maastricht n'est pas encore fait, et, d'autre part, même s'il se réalise, le Royaume-Uni a bénéficié de l'exception sociale dans les Accords de Maastricht qui se développeraient ainsi, dans ce domaine, à onze et non à douze, du moins pendant un certain temps. Dès lors, à supposer même que Maastricht se fasse et que quelques éléments de politique sociale se développent consécutivement à Maastricht, les effets sur l'EEE seront quasiment nuls!

Je ne conçois pas le fait que la Communauté qui ne parvient pas à faire passer cette politique aux Douze, pendant un certain nombre d'années, veuille se mêler d'essayer de l'étendre à l'EEE. A mon avis, elle commencera par faire de l'ordre chez elle. C'est ainsi que je ne perçois aucune perspective de développement social consécutif à Maastricht, qui ait des conséquences dans les années à venir, sur la Suisse, via l'EEE. En revanche, il est bien évident que dans les développements communautaires possibles, il y aura sans doute un certain nombre d'améliorations de la politique sociale, mais, selon moi, ils seront très lents et de moindres dimensions car l'on sent que le non-consensus britannique, et autres, fera problème. De surcroît, la situation économique n'est pas de nature à inciter à la pratique de politiques de très grands élans ni de très grande générosité en ce domaine. Les perspectives de développement social, via l'EEE, en quelque sorte inspirées, voire entraînées par la Communauté, sont, pour la Suisse, dans les prochaines années, faibles. Telle est l'appréciation que je puis faire de la croissance en la matière.

M. Delalay: S'agissant de la politique sociale, je voudrais mettre en évidence un domaine un peu particulier, le chômage et le problème de son importation.

Certes, les chômeurs étrangers ne pourront pas venir en Suisse pour bénéficier des indemnités de chômage dès le premier jour de leur arrivée dans notre pays. A l'examen des faits, il est notoire que le taux de chômage est plus fort à l'étranger et

dans les pays voisins qu'en Suisse, où il atteint 3%, alors qu'il se situe à 10% en Allemagne, en France.

En outre, je constate que notre assurance chômage se montre extrêmement généreuse: s'agissant des cadres, on assure, m'a-t-on dit, 8.000 frs par mois maximum, à 80%, soit 6.400 frs par mois, ce qui représente pour des cadres au chômage, des revenus de l'ordre de 80.000 frs par année, payés par la caisse de chômage. En l'occurrence, j'imagine volontiers que des cadres étrangers, au chômage, puissent trouver un certain intérêt à être employés dans notre pays et à profiter de ces assurances chômage suisses. Je voudrais donc poser deux questions à ce propos:

- 1) ces données sont-elles justes concernant les indemnités de chômage qui sont assurées aux cadres?
- 2) quelles dispositions ont été prises pour éviter l'importation du chômage en Suisse, et, en particulier, quelles sont les dispositions relatives au travail préalable devant être effectué en Suisse pour pouvoir bénéficier des indemnités de chômage?

Rüesch: Der EWR-Vertrag hat zweifellos Nachteile, wenn auch die Vorteile überwiegen. Gewisse unerwünschte Nebenwirkungen werden im Raume stehen, auch wenn sie in der Botschaft heruntergespielt oder gar übergangen werden. Aber wir können uns nicht gegen alle Nachteile absichern. Es ist möglich, dass viele Auswirkungen, die wir heute vermuten, gar nicht eintreten werden; dafür können andere eintreten, an die heute niemand denkt. Es wäre daher verfehlt, wenn wir jetzt alle möglichen Forderungen befriedigen würden, im Sozialbereich, im Regionalbereich, ja man könnte auch noch ein sogenanntes Deregulierungspaket erfinden. Das bringt zwar bei vielen Kritikern Beruhigung; andererseits wird jede "Pille", die hier verabreicht wird, ihrerseits wieder Kritiker auf den Plan rufen, die gerade deshalb zu Gegnern werden. Es scheint mir daher richtig, alle diese begleitenden Massnahmen nicht mit der Abstimmung vom 6. Dezember zu verquicken, sondern an das ordentliche Gesetzgebungsverfahren zu verweisen. Entscheidend wird sein, dass man relativ schnell handeln kann, wenn wirklich unerwünschte Nebenwirkungen auftreten sollten.

Onken: Ich bin mit Herrn Rüesch grundsätzlich einverstanden; aber damit räumt man die Sorgen und Aengste der Leute, die wir jetzt für ein Ja zum EWR-Vertrag gewinnen wollen, nicht aus. Auch wenn man die flankierenden Massnahmen aufschiebt, braucht es eine klare Stellungnahme von unserer Seite und von seiten des Bundesrates, dass man es nicht zu Verschlechterungen kommen lassen will und dass man Lösungen hat, die in dem Falle greifen, wo sich die Befürchtungen als zutreffend erweisen. Diese Absichtserklärung ist wichtig, und es ist auch wichtig, dass der Bundesrat im Nationalrat den Willen bekundet hat, im Bedarfsfall durch geeignete und europaverträgliche Massnahmen Gegensteuer zu geben. Mindestens das muss man den Leuten sagen können, wenn man am 6. Dezember dieses ohnehin schwierige Ja erreichen will.

Gadient: Ich habe nichts gegen eine solche Absichtserklärung einzuwenden. Aber es ist klar, dass sich diese auf den Kern des Gedankens konzentrieren muss, nämlich auf die Ausgleichung von echten Härten. Sie soll nicht auf das ausgedehnt werden, was

heute angestrebt wird, nämlich dass man mit einer national angelegten Schlaumeierei versucht, in jeden Bereich einzudringen und über flankierende Massnahmen überall noch etwas zu erreichen.

M. Delamuraz, Conseiller fédéral: Je voudrais tout d'abord insister sur le fait qu'un premier découplage a été obtenu et, semble-t-il, accepté, à savoir que l'on a un traitement parlementaire de l'EEE et une votation populaire, un paquet Eurolex sur les détails duquel on est encore en train de discuter et qui est lié à cette démarche. Il n'y aura donc pas, dans les prochaines semaines, parallèlement et simultanément avec cette procédure qui doit aboutir finalement le 6 décembre, de nouvelles procédures, engagées un peu dans le désespoir et dans la panique, en vue de réaliser des accompagnements dépassant ce que le strict respect de l'EEE et de son contenu nous impose via l'Eurolex.

Cependant, le Conseil fédéral a pris l'engagement auprès de tous ceux qui se posent force questions en la matière, d'examiner avec célérité leurs propositions, lesquelles pourront revêtir la forme d'interpellations, de postulats, de motions. Nous réserverons à ces interventions parlementaires un traitement rapide car elles font partie de l'examen général pour déclencher éventuellement des solutions à moyen terme, afin d'accompagner l'application du traité en question.

Je puis vous assurer de ce que, à aucun moment, le Conseil fédéral, voulant en quelque sorte sauver des convictions un peu chancelantes face à l'EEE, ne se mettra à faire des concessions unilatérales, des grandes promesses politiques afin de contenter tout un chacun, engagements que nous ne pourrions pas tenir!

Nous avons, tout aussi clairement, déclaré aux représentants des syndicats, dont nous apprécions la participation à l'aventure de l'EEE, qu'il y a un certain nombre de garanties qu'ils souhaitaient obtenir, qu'on ne pourra manifestement pas accorder. En l'occurrence, l'OFIAMT prépare des formules, des propositions qui devraient recueillir en matière de politique sociale, l'acquiescement des partenaires sociaux. Telle est notre future démarche et aucune concession ne sera faite, sous l'emprise de la panique, à des propositions qui dépasseraient la mesure de ce que nous avons à admettre en matière d'EEE.

En ce qui concerne le devenir de la démarche sociale dans l'ensemble de la Communauté, j'en reviens en particulier à la question plus précise du chômage. Monsieur Delalay, je tiens à souligner qu'en la matière l'EEE n'organise pas la libre circulation des chômeurs!

Certes, chaque ressortissant des pays de l'EEE aura le droit de répondre à une offre d'emploi dans tous les pays de l'EEE, alors que les discriminations nationales, aujourd'hui, peuvent se manifester, mais cela ne garantit encore pas quelque droit que ce soit à ce ressortissant pour obtenir cet emploi. De même, si la demande adressée par un ressortissant dans des pays de l'EEE n'est pas prise en considération, cela ne signifie pas que ce ressortissant pourra, légitimement, revendiquer quelque droit.

Cette règle est valable non seulement à l'intérieur du futur EEE mais aussi, aujourd'hui déjà, à l'intérieur de la Communauté. Ainsi donc, avec une économie plus intégrée que ne le sera l'EEE, la Communauté elle-même n'a pas vérifié les

risques que certains voient dans l'EEE. En ce sens, le Luxembourg a le taux de chômage le plus bas, il n'a pas connu l'arrivée massive de travailleurs d'autres pays de la Communauté, alors même que ces autres pays continuaient de connaître des taux cinq à huit fois plus élevés que les taux de chômage du Luxembourg. En l'occurrence, le principe des vases communicants que redoutent un certain nombre de nos concitoyens ne fonctionne pas d'une manière aussi automatique qu'on pourrait l'imaginer.

D'ailleurs, à l'intérieur de la Suisse, il existe des régions dont le taux de chômage est trois fois supérieur à la moyenne suisse. Tant que l'on en était au taux de 0,3 pour mille, on pouvait bien expliquer la fixité du chômage et des travailleurs, mais maintenant où l'on en est à des taux de quelques pourcents, on pourrait penser que l'on passe d'une région à l'autre pour retrouver un emploi. Or, ce n'est pas le cas! Ainsi donc, imaginer une espèce de fluidité absolue, une sorte de volatilité du marché de l'emploi reviendrait à tomber dans l'erreur.

M. Cavadini Jean: Je voudrais apporter juste une petite précision.

Le Luxembourg a tout de même connu une très forte immigration portugaise, qui pose problème. Néanmoins, ceci n'empêche pas que le Luxembourg a le taux de chômage le plus faible d'Europe.

M. Delamuraz, Conseiller fédéral: En l'occurrence, c'est parce que le Luxembourg offrait ces emplois et qu'il avait besoin de bras pour les pourvoir qu'il a connu cette immigration massive. Il ne s'agit pas du tout d'une pression spontanée de la part des Portugais, qui se serait exercée sur ce pays. En réalité, l'industrie sidérurgique luxembourgeoise manquait de bras à l'époque de sa grande phase de développement et l'explication de cette très forte présence étrangère au Luxembourg est le résultat d'une volonté de ce pays. Certes, l'existence des liens communautaires facilitaient cette immigration mais, je le répète, elle n'a pas eu pour origine ce que l'on craint en Suisse, à savoir une espèce de pression des demandeurs d'emploi étrangers, ressortissants des pays de l'EEE, sur les emplois existants ou à créer en Suisse.

Der Präsident begrüsst Frau Wild und Herrn Ruedin vom BIGA.

M. Delalay: Je partage tout à fait le point de vue de M. Delamuraz en ce qui concerne le manque de mobilité de la main-d'oeuvre et le fait que la Suisse ne va pas forcément attirer les chômeurs des pays voisins. Notre pays est d'ailleurs un bon exemple de marché intégré: les taux de chômage y sont différents, les Valaisans et les Tessinois ne se déplacent pas à Schaffouse pour y travailler. C'est en ce sens que je considère que l'analyse du problème est tout à fait juste.

Néanmoins, je souhaiterais savoir quelles dispositions ont été très exactement prises pour réduire le risque de voir des étrangers -notamment des cadres- venir travailler en Suisse quelque temps, pour profiter ensuite de la caisse de chômage suisse, qui est très généreuse, puisqu'elle assure des rentes relativement importantes à ces mêmes cadres.

Frau Wild: Für die Frage, wie lange ein Arbeitnehmer in der Schweiz arbeiten muss, damit er von der schweizerischen Arbeitslosenversicherung profitieren kann, gilt grundsätzlich Art. 67 der Durchführungsverordnung 14.08, d.h. man zählt die Beschäftigungszeiten zusammen, ganz gleich, ob sie in der Schweiz oder in einem anderen Staat des EWR-Raumes zurückgelegt worden sind. Nach schweizerischem Arbeitslosengesetz muss man mindestens sechs Beitragsmonate vorweisen; das würde also heissen, dass ein Arbeitnehmer in die Schweiz einreisen könnte, hier einen Monat arbeiten könnte, und zusammen mit fünf Beitragsmonaten im Ausland käme er auf die Mindestbeitragszeit von sechs Monaten. Ein Monat genügt somit, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Arbeitnehmer auch eine Aufenthaltsbewilligung erhält. Wenn die Anstellung zum vorneherein auf einen Monat befristet ist, gilt dieses Prinzip nicht.

Präsident: Es sind also keine besonderen Massnahmen vorgesehen, um einen Tourismus von Arbeitslosen zu verhindern?

Frau Wild: Der freie Personenverkehr bezieht sich natürlich auf Arbeitnehmer; es kann niemand einreisen, um Arbeitslosengeld zu beziehen. Um einreisen zu können, braucht man einen Arbeitsplatz in der Schweiz. Fürsorgeleistungen werden nicht bezahlt, wenn jemand neu einreist.

Gadient: Das ist auch die Aussage, die wir in der Botschaft finden. Aber es gibt doch eine Nuance: Sie sagen jetzt, dass es genüge, wenn jemand fünf Monate in einem anderen EWR-Staat und einen Monat bei uns gearbeitet hat. Wenn also ein Arbeitnehmer in die Schweiz käme, mit einer temporären Arbeitsbewilligung von zwei Monaten z. B., und dann arbeitslos würde, würde das genügen?

Frau Wild: Wenn die Arbeitsbewilligung auf zwei Monate beschränkt ist, kann er ja nicht länger in der Schweiz bleiben; er muss zurück und untersteht den Rechtsvorschriften des Staates, wo er hergekommen ist. Es kommt also darauf an, welche Art Aufenthaltsbewilligung der ausländische Arbeitnehmer hat: Nur dann, wenn er eine unbefristete Bewilligung (für fünf Jahre) hat, untersteht er den Rechtsvorschriften der Schweiz. Wenn er aber eine befristete Aufenthaltsbewilligung für eine Temporärbeschäftigung in der Schweiz hat, muss er wieder ausreisen.

M.Delalay: Ces explications ne me rassurent pas complètement et je propose que l'on nous adresse une note relative à cette question du chômage, qui nous indique les diverses possibilités de travail à l'étranger, ensuite en Suisse et vice versa, et également les possibilités d'obtention des indemnités de chômage à l'étranger lorsqu'on a travaillé en Suisse au préalable, ainsi que les traitements éventuels de ces différentes possibilités.

Onken: Ich würde es auch begrüßen, wenn wir noch eine kurze Zusammenfassung der möglichen Auswirkungen auf die Arbeitslosenversicherung erhalten könnten. Frage: Wurden im EG-Raum schon Missbräuche auf diesem Gebiet festgestellt?

M.Ruedin: Sur la base des renseignements que nous possédons et des contacts qui sont intervenus avec les différents

organismes, surtout en Allemagne, nous pouvons affirmer que nous n'avons aucune indication concernant d'éventuelles répercussions prépondérantes en ce domaine. On peut donc imaginer qu'il en sera de même pour notre pays, qu'il n'y aura pas de fluctuations, ni dans un sens ni dans l'autre, mais ce ne sont là que supputations. Néanmoins, encore une fois, sur la base des données que l'on connaît, rien ne permet de dire que nous risquons des afflux dans des secteurs déterminés plutôt que dans d'autres.

Frau Wild: Wir haben Kontakt mit der Bundesanstalt für Arbeit in Deutschland aufgenommen und haben von dort auch die Dienstleitungen erhalten, die für den Vollzug massgebend sind. In diesen Papieren findet sich nirgends ein Hinweis auf Missbräuche.

Schiesser: Ich bin sehr froh über diese Ausführungen, denn auf derartige Beispiele wird man immer wieder angesprochen. Auch ich wäre dankbar über einen kurzen Rapport zu diesem Problemkreis. - Missbräuche auf diesem Gebiet können sicher nicht ausgeschlossen werden; aber derartige Missbräuche in einem grösseren Ausmass wären ja nur möglich, wenn eine systematische Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfände. Der wahrscheinlichste Fall, der eintreten kann, ist der, dass ein Ausländer für unbestimmte Zeit angestellt wird, eine entsprechende Aufenthaltsbewilligung erhält, dann aber wieder entlassen wird, weil er nicht den Anforderungen entspricht, die der Arbeitgeber erfüllt haben möchte. In diesem Falle kann der Arbeitnehmer Arbeitslosengeld beziehen. Dieser Fall wird indes nicht sehr häufig sein, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Arbeitgeber einen Arbeitnehmer aus einem fremden Land einstellt, ohne Abklärungen getroffen zu haben. - In der Theorie sind diese Befürchtungen sehr weit verbreitet, und sie müssen zerstreut werden. Aber wenn man sich die praktische Handhabung vergegenwärtigt, dürften die Fälle, in denen Ausländer von den guten Leistungen unserer Arbeitslosenversicherung profitieren, zahlenmässig doch sehr stark beschränkt sein.

Präsident: Aus dem Votum von Herrn Delalay meinte ich die Frage herauszuhören, ob unsere Arbeitslosenentschädigung im Vergleich zu anderen Ländern nicht zu hoch sei. Das könnte eine Sogwirkung haben. Es wäre gut, wenn diese Zusammenstellung auch Angaben enthalten würde, was andere Länder zahlen.

Blankart: Eine Ergänzung mehr grundsätzlicher Natur: Der EWR ermöglicht die Einreise, "um sich um tatsächlich ausgeschriebene Stellen zu bewerben." Vergessen wir nicht, dass es hier um Menschen geht, die ihre lokale Verbundenheit haben; diese reisen nicht aus, ausser sie seien entweder unter dem Existenzminimum - das ist heute in der Gemeinschaft nicht mehr der Fall - oder sie würden als Spezialisten gerufen und es würde ihnen ein spezifischer Job angeboten. Sie reisen auch nicht aus, weil in der Gemeinschaft unterdessen die Arbeitslosenunterstützung durchaus passabel ist. Wir erkennen heute in der Schweiz, dass die EG-Bürger eher zurückwandern. Das stimmt noch nicht ganz für die Spanier und Portugiesen, weil diese noch bis Ende Jahr eine Uebergangsfrist haben in bezug auf ihr Beitrittsabkommen; aber am 1. Januar nächsten Jahres werden sie frei in die EG der

Zehn einwandern können, und somit wird auch das Interesse, in die Schweiz einzuwandern, zurückgehen..

Professor Hauser hat sehr deutlich nachgewiesen, dass im Alleingang die arbeitsintensive Industrie in der Schweiz wieder zunehmen wird und dass wir mehr und unqualifizierte Arbeitskräfte benötigen, währenddem im EWR der Wettbewerb zunehmen wird und die Wirtschaft somit gezwungen ist, kapitalintensiver zu produzieren, was zur Folge hat, dass wir weniger, aber qualifiziertere Arbeitskräfte brauchen. Ueber den Mechanismus Saisonier/ Jahresaufenthalter schleusen wir eine relativ grosse Zahl von unqualifizierten Arbeitskräften ein; aber in Wirklichkeit benötigen wir Computerspezialisten und Mittelmanagementleute. Das ist der Grund, warum unsere Immigrationsstruktur so verfälscht ist und sich jeweils nur über eine Generation verbessert. Ich bin überzeugt, dass der EWR kurzfristig eine merkliche Verbesserung unserer Ausländerstruktur bringen wird - vermutlich weniger Ausländer, aber dafür qualifiziertere. Das sind zwar nur Prognosen, die aber immerhin wissenschaftlich untermauert sind durch die Studien von Professor Hauser in St.Gallen.

Präsident: Jemand muss dann auch die unqualifizierten Arbeiten machen. Werden dies die Schweizer sein?

Blankart: Wir werden fortfahren, auch solche Ausländer zu bitten, zu uns zu kommen, die bereit sind, solche Arbeiten zu machen - das hoffe ich jedenfalls. Vergessen Sie nicht, dass es auch noch andere Einwanderungswillige gibt als EWR-Bürger. Hier hat der Bundesrat die Möglichkeit, mit dem 2. und dem 3. Kreis quantitativ zu spielen. Last but not least haben wir in bezug auf die Immigration eine spezifische Schutzklausel. Ich habe den Eindruck, dass mit dem EWR die Mittel des Bundesrates, die Quantität der Einwanderung einigermaßen im Griff zu behalten, nicht wesentlich schlechter sind als heute, wegen des Wegfallens des Saisonierstatuts vielleicht sogar besser, und dass vor allem die Qualifikationsstruktur der Ausländer in der Schweiz sich sehr viel besser an die Erfordernisse des Marktes wird angleichen können.

Der **Präsident** verabschiedet die Mitarbeiter des BIGA.

Onken: Ich hätte noch eine weitere Frage zu Kapitel 7.9: Ein Einwand, den man immer wieder hört, ist der, mit der Freizügigkeit würden unsere Universitäten durch ausländische Studenten überlaufen und es müsse der Numerus Clausus eingeführt werden. Könnte man uns hier kurz über die Ansichten der Verwaltung zu diesem Thema informieren?

M.Delamuraz, Conseiller fédéral: Les universités gardent leur liberté quant au niveau d'exigence des examens d'entrée. Le changement réside dans le fait que tout ressortissant d'un pays de l'EEE pourra s'inscrire aux examens d'entrée de l'Université de Genève, par exemple, après une première année et pourra participer à la compétition, au même titre que les ressortissants suisses. En l'occurrence, il s'agira pour les Suisses de se montrer les meilleurs ou, en tout cas, d'être aussi bons que les autres, face à cette nouvelle concurrence!

Monsieur Onken, dans les conditions matérielles énoncées par les universités, peut-il exister, en dépit de l'EEE, des différences favorisant les nationaux? C'est là une question fondamentale qu'il convient de poser franchement. Les conditions de l'EEE permettent-elles ou non cette méthode qui apparaît, malgré tout, comme matériellement discriminatoire? Tel est le deuxième barrage dont je souhaiterais que M. Spinner nous entretienne.

Spinner: Wir haben diese Sache während der Verhandlungen eher von der anderen Seite angesehen: Von unserer Seite wollten wir auch die Nichtdiskriminierung in bezug auf den finanziellen Eintrittspreis in die Universitäten Europas sichern. Einzelne EG-Staaten, vor allem Grossbritannien, haben sich mit Erfolg gegen diese Forderung gewehrt. So wurde zwar die Nichtdiskriminierung in bezug auf die Anforderungen erreicht, nicht aber in bezug auf die Studiengebühren. Das kann einerseits als Mangel angesehen werden, aber andererseits auch als eine Möglichkeit, hier ein Korrektiv anzusetzen.

Onken: Diese Frage ist jetzt noch nicht befriedigend beantwortet. Bisher konnte ein Schweizer Maturand damit rechnen, dass er in der Schweiz ein Studium aufnehmen kann. Auch mit einem mediokren Maturitätszeugnis konnte er z. B. an der Hochschule St.Gallen ein Studium in Wirtschaftswissenschaften aufnehmen. Deutsche Bewerber in St.Gallen mussten sich einer ziemlich schwierigen Aufnahmeprüfung unterziehen; unter ihnen wurden pro Semester 200 Studenten ausgewählt. Müssen mit dem EWR solche diskriminatorischen Massnahmen gegenüber ausländischen Studienbewerbern fallen, und würde dann ein grösserer Andrang von möglicherweise sehr qualifizierten ausländischen Bewerbern mitelmässigeren Schweizerinnen und Schweizer vom Studium an den schweizerischen Universitäten verdrängen?

Blankart: Ich spreche von meinen Erfahrungen an der Universität Genf: Dort hat man offiziell keinen Numerus Clausus. Die Konsequenz ist die, dass das erste Examen nach einem Jahr so horrend streng und schwierig ist, dass die Hälfte oder drei Viertel der Kandidaten rausfallen. Ob das der Weisheit letzter Schluss ist, weiss ich nicht, denn oft kommen diejenigen durch, die ein Gedächtnis elephantischer Natur haben und andere, die intelligent sind, aber weniger in den Kopf beigen, nicht. - Um auf Ihre Frage zu antworten: Wir haben zu unserem Kummer und Leidwesen - denn hier haben wir offensiv verhandelt - nicht zustande gebracht, dass Schweizer Studenten an westeuropäischen Universitäten die gleichen Studiengebühren zahlen wie EG-Studenten. Wir werden finanziell diskriminiert, und wir können auch Gegenrecht halten.

Rüesch: In St. Gallen existiert ein Grossratsbeschluss, dass nicht mehr als 25 Prozent der Studenten an der Hochschule Ausländer sein dürfen. Das hat zur Folge, dass bei einer Aufnahmezahl von 800 nur 200 deutsche Studenten sein dürfen. Für die 600 - 700 Bewerber wird eine Aufnahmeprüfung gemacht, und die 200 besten werden aufgenommen. Das führt dazu, dass die deutschen Studenten fast alle Spitzenränge einnehmen, die Preise holen, die Studentenschaft präsidieren usw. Die Elite, die da kommt, können Sie durch höhere Studiengebühren keineswegs abschrecken, denn es handelt sich vielfach um die Söhne der deut-

schen Wirtschaftselite. Diese Elite ist auch durch ein Schulgeld von 10'000 Fr. pro Semester nicht abzuschrecken. - Frage: Ist dieses Vorgehen nach EWR-Vertrag nicht mehr zulässig? Dann wird man nicht darum herum kommen, an der Hochschule St. Gallen den Numerus Clausus auch für Schweizer einzuführen. Wehe, wenn das vor dem 6. Dezember bekannt wird! Aber ehrlicherweise müsste man das zugeben.

Noch etwas anderes: Wenn wir dann für die Deutschen keine Aufnahmeprüfungen mehr machen können und einer mit einem Reformabitur mit vier Fächern - Religion, Turnen, Naturkunde und Geographie - aufgenommen werden muss, wird bei uns der Druck, das Niveau unserer Matura zu senken, immer stärker. Die weitere Folge ist die, dass wir noch weniger Lehrlinge haben - und unser Lehrlingswesen ist ja die Stärke unseres Bildungswesens. Deutschland hat mit seinen 25 Prozent Abiturienten nichts anderes als ein akademisches Proletariat erzeugt. - Können wir diese unselige Entwicklung im EWR noch verhindern?

Präsident: Das ist für mich tatsächlich eine neue Perspektive. Auch die Ueberlegung, dass die strengen Prüfungen nach einem Jahr eigentlich nichts anderes sind als ein verschobener Numerus Clausus, habe ich noch nie gemacht.

M. Delamuraz, Conseiller fédéral: Les questions posées par M.Rüesch se résument à une seule réponse: l'EEE, au nom de la libre circulation des personnes, postule la non-discrimination. En conséquence, je ne vois pas qu'il soit possible pour le Grand Conseil de Saint-Gall de maintenir son décret ou arrêté limitant expressis verbis à 25% la population étrangère de la Hochschule de Saint-Gall. Personnellement, je suis d'avis que cet arrêté ne peut être maintenu, eu égard à l'EEE. L'essentiel est de pouvoir répondre, non pas devant l'Eternel, mais devant l'EEE, la conscience tranquille, de la levée de toutes les discriminations.

Kellenberger: Die 25-Prozent-Regel wird man nicht aufrecht erhalten können, sie wäre mit dem EWR-Vertrag unvereinbar. Aber gleichzeitig sind wir auch nicht verpflichtet, das deutsche Maturitätszeugnis für eine Zulassung an unseren Hochschulen anzuerkennen. Vielleicht liegt die Lösung darin, dass man am Anfang eine Prüfung macht - mit allen natürlich. Die einzige noch erlaubte Diskriminierung ist die finanzieller Natur.

Onken: Wurden diese Probleme in Universitätskreisen und im Rahmen der EDK schon vertieft diskutiert? Das ist ja eine völlig neue Vision, dass ein Schweizer Maturand jetzt nicht mehr mit dem Maturitätszeugnis immatrikulieren kann, sondern dass er noch eine Aufnahmeprüfung machen muss, wenn Ausländer ebenfalls einer solchen Prüfung unterworfen werden. Solche Aussichten können natürlich wieder ganz beträchtliche Widerstände erregen. Wie ist eigentlich das Verhältnis zu den Konventionen, die wir vor etwa zwei Jahren mitunterzeichnet haben? Dort ging es auch um den freien Zugang der ausländischen Studenten an die schweizerischen Universitäten. Damals wurde so argumentiert, dass dies nur für die eidgenössischen Hochschulen verbindlich sei, die vom Bund getragen werden, für die kantonalen Universitäten bestünden Sonderkonditionen, nach denen sie den freien Zugang

noch etwas einschränken könnten. Ich wäre froh, wenn man uns diese Situation noch einmal schriftlich erläutert.

Spinner: Dieses Thema wurde im Rahmen der Koordinationskommission mit den Kantonen diskutiert. Die Vertreter der Kantone in diesem Gremium waren sich bewusst, dass diese Nichtdiskriminierung kommt. Aber wir sind gerne bereit, das Problem noch einmal darzustellen.

Präsident: Mir scheint dies auch gravierend.

Blankart: Darf ich noch etwas beifügen aufgrund meiner zwanzigjährigen Lehrtätigkeit in Genf? Sie können das Niveau der Maturität absenken auf Null - im Kanton Genf können selbst Leute ohne Maturitätszeugnis studieren. Aber das Nadelöhr des Fachwissens und des Könnens kommt früher oder später. In den Universitäten kommt - wie gesagt - das Nadelöhr nach einem ersten Jahr. Möglich ist, dass für das erste Jahr die Studentenzahl zunimmt; aber ich kann Ihnen mit Sicherheit garantieren, dass nach dem Endjahresexamen die Studentenzahl gleich gross sein wird wie jetzt. - Ein Zweites: Auch diese Studenten müssen die Lebenskosten in der Schweiz bezahlen, und es kommen - vielleicht ist es in St.Gallen anders - nicht nur Söhne und Töchter von deutschen Grossindustriellen in die Schweiz. Seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gibt es an der Universität Genf immer eine Equipe von deutschen Jura-Studenten, die sehr sorgfältig ausgewählt wird; das sind hervorragende Leute, die auch für unsere Studenten, die manchmal etwas verwöhnt sind, eine nützliche Herausforderung darstellen. Mehr Wettbewerb im Ausbildungswesen kann letztlich nur in unserem Interesse sein.

Rüesch: Es stimmt alles, was Herr Staatssekretär Blankart jetzt gesagt hat. Aber St. Gallen ist ein Spezialfall; wir werden weiterhin 800 Deutsche haben, die kommen wollen, und 200, die wir nehmen können. Schon aus Platzgründen können wir nicht mehr aufnehmen; somit müssen wir den Numerus Clausus für Schweizer verhängen, und das ist kritisch. Die Aussage, dass nach einem Jahr das Nadelöhr kommt, stimmt; aber was machen dann alle diese Leute, die nach einem Jahr scheitern? Sie haben keinen Lehrabschluss, sie haben mit Ach und Krach eine Billigmatur gemacht, und nachher scheitern sie an der Hochschule. Das ist staatspolitisch ein gefährliches Potential und volkswirtschaftlich ein Verlust par excellence.

M. Cavadini Jean: On aborde ici un domaine relativement technique, néanmoins les réponses obtenues montrent bien que nous comprenons dans quelle voie nous travaillons. Tout d'abord, il est hors de question de pouvoir pratiquer une quelconque discrimination à propos des écolages, entre étudiants suisses et étrangers ressortissants de pays de l'EEE. En outre, les universités étrangères, de France, d'Allemagne, organisent des concours, ce n'est pas le cas de la Suisse. Cela signifie que nous obligeons à appliquer aux étudiants EEE les mêmes conditions que celles que nous faisons à nos étudiants. Enfin, en ce qui concerne les études de médecine, nous nous trouvons, par exemple cette année, dans une situation très difficile. On enregistre trois cents inscriptions supplémentaires par rapport au nombre de places disponibles dans les facultés de médecine! Alors, on reprend les mêmes

solutions émises depuis vingt ans, à savoir en particulier celle du numerus clausus. Mais comme l'on ignore de quelle façon il convient de le faire, on donne des instructions pour que les examens soient particulièrement sévères en année propédeutique.

Il est évident que si nous mettons en place un numerus clausus, il ne peut pas s'appliquer avec des critères différents aux étudiants EEE et aux étudiants suisses: c'est là une question que nous allons affronter très concrètement dans deux ans.

Präsident: Ja, was ist die Schlussfolgerung? Ich überlege jetzt als Vater dreier Buben, die im Gymnasium sind. Das ist doch gravierend!

Blankart: Es gibt noch die Möglichkeit zu sagen: Wir haben 300 Plätze für die Ausbildung in Medizin, und man nimmt die 300 Studenten, die sich zuerst angemeldet haben. Da die Schweizer näher beim Sekretariat wohnen als die Ausländer, sind sie schneller.

Onken: Das dürfte kein ernst zu nehmender Vorschlag sein.

Blankart: Wieso nicht? Sie können ja nicht mehr Leute in den Saal packen als Platz haben. Das machen alle englischen Privatschulen: die ersten 300 werden genommen; darum werden sie vor der Geburt schon angemeldet. Wieso also nicht eine solche Lösung, wenn sie nicht diskriminatorisch ist? Die Erfahrung zeigt, dass die Schweizer die ersten sind, die sich immatrikulieren.

Onken: Also, wir bekommen zu dieser Problematik noch eine Zusammenfassung, die diese Fragen vielleicht noch justiert, wo das möglich ist. - Nach meinem Wissen muss ja auch nicht jedes Abitur akzeptiert werden; bei der gegenseitigen Anerkennung der Maturitätszeugnisse gibt es doch auch noch Nuancierungen.

Rüesch: Nach den Verträgen, die wir letztes Jahr abgeschlossen haben, sind die einzelnen Mitgliedstaaten befugt, Zusatzprüfungen auf ihrem Level zu machen. Aber diese Abkommen waren ausserhalb des EWR-Abkommens.

Schiesser: Es führt nichts an der Tatsache vorbei, dass eine schweizerische Matur nicht mehr den Zugang zu einer schweizerischen Hochschule gewährleistet. Dort, wo der Andrang zu gross wird, braucht es zusätzlich eine Aufnahmeprüfung. Das ist eine erhebliche Auswirkung, und ich muss offen gestehen, dass mir dies bisher nicht so ganz klar war.

Blankart: Soweit sind wir noch nicht. Es gibt übrigens auch heute gewisse Abschlüsse, die nicht berechtigen, gewisse Studiengänge zu beginnen; so berechtigt z.B. ein Abschluss an der Handelsschule Winterthur nicht dazu, in Bern Jurisprudenz zu studieren, oder mit einer A-Matur können Sie nicht an der ETH Physik studieren, ohne ein Zusatzexamen zu bestehen. Aber die generelle Einführung eines Zusatzexamens, um an eine Universität zu kommen, sieht der EWR-Vertrag nicht vor, und das steht auch nirgends in der Eurolex. Das ist nur eine der heute besprochenen Möglichkeiten.

Schiesser: Vielleicht ist St.Gallen auch hier ein Sonderfall. Aber wenn ich das richtig verstanden habe, wird die Lösung durch den Numerus Clausus auch für Schweizer Studenten die wahrscheinlichste sein. Das ist eine erhebliche Veränderung gegenüber dem heutigen Zustand - das muss man sehen.

Kapitel 7.10: Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt

Keine Wortmeldung

Kapitel 7.11: Querschnittprobleme

Keine Wortmeldung

Unterbruch der Sitzung von 12.30 - 14.00 Uhr

Kapitel 8: Kommentierung der institutionellen Bestimmungen

Gadient: Ich würde gerne eine ganz kurze bundesrätliche Perspektive aufgrund der Debatte im Nationalrat vernehmen, eine Darstellung der Gewichtung, der Wertung und der hauptsächlichsten Argumente, die hörbar geworden sind.

Präsident: Ich selbst habe letztes Mal die Frage der Gewichtsverschiebung zu Lasten des Parlamentes und zugunsten der Gerichte aufgeworfen. Aber - das ist nun einfach so.

M. l'Ambassadeur Krafft: Sur ce chapitre 8, il n'y a pas eu de questions précises, si ce n'est qu'un certain nombre d'orateurs ont justifié leur refus de traiter sur l'EEE par le caractère déséquilibré de l'Accord. On a notamment évoqué le problème des faiblesses des dispositions institutionnelles, le déséquilibre de l'atteinte à la souveraineté que cela entraînait, tous arguments qui sont plutôt des motifs que l'on a rappelés, en reprenant certaines expressions employées par le Conseil fédéral dans son message. Celui-ci y reconnaît notamment l'existence desdites faiblesses institutionnelles et le fait que nous n'avons pas obtenu, sur le volet institutionnel, ce que les négociateurs suisses et ceux des pays de l'AELE auraient souhaité obtenir, à savoir un système moins déséquilibré. Néanmoins, le Conseil fédéral souligne que les lacunes précitées ne justifiaient pas un rejet du traité, en raison de l'importance de la substance. En vérité, le débat n'a pas comporté de questions concrètes, notamment sur des aspects particuliers du système; ceci a plutôt été utilisé par les adversaires du traité comme un argument pour justifier leur opposition.

En l'occurrence, le Conseil fédéral a rappelé qu'en définitive si le volet institutionnel n'était pas aussi équilibré qu'on l'aurait souhaité, néanmoins ce que nous avons obtenu était le maximum de ce qu'il était possible d'obtenir, compte tenu de la position adoptée par la Communauté depuis le début, soit: le maintien de son autonomie quant au processus décisionnel. En outre, un aspect a été souvent évoqué, celui de la souveraineté. Prenant prétexte de la soi-disant atteinte, jugée intolérable, à la souveraineté que ce traité représente, un certain nombre d'orateurs ont justifié de la sorte leur opposition à l'accord en question. En ce sens, il y a lieu de

rappeler ici dans quel mécanisme on se trouve, en précisant que ce traité est en définitive un accord d'association, comme le stipule l'article premier dudit accord. En effet, l'Accord sur l'Espace économique européen est un accord d'association qui repose sur deux exigences fondamentales, à savoir, d'une part, l'autonomie décisionnelle de chaque partie contractante et, d'autre part, l'homogénéité. En l'occurrence, toute la difficulté de la négociation a été d'essayer de réconcilier ces deux exigences contradictoires et, à ce propos, il convient de rappeler ici ce que le Conseil fédéral a souligné à plusieurs reprises, à savoir que les résultats étaient globalement satisfaisants, car nous avons probablement obtenu l'optimum, compte tenu de la position très ferme adoptée par les négociateurs communautaires depuis le début. En effet, le traité en question est un accord d'association qui se greffe sur un processus décisionnel communautaire, législatif: d'un côté, la Communauté légifère et étend sa législation aux Etats membres de l'AELE. Ce processus d'expansion est négociatoire puisqu'il aboutit à un traité international, et, dans ce processus négociatoire, les pays membres de l'AELE ont certainement obtenu des possibilités raisonnables d'influencer celui-ci, mais surtout deux possibilités capitales, soit:

- 1) le droit de dire non, à savoir le droit de sauvegarder les compétences législatives et celles du peuple. C'est là un point essentiel à mettre en évidence, surtout si l'on se rappelle la réticence initiale de la Communauté à l'idée que les pays membres de l'AELE puissent se réserver le droit de soumettre le résultat de la négociation à l'approbation parlementaire et, en Suisse, au référendum: nous avons obtenu la possibilité de soumettre à l'approbation parlementaire le texte qui résulte des travaux du Comité mixte; ce point est très important et extrêmement positif.

- 2) la possibilité de dire non. Certains orateurs, au Conseil national, ont rappelé que ce droit de veto n'était pas un droit véritable parce qu'il entraînait certaines conséquences collectives pour les pays membres de l'AELE mais aussi pour la Communauté, à savoir: suspension et possibilité de suspension. A ce propos, il convient de rappeler ici que, travaillant sous cette exigence de l'homogénéité, il était évident que la Communauté ne pouvait rester indifférente face à cette attitude des pays membres de l'AELE, qui postulait qu'ils ne pouvaient pas reprendre un acte communautaire, qu'ils ne pouvaient pas l'étendre à l'EEE. Ainsi donc, il a fallu tempérer ce droit de veto par des dispositions qui sauvegardent, par un processus négociatoire permanent, la possibilité de trouver des solutions raisonnables et la reconnaissance de l'équivalence des législations.

Ainsi, il n'y a pas eu au Conseil national de débat sur des points particuliers du volet institutionnel, soit la juridiction soit le processus décisionnel; on a plutôt entendu des affirmations globales du genre: "ce système est insuffisant, il est déséquilibré, il constitue une atteinte intolérable à la souveraineté!" Le débat s'est donc limité à des arguments très généraux.

Il convient de relever que, dans le système communautaire, on constate un déplacement du centre de gravité des parlements au juge, et cela est beaucoup plus valable pour le droit communautaire car, dans le système communautaire existe une Cour qui a le dernier mot. Dans l'Espace économique européen,

il y a un certain déplacement, dans la mesure où les dispositions du traité sont directement applicables et où elles doivent être appliquées par les autorités ad hoc et notamment par le juge, mais, à l'évidence, ce déplacement est limité puisque le Parlement conserve la possibilité de dire non et que le peuple suisse, s'il est saisi, peut exercer son droit de référendum. Néanmoins, ce déplacement est inhérent au fait que, de plus en plus, en raison de l'importance du volume du droit qui doit être repris de l'article communautaire, le juge sera appelé à jouer un rôle très important lorsqu'il s'agira de faire respecter les dispositions du traité.

Cependant, contrairement au système communautaire où une disposition fondamentale stipule que la Cour du Luxembourg est chargée d'assurer le respect du droit, ici il s'agit très souvent de mécanismes à caractère diplomatique qui sauvegardent la possibilité pour les représentants des gouvernements au Comité mixte, de conserver leurs compétences.

Cependant, on constate qu'avec ce type d'accord le juge est appelé à jouer un rôle de plus en plus important. La question se pose de nouveau dans le contexte de la disposition de l'article 20, alinéa 4, votée par le Conseil national et qui réserve la primauté du droit. En ce sens, je vous rappelle qu'une question très importante, déjà discutée au Conseil national et prochainement au Conseil des Etats, consiste à savoir si, par ces dispositions, l'on entend modifier l'article 113, alinéa 3 de la constitution, soit ôter au Parlement la compétence de décider s'il entend déclarer recevable ou non une initiative contraire au droit de l'EEE.

Les opinions sont très divergentes en la matière, aussi bien au sein de l'Administration fédérale que du Conseil fédéral. En définitive, le Conseil des Etats aura son mot à dire sur cette question très importante car il est clair que si l'on donne au juge la compétence de la décision finale, cela aura des conséquences sur les compétences actuelles du Parlement, en vertu de cet article 113, alinéa 3. Il appartient au Parlement de décider s'il entend soumettre au vote du peuple une initiative constitutionnelle contraire à un traité international.

Votre commission a décidé ce matin de ne pas parler de cette question à la Commission des affaires étrangères. Il reviendra donc à la Commission des institutions politiques de vous faire, le moment venu, des propositions en la matière.

M. Delalay: Du point de vue institutionnel et décisionnel, il existe un Comité permanent des Etats de l'AELE.

En l'occurrence, selon toute vraisemblance, on peut admettre que l'AELE ne risque que de s'affaiblir, c'est là sa tendance naturelle. Et je vous renvoie ici aux propos de M. Mitterrand, lequel considère que l'AELE est actuellement en train de "s'effiloche"! Il en a profité pour prendre comme caution une partie des Etats de l'AELE, en déclarant qu'ils se mettaient à frapper aux portes de la Communauté.

Le Comité mixte de l'EEE, formé des Etats de la Communauté et des membres de l'AELE, est aussi un organe prévu pour les décisions.

Alors que se passera-t-il si cette tendance, comme on peut le présumer aujourd'hui, va vers un démantèlement progressif de l'AELE et, à la limite, si la Suisse demeure le seul membre de l'AELE? En ce sens, ne doit-on pas faire une concession aux

opposants de l'Espace économique européen, en leur donnant raison au moins sur un point qui consiste à dire que cet Accord EEE n'est qu'un premier pas et que, fatalement, on tombera dans les bras de la Communauté, à plus ou moins long terme? Pour ma part, je verrais d'un bon oeil perdurer un peu l'EEE car je ne suis pas de ceux qui pensent que, dans la situation actuelle, nous devons adhérer à la Communauté. Je suis donc d'un avis très partagé: devant l'argument des opposants prétendant que l'EEE n'est qu'un premier pas et que la Suisse va se retrouver seule dans l'AELE, je souhaiterais avoir votre appréciation sur cet aspect de la situation.

Onken: Wie realistisch ist die Möglichkeit, dass der Europäische Wirtschaftsraum auch durch neue Mitglieder wieder Sukkurs erhält, dass also nicht nur Efta-Länder daraus ausscheiden, weil sie EG-Mitglieder werden, sondern dass möglicherweise mittel- und osteuropäische Länder als nächsten Schritt der Annäherung, nach dem Europarat und den Assoziationsverträgen, dem EWR beitreten möchten?

Präsident: Ich möchte fragen - aber es nützt nichts mehr -: War es richtig, dass man von dieser Fiktion von den zwei Säulen ausgegangen ist? Warum eigentlich? Nur damit man keine "fremden Richter" habe, hat man da eine sterbende Efta wieder aufgeblasen. Was ist der Effekt? Der Effekt ist, dass wir statt einen dänischen Richter vielleicht einen schwedischen Richter haben. Und das ist dann unser "eigener" Richter! War es die Mühe wert, dass man so viel für so wenig aufgewendet hat? Und all dies für eine beschränkte Zeit; denn wenn wir alleine in der Efta sind, muss dieser Bereich sowieso neu verhandelt werden. Das war auch Gegenstand in der nationalrätlichen Kommission.

Es fällt mir auch schwer, die bereits erwähnte Gewichtsverschiebung zugunsten der Gerichte und zu Lasten des Parlamentes zu akzeptieren. Das Parlament ist der demokratische Garant, das Parlament wird auch echt gewählt und muss dem Volk Red und Antwort stehen, derweil die Gerichte praktisch auf Lebenszeit gewählt sind - wir haben ja erlebt, was es heisst, wenn wir einen Bundesrichter nicht im ersten Wahlgang wählen. Die Richter sind nur indirekt gewählt, weit weg vom Volk. Was auch bedenklich ist: bei den Gerichten fehlt das föderalistische Element! Das alles macht mir Sorgen. Auch dass die Regierung zu Lasten des Parlamentes stärker wird, gefällt mir nicht besonders, wenigstens nicht für die Schweiz. In Europa schon; dort sind die Minister quasi der Ersatz für den Ständerat. Als Parlamentarier müssen wir auch an uns denken, oder an unsere Nachkommen, und wir kommen m. E. zu kurz. - Es gibt viele Punkte, die mich nicht glücklich machen; aber das Ganze muss man dennoch bejahen, das ist mir auch klar.

M. Delamuraz, Conseiller fédéral: Je propose de laisser à mon collègue, M. Koller, la discussion sur l'interprétation intérieure de l'EEE et sur son application. Néanmoins, le problème que vous avez posé devra être examiné très attentivement par la commission ad hoc du Conseil des Etats, comme il l'a été par le Conseil national, à savoir la traduction de l'EEE en droit intérieur. En ce qui concerne les institutions de l'EEE, je puis vous répondre ceci:

En premier lieu, l'EEE est un traité qui, si les Suisses l'acceptent le 6 décembre, durera ce que les Suisses voudront qu'il dure, sauf, bien entendu, signal extérieur car il s'agit d'un traité révocable, sous délai d'une année, par l'un ou l'autre des dix-neuf contractants.

Dans le Rapport sur l'intégration, le Conseil fédéral a exprimé ses vues sur la situation future et, en particulier, il a déclaré que, selon lui, le développement de la politique européenne devrait se faire sous les auspices de la Communauté. Dans cette perspective au plus long terme, l'étape EEE apparaît comme l'une des constructions qu'il faut avoir acquise si l'on veut aller plus loin. A contrario, le Conseil fédéral précise aussi que si les Suisses en décident ainsi, ils peuvent fort bien vivre avec un EEE, sans nécessairement d'adhésion à la Communauté. Certes, le Conseil fédéral regretterait cet arrêt en chemin, mais il comprend aussi qu'il n'est pas certain que la négociation qui sera peut-être entreprise avec la Communauté aboutisse. Mais si c'est le cas, il n'est pas non plus certain que les Suisses s'estiment suffisamment prêts à entrer dans cette Communauté, et ce d'autant moins que, au moment où la question leur sera posée, la configuration de la Communauté et celle de l'Europe seront peut-être fort différentes de ce que l'on imagine aujourd'hui.

Par conséquent, dans cette optique, on pourrait penser la situation EEE plus ou moins provisoire, comme il serait possible de la concevoir, devienne en réalité assez durable. Or, cela, ce ne sera ni Bruxelles ni un quelconque organe des autres pays de l'AELE qui le dira, mais ce sera bel et bien la Suisse elle-même, la Suisse toute seule!

En l'occurrence, la substance, son intérêt sont-ils suffisants pour durer? Est-ce que l'institution, à l'intérieur de cet EEE, est suffisante pour permettre de durer? A cette question, le Conseil fédéral répond d'ores et déjà oui, si les Suisses estiment que c'est possible.

Il ne faut pas que subsiste une ambiguïté sur ce point. Je mesure combien, en réalité, dans le débat public et dans celui du Conseil national, le fait qu'il y ait eu dans l'annonce du Conseil fédéral pour l'adhésion à la Communauté, un phénomène qui a précipité et concentré les oppositions à l'EEE -de nombreux opposants avaient peine à motiver leur position, à la justifier- soit le fait qu'ils aient enregistré une vue du Conseil fédéral, à propos de laquelle le Parlement et le peuple auront le dernier mot, a été pour eux un alibi, un prétexte sur quoi ils ont sauté, afin de démonter la machine infernale engagée par l'EEE. Or, c'est seulement si le Conseil fédéral n'avait rien annoncé du tout, que l'on aurait alors pu lui faire quelque procès d'intention en lui reprochant de vouloir dissimuler ses vues sur la suite des opérations.

Je voudrais dès lors bien montrer que l'EEE, tel que nous le mettons sous toit, est viable et ce n'est pas parce que le Conseil fédéral pense qu'il faut aller plus loin, que l'on ira nécessairement plus loin! Le Conseil fédéral ne détient ni la clé finale de la négociation ni la décision souveraine: toutes deux appartiennent au Parlement puis au peuple.

Mais alors, comment, selon toute vraisemblance, le processus va-t-il s'engager, progresser? Il est à présumer que, pour ne pas parler de la Suisse, les demandes de négociation de l'Autriche, de la Suède, de la Finlande, en vue de leur inscription à la Communauté aboutiront, le moment venu, à une

adhésion de ces pays à la Communauté. Cependant, cela n'ira pas sans histoires! Tout est bien loin d'être accompli et, pour autant que nous puissions en juger, les opérations de Maastricht, même si elles devaient toutes déboucher sur des décisions favorables des Onze (Danemark excepté), auront de toute façon quelque influence sur le calendrier de ces négociations avec les pays de l'AELE. En effet, il ne fait pas de doute que le renforcement de la Communauté qui aura été sinon mis en péril, du moins relativisé, entraîne des conséquences sur l'élargissement de cette Communauté.

Si ces négociations finissent par aboutir et si les pays en question, tôt ou tard, sont membres de la Communauté, selon des négociations parallèles et non communes -c'est là la grande différence avec l'EEE, où l'on a dû parler d'une seule voix, la Suisse faisant cavalier seul-nous aurons une situation Espace économique européen un peu étrange. Car il n'y resterait plus que la Suisse et le Lichtenstein, les autres, Norvège comprise, auraient rejoint la Communauté à part entière; l'Islande, qui aurait désormais de moins en moins d'intérêt à être européenne, pourrait bien osciller et se diriger du côté des Etats-Unis, avec autant de ferveur qu'elle s'était dirigée vers l'Europe. On en arrive donc au cas de figure d'un Espace économique européen qui comprendrait toujours dix-neuf parties contractantes, mais dans lequel la Suisse occuperait une position originale et solitaire. En ce sens, je ne pense pas que l'EEE soit ici caduc, pour autant que nous-mêmes, comme la Communauté, ne voulions pas qu'il le soit. Mais alors, les institutions de cet Espace économique européen seraient complètement changées et, au lieu des organismes qui se trouvent dans l'institutionnel du traité, ce serait une sorte de comité mixte qui administrerait ce dernier, un peu à la manière dont le traité assurances est actuellement administré et éventuellement développé.

L'EEE se présentant de cette manière, continuera-t-il à être l'objet de l'intérêt, de l'attention de la Communauté? Ceci est une autre question!

Entre-temps, l'EEE qui aurait perdu quelques membres pourrait-il se renforcer d'autres membres? C'est là toute la problématique de l'EEE. En tout cas, il est rédigé de telle manière, ses dispositions sont suffisamment générales et souples pour qu'il permette une telle adhésion, par exemple une fois de la Pologne, de la Hongrie. C'est, non seulement théoriquement mais pratiquement, une structure d'accueil qui devrait être négociée, mais qui, à partir de la base de l'EEE, pourrait être convenable. Permettez-moi de dire que, politiquement, cette construction m'apparaît comme très improbable car nous percevons, du côté des pays de l'Europe de l'Est et de l'Europe centrale, une véritable fascination et un intérêt exclusif pour la Communauté et non pas pour l'AELE: à notre plus grand détriment et pour notre plus grand malheur, l'AELE ne fait plus tellement recette! Ainsi, les accords de libre-échange de cette AELE, mis sous toit à peu près en même temps que ceux de la Communauté, n'ont, pour l'instant, abouti ni avec la Pologne ni avec la Hongrie; ils ont abouti avec la République tchèque et slovaque, alors que pour la Communauté, tout est réglé.

En ce qui concerne l'AELE, cela signifie que, dans l'état actuel de la situation, les industries suisse, suédoise et autrichienne sont préférentielles par rapport à leurs concurrents

allemands et français, sur le marché polonais et hongrois, parce que frappées de taxes; la Communauté a fait des concessions agricoles pour obtenir ces accords de libre-échange.

J'en viens maintenant au troisième aspect qui a été traité. Nous avons conçu, souhaité et tout fait pour que l'AELE puisse être une station intermédiaire pour les pays de l'Europe de l'Est et de l'Europe centrale, dans leur approche vers l'Occident, le saut vers la Communauté pouvant apparaître comme trop brutal, trop exigeant. Nous continuons à offrir les bons services de l'AELE à ces pays, aussi dans ce domaine et pas seulement pour passer des accords de libre-échange bilatéraux avec eux. Or, l'intérêt que soulève notre proposition, soit accueillir ces pays au sein de l'AELE, est pratiquement nul! Il y a presque un exclusivisme communautaire, dont je dois dire qu'il est devenu un fait politique de nature sinon à inquiéter, du moins à faire réfléchir non seulement les pays qui ne sont pas membres de la Communauté mais encore toute une série d'institutions européennes, extra-communautaires mais qui ont de la peine à garder leur place au soleil, tant est forte l'emprise de la Communauté dans tous les secteurs. Quand les contributeurs au Conseil de l'Europe, qui sont en même temps les contributeurs pour les Douze de la Communauté, consacrent au Conseil de l'Europe des moyens ridicules et de plus en plus dérisoires par rapport à ce qu'ils consacrent à la Communauté, il y a un choix d'efficacité qui est clair et net: certaines initiatives du Conseil de l'Europe ont été en quelque sorte phagocytées par la Communauté.

Aussi, ce n'est pas par résignation que j'énonce ces faits qui pourraient nous inciter à croire qu'il n'y a plus d'autre issue possible, hormis la Communauté, mais c'est pour que nous ayons une vue réaliste des choses et pour que nous n'investissions pas d'espoir un peu naïf quant à la durée de l'EEE et à la perpétuation de l'AELE. Cette dernière est apparue, dans l'histoire de 1960 à nos jours, comme une alternative à la Communauté. Or, il arrivera un moment où elle ne pourra plus être cette alternative et ce moment se dessine maintenant un peu plus nettement, même si la Communauté éprouve bien des difficultés avec Maastricht.

Voilà ce qu'il convient d'avoir à l'esprit lorsqu'on tente de concevoir l'avenir, du point de vue suisse, de l'EEE. Ce dernier s'accompagnera alors d'une architecture institutionnelle intérieure différente de ce qu'elle est aujourd'hui, au moment où nous votons.

Concernant l'AELE, je précise que ce n'est en tout cas pas la Suisse qui a poussé à la théorie des deux piliers, ce ne sont pas les négociateurs suisses qui ont voulu que l'on érige cette immense construction: elle apparaît véritablement comme une vue très schématique et trop rationnelle. Néanmoins, nous ne la rejetons pas, mais nous montrons qu'elle pourrait bien avoir ses limites dans le temps. En l'occurrence, ce à quoi l'on est parvenu dans l'institutionnel EEE aujourd'hui, grâce à ces deux piliers, est, malgré tout, le moins mauvais des moyens, mais nous n'avons pas déposé de brevet d'invention en la matière et si, une fois, une recherche en paternité concernant l'origine des deux piliers de l'EEE est déposée, ce ne sera en tout cas pas la Suisse qui pourra être inquiétée, ce n'est pas elle qui a été le pourvoyeur du système. Il existe, il nous semble convenable mais nous en constatons la relativité.

Kellenberger: Ich möchte noch etwas bemerken zur Haltung der mittel- und osteuropäischen Staaten zur Gemeinschaft. Im Gegensatz zu uns, die manchmal politische Probleme im Vordergrund haben, suchen diese Staaten gerade aus politischen, insbesondere aus sicherheitspolitischen Gründen die EG-Mitgliedschaft. Sie suchen natürlich auch wirtschaftliche Vorteile; aber für sie ist die Gemeinschaft vor allem der Ort, wo sie nachher ihre Demokratie und ihren Rechtsstaat konsolidieren können. Das erklärt auch ihre politische Zielsetzung.

Gadient: Zu den Bedenken, die Präsident Cavelty gegenüber der nicht übersehbaren Verlagerung zur gerichtlichen Zuständigkeit hat, möchte ich noch eine persönliche Erfahrung einbringen: Ich hatte Gelegenheit, am Gerichtshof in Luxemburg bei der Vorbereitung und der Durchführung einer Verhandlung teilzunehmen. Dabei war ich ausserordentlich beeindruckt von der Qualität der Zusammensetzung dieses Gerichtshofes. Das Verfahren und die Gerichtsorganisation überhaupt sind unserem System absolut vergleichbar, und zwar rein was die Mechanik, aber auch was die Qualität anbetrifft. Die Rechtsfindung, die Urteilsfindung - das war höchste richterliche Stufe. Ich hätte an sich nicht die geringsten Bedenken, wenn ich einmal ein solches Urteil akzeptieren müsste.

Im Zusammenhang mit Art. 93 EWR-Vertrag habe ich noch eine Frage. Es geht um den gemeinsamen EWR-Ausschuss, der ja die gesamte Verantwortung für die wirksame Umsetzung und das Funktionieren des Abkommens trägt. Auf Seite I/460 der Botschaft heisst es: "Die Gemeinschaft wird im Gemeinsamen Ausschuss durch die Kommission vertreten werden; die Mitgliedstaaten ihrerseits nehmen als Beobachter teil." Aber es gibt doch einen Tatbestand, wonach aufgrund der EG-internen Zuständigkeit auch die Vertreter der Mitgliedstaaten an der Beschlussfassung mitzuwirken haben. Wenn das der Fall ist, müssten diese auch mit einer Stimme zu sprechen haben, wie auf der anderen Seite die Efta-Staaten. Das hätte ich noch gerne bestätigt gehabt.

M. l'Ambassadeur Krafft: Il convient de ne pas oublier que nous avons négocié un accord d'abord avec la Communauté européenne. C'est au tout dernier moment que la question a été tranchée de savoir si l'accord devait être du côté communautaire, un accord purement communautaire ou bien un accord mixte. Finalement, la Communauté a dû accepter que les Etats membres de la Communauté figurent à côté de la Commission de la Communauté, comme parties contractantes à l'accord.

Cependant, dans l'accord figure une définition de la notion de parties contractantes et la question de savoir si c'est la Communauté ou les Etats membres dépendra de la répartition des compétences au sein de l'ordre juridique communautaire, entre la Communauté et les Etats membres. Dans la plupart des cas, c'est la Communauté qui sera le partenaire avec lequel nous allons discuter et prendre des décisions. Néanmoins, il y a certains cas où, dans la mesure où les Etats membres sont compétents, ce seront aussi les Etats membres qui apparaîtront comme parties contractantes.

En outre, nous avons dû négocier aussi au niveau institutionnel pour savoir qui, de la Commission de la Communauté ou des Etats membres allait apparaître notamment dans les institutions.

Cette question sera réglée par règlement interne. Ainsi, la question s'est posée de savoir qui allait, par exemple, saisir la Cour: la commission ou les Etats membres? Cela fut réglé dans des déclarations, à savoir que, dans certains cas, c'est la commission qui exercera les compétences qui appartiennent aux parties contractantes.

Ainsi donc, certaines situations sont juridiquement difficiles car sont parties contractantes: la Communauté, les Etats membres, les pays membres de l'AELE, mais pour certaines prises de décision, ce sera soit la Communauté seule, soit la Communauté des Etats membres, soit les Etats membres, qui les assumeront, selon la répartition des compétences au sein de la Communauté.

Blankart: Eine Frage ist noch offen, nämlich die nach dem Unterschied zwischen einem dänischen und einem norwegischen Richter. Was ist ein "fremder" Richter? Ein fremder Richter ist ein Ausländer, der aufgrund ausländischen Rechts Recht spricht, das in der Schweiz anwendbar ist. Ein dänischer Richter würde natürlich aufgrund von EG-Recht Recht sprechen, das in der Schweiz anwendbar wäre - und bis auf weiteres ist EG-Recht nicht schweizerisches Recht. Ein norwegischer Richter im Efta-Gericht hingegen spricht Recht aufgrund des EWR-Rechtes und subsidiär des Efta-Rechtes, dem wir unterstehen, das unser Recht ist, und folglich ist er nicht ein fremder Richter. Entsprechend haben wir auch ohne weiteres z. B. dem Internationalen Gerichtshof beitreten können, wo zurzeit kein Schweizer Richter ist; dort wird aber Recht gesprochen aufgrund einer internationalen Rechtsordnung, der wir angehören, und folglich sind das nicht fremde Richter. - Ich gebe zu, dass es vielleicht nicht so einfach ist, dies einer breiteren Öffentlichkeit zu erklären; aber da die Gegner des EWR mit dem Stichwort - und Atavismus - "fremder Richter" sehr viel Verwirrung stiften, schien es mir wichtig zu sein, diesen Unterschied noch einmal in Erinnerung zu rufen. - (Zum Präsidenten:) Der Acquis communautaire, sofern er in EWR-Recht umgewandelt worden ist, ist Völkerrecht und unser gemeinsames Recht, währenddem das gegebenenfalls gleichlautende EG-Recht eben ein Sonderrecht, ein internes Recht zwischen Staaten ist, denen wir nicht angehören.

Spinner: Vielleicht noch ein wenig volksnaher: Wenn man über fremde Richter spricht, kann man den Leuten gut erklären, dass mindestens jedes 8. Scheidungsurteil und jedes 4. kommerzielle Urteil, das in der Schweiz akzeptiert wird, von fremden Richtern gefällt wird, von deutschen oder amerikanischen Richtern aufgrund von deutschem oder amerikanischem Recht. Mit diesen Beispielen kann man zeigen, dass fremde Richter an sich nichts Neues sind. - Für den EWR kann man sagen: Es gibt kein Gericht, das eine EWR-Frage beurteilt, in dem nicht ein Schweizer Richter dabei wäre. Eine Ausnahme ist das Wettbewerbsrecht, wo dies heute schon der Fall ist.

Kapitel 9: Kommentar der Allgemeinen und Schlussbestimmungen

Kein Wortbegehren

Kapitel 10: EWR-Strukturen der Efta-Staaten

Kein Wortbegehren

Kapitel 11: Finanzielle und personelle Auswirkungen

M. Cavadini Jean: Concernant les charges financières que la Confédération, en cas d'accord, devra assumer, le message mentionne, à la page 511, la participation au Fonds de cohésion.

Je voudrais savoir comment a été calculée la participation d'un Etat au Fonds de cohésion. Est-ce pro capita? Et pourquoi cette période de cinq ans?

M. Kellenberger, Secrétaire d'Etat: Cette participation a été calculée selon le produit social brut. Concernant les cinq ans, on avait dû négocier, car cela était au fond une exigence minimale que l'on a pu obtenir; la Communauté voulait une période plus longue, mais finalement on a pu se mettre d'accord sur la base des cinq ans. En outre, on a aussi pris la précaution de dire très clairement qu'après les cinq ans en question, c'était terminé.

Kapitel 12: Legislaturplanung

Kein Wortbegehren

Kapitel 13: Verfassungsmässigkeit

Kein Wortbegehren

Präsident: Nachdem wir mit der Detailberatung durch sind, möchte ich Gelegenheit geben, auf einzelne Kapitel und Fragen zurückzukommen.

M. Delalay: Je voudrais juste revenir sur la question que j'ai posée la dernière fois concernant les eaux-de-vie de poire Williams: la réponse ne m'a ni satisfait ni rassuré car elle n'apporte pas grand chose de positif.

Egger: Mich als Schnapsspezialisten zu bezeichnen, wäre vielleicht falsch; ich habe nur während der Verhandlungen mitgewirkt. Im EWR-Vertrag ging es darum, die Diskriminierung ausländischer Getränke durch stärkere Belastungen abzuschaffen, weil eben diese Produkte neu im Protokoll 3 über die verarbeiteten Landwirtschaftsprodukte figurieren. Das Abkommen sieht vor, dass jede Art von Diskriminierung von Freihandelsprodukten ausgeschlossen ist. Daher werden wir eine nichtdiskriminatorische Besteuerung einrichten müssen, und die Folgen tragen nicht nur wir Schweizer, sondern auch die Partner im Freihandelssystem; wir sind also nicht allein.

Delalay: Ich bin teilweise befriedigt.

M. Blankart, Secrétaire d'Etat: C'est un péché qui est reproché depuis des décennies aussi bien au GATT qu'à l'égard de la Communauté. Bien évidemment, les gens savent que nos législations sur l'alcool sont basées constitutionnellement sur la protection de la santé. Or, c'est pratiquement impossible d'expliquer, à une table de négociation, pourquoi le kirsch allemand devrait être plus nuisible que le kirsch suisse.

En fait, il existe deux possibilités: ou bien on augmente le taux de monopole suisse avec le risque que les gens achètent davantage d'eaux-de-vie à l'étranger, ou bien on baisse le taux de monopole étranger en Suisse et alors les consommateurs sont moins motivés pour acheter leurs eaux-de-vie en Allemagne. Une autre possibilité serait que l'on ramène tout à un taux de monopole plus bas que la Communauté: les gens viendraient alors chez nous acheter leur kirsch. Mais c'est là une mentalité d'exportation qui ne remporte peut-être pas l'adhésion de tout le monde.

En définitive, on parviendra à un taux de monopole "à la suisse". Ce sera un compromis qui réjouira tout un chacun.

M. Delamuraz, Conseiller fédéral: Je ne vais pas apporter une eau-de vie particulièrement claire au moulin de M. Delalay! Mais je tiens à marquer que la situation, telle qu'elle est créée, à savoir l'adaptation prévue des droits sur l'alcool, n'est pas satisfaisante. A défaut d'aboutir, au plan international, dans la négociation européenne, dans la mesure où nous n'avons pas obtenu les délais de transition, pour toutes sortes de bonnes et de mauvaises raisons d'ailleurs, il s'agira de trouver une solution qui se situe moins haut que ce qui avait été décidé, qui se trouve plutôt à mi-chemin. Mais, ne nous faisons pas d'illusion, cette dernière ne satisfera personne!

Personnellement, je serais pour une méthode moins agressive qui consisterait à descendre les taux et les prix de telle manière que l'on boirait nos eaux-de-vie à grandes gorgées, dans tous les pays d'Europe, mais la réputation morale d'un Conseil fédéral, déjà bien entamée, en prendrait un coup fatal!

En tout cas, je considère que la question de M Delalay reste ouverte. Ce n'est pas une réponse définitive qui est donnée ici.

Schiesser: Ich habe eine Frage im Zusammenhang mit der Auskunft, die wir auf die Frage Gadiant über die Auswirkungen des EWR-Abkommens auf die Tätigkeit schweizerischer Automobilimporteure erhalten haben. In dieser schriftlichen Auskunft heisst es in Punkt 2: "Der Abbau dieser normenbedingten Importhindernisse wird den schweizerischen Automobilmarkt für Parallelimporte öffnen." Bei diesem Abbau sind die technischen Vorschriften erwähnt, und als Beispiel dafür werden Sicherheits-, Abgas- und Lärmvorschriften erwähnt. Führt das konkret dazu, dass das Umweltschutzniveau im Bereich der Fahrzeuge, insbesondere bei den Automobilen, sinkt? Ich habe eine andere Antwort im Ohr, wo es hiess, das gelte nur für Motorräder.

In der letzten Sitzung vom 6./7. Juli 1992 habe ich das Problem des passiven Textilveredelungsverkehrs angesprochen, und Herr Staatssekretär Blankart hat dort ausgeführt, dass die Gemeinschaft im Verzug sei und wir noch keine Reaktion erhalten hätten. Gemeint ist diese Bemerkung in der Botschaft, wonach bis Ende Juni wiederum ein Briefwechsel stattfinden soll. Wie ist der Stand der Dinge heute?

Präsident: Ich möchte Herrn Bundesrat Delamuraz verabschieden und ihm danken, dass er uns zur Verfügung gestanden ist, ihm vor allem danken und gratulieren für seinen Einsatz im Nationalrat. Das war grossartig!

Egger: Zu den Normen für Motorfahrzeuge: Hier haben wir mit der EG Uebergangsfristen vereinbart mit dem Ziel, dass die EG die Abgasnormen verschärfen muss, um es uns zu ermöglichen, bei unseren strengeren Abgasvorschriften zu bleiben. Das heisst, so lange die EG nicht auf demselben Niveau ist, können im Prinzip Fahrzeuge aus der EG mit weniger scharfen Abgasvorschriften nicht in die Schweiz kommen. - Diese Uebergangsfrist dauert meines Wissens bis 1995.

Schiesser: Dann sollten also die Abgasvorschriften etwa gleich sein, so dass diese technischen Vorschriften als Hindernisse entfallen, weil der Standard ausgeglichen wäre. Stimmt das?

Egger: Man geht davon aus, dass auf diesen Zeitpunkt die EG dieselben Normen haben wird wie wir; aber zum Zeitpunkt der Verhandlungen bestand noch keine 100prozentige Sicherheit. - Zum passiven Veredelungsverkehr: In der Botschaft wird auf diesen Briefwechsel hingewiesen. Der Briefwechsel ist am Ende der Verhandlungen zwischen der Kommission und den Efta-Ländern auf schweizerisches Begehren hin abgeschlossen worden - die anderen Efta-Länder haben es ohnehin schon aufgegeben, dafür zu kämpfen. In diesem Briefwechsel verlangen die Efta-Länder von der EG, noch vor Ende Juni 1992 Diskussionen aufzunehmen mit dem Ziel, die Diskriminierungen, die sich beim passiven Textilveredelungsverkehr ergeben, abzubauen. Am Ministertreffen in Reykjavik ist dann diese Frage mit dem zuständigen Kommissar aufgenommen worden. Die Efta-Länder haben der EG ein Memorandum überreicht mit dem Inhalt ihres Anliegens, und am letzten Tag im Juni hat die Kommission ihr Versprechen eingelöst, indem eine erste Gesprächsrunde stattgefunden hat - dazu hatte die EG-Kommission von den Mitgliedstaaten die Zustimmung einholen müssen. Diese Gespräche waren nicht sehr ergiebig. Die Kommission ist etwas so verblieben, dass sie von den Efta-Ländern eine technisch fixfertige Lösung verlangt hat, damit sie diese den Mitgliedstaaten zur Beurteilung vorlegen kann. Diese technische Lösung ist nun soweit gediehen, dass sie Ende September der EG übergeben werden kann. Es handelt sich um die sogenannte paneuropäische Kumulation, wo im Prinzip Vormaterialien jedes einzelnen Partners verwendet und in den jeweiligen Staat importiert werden können, zu den gleichen Bedingungen, die das jeweils bestehende bilaterale Abkommen - z. B. EG-Ungarn oder Schweiz-Ungarn oder CSFR-EG oder Schweiz-CSFR - enthält. Die Idee wäre, bis Ende Jahr zu einem Abschluss zu kommen. Der Erfolg wird im wesentlichen davon abhängen, wie weit die südlichen EG-Mitgliedstaaten mitmachen wollen und inwieweit sie zu Konzessionen bereit sind. Die Portugiesen haben sich jetzt schon beschwert, dass sie, nachdem sie schon gegenüber den Oststaaten Konzessionen im Textilbereich machen mussten, jetzt noch einmal Konzessionen machen müssen. Aus ihrer Sicht würde dies ihre Textilindustrie zu stark belasten. Das trifft nicht zu; man hat versucht nachzuweisen, dass angesichts der geringen Bedeutung von portugiesischen Textilien auf dem EG-Markt die portugiesische Textilindustrie durch diese Konzessionen nicht stark betroffen werden sollte.

Schiesser: Würde diese Lösung nur die osteuropäischen Länder einbeziehen, nicht auch die Maghreb-Staaten oder andere Länder mit einer Textilveredelungsindustrie?

Egger: Ja, auf Wunsch der EG sollen in einem ersten Schritt nur drei Länder einbezogen werden. Die Efta-Länder sind der Meinung, sie könnten auch mit den Ostländern leben, zumal ca. 2/3 der Veredelungswaren in diesen drei Staaten und Jugoslawinen hergestellt werden.

Onken: Ich habe noch eine Frage zu dem EG-Recht, das seit dem 1. August 1991 in Kraft getreten ist. Gibt es schon eine Aufstellung über die Verordnungen und Richtlinien, die in der Schweiz zwingende Anpassungen notwendig machen? Welche brisanten Punkte sind darunter?

Spinner: Seit dem 1. August 1991 hat der EG-Ministerrat rund 200 Rechtsakte verabschiedet. Die grosse Mehrzahl dieser Rechtsakte sind Anpassungen an den technischen Fortschritt; es sind kleinere Anpassungen, die in der Schweiz auf Verordnungsstufe geregelt werden. - Genau diese Frage wird zurzeit von den zuständigen Aemtern im Detail abgeklärt. Aus einer vorläufigen Aufstellung haben wir ersehen, dass von diesen 200 Rechtsakten ein gutes Dutzend wichtigere Vorlagen sind, die auch in der Schweiz Gesetzesänderungen zur Folge haben dürften. Davon scheint uns die Mehrzahl zugunsten der schweizerischen Wirtschaft zu sein. Darunter ist z. B. eine weitere Liberalisierung im Luftverkehr vorgesehen. Es sind aber auch umstrittene Vorlagen darunter, wie z. B. das Gurtenobligatorium für Beifahrer auf dem Hintersitz. Auch eine gewisse Harmonisierung im Bereich des Führerausweises ist vorgesehen.

Egger: Es gibt noch technische Vorschriften im Bereiche der Motorfahrzeuge, wie z.B. Geschwindigkeitsbeschränkungs-ausrüstungen für Lastwagen oder die Verschärfung der Diesellabgasvorschriften für Lastwagen. Im Kosmetikabereich gibt es Listenänderungen, wo vorgeschrieben wird, wieviel Zusatzstoffe in Kosmetika enthalten sein dürfen. Im Versicherungsbereich gibt es die 3. Schadensversicherungsrichtlinie, wo es im Prinzip für die Schweiz ein Problem geben kann, weil das Brandversicherungsmonopol in Frage gestellt werden dürfte. Bei den Banken geht es um eine Bankenaufsichtspflicht für Finanzkonglomerate; im Prinzip wird aber diese Aufsicht bereits durch die Eidgenössische Bankenkommision ausgeübt, so dass es keine wesentlichen Änderungen geben sollte.

Spinner: Wir sind im Moment daran, eine Uebersicht über die Änderungen des EG-Rechts seit 1.8.91 zu erstellen, die auch der Oeffentlichkeit zugänglich sein wird. Eine genaue Liste herauszugeben hat keinen Sinn; das wird erst entscheidungsreif, wenn das EWR-Abkommen in Kraft ist.

Blankart: Bei der Ausarbeitung dieses sogenannten Pipeline Acquis konnten wir natürlich noch nicht mitwirken, weil das Abkommen noch nicht in Kraft steht. - Zu den Brandversicherungsmonopolen: Die 3. Richtlinie sieht vor, dass Deutschland den Monopolcharakter dieser Anstalten anpassen muss, d. h., dass auch Dienstleistungserbringer anderer Versicherungsgesellschaften - seien sie im Land, seien sie ausserhalb - Brandversicherungspolice anbieten können. Der interkantonale Rückversicherungsverband der kantonalen Monopole hat kürzlich in Freiburg ein zweitägiges Seminar durchgeführt; an dem auch deutsche Mo-

nopolversicherer teilgenommen haben. Es ging darum festzustellen, welche Anpassungen notwendig wären. Ich glaube, wir brauchen uns deswegen nicht allzuviel graue Haare wachsen zu lassen. Unsere Monopole sind im Markt sehr gut eingeführt, kennen ihre Kunden persönlich, und es ist kaum anzunehmen, dass hier grosse Änderungen eintreten werden - jedenfalls nicht im Massengeschäft. Möglich ist, dass die Grossrisiken eher an private Versicherungsgesellschaften gehen, aber die kantonalen Brandversicherungsmonopole haben mit Grossrisiken sehr problematische Erfahrungen gemacht. Die meisten dieser Brandversicherungsmonopole haben keine staatliche Garantie, so dass man sich füglich fragen kann, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, zumindest für die grossen Risiken auch andere, vielleicht finanzstärkere Anstalten zum Zuge kommen zu lassen. Jedenfalls haben sich die deutschen Monopolversicherer nicht besonders erschreckt gezeigt; sie wissen auch - obwohl sie sehr viel grösser sind als die unsrigen -, dass ihnen von den finanziellen Garantien her gewisse Grenzen gesetzt sind.

Onken: Ich bin froh, dass wir diese Uebersicht bekommen sollen. Die wichtigsten Punkte müssen darin aufgeführt sein; denn es wäre fatal, wenn man hier etwas verschweigen wollte, was als Konsequenz auf uns zukommt und das dann wenn möglich zehn Tage vor der Abstimmung in den Schlagzeilen erscheinen würde.

Kann man schon etwas sagen zum Rechtsetzungsverfahren, das dann greifen wird? Werden auch bei diesem Pipeline Acquis wieder Fristen zu beachten sein, die eine ähnliche Übung erforderlich machen, wie wir sie jetzt haben, mit einem nachträglichen Referendum z. B.? Oder kann dann das normale Gesetzgebungsverfahren mit den entsprechenden Referendumsfristen spielen? In der Botschaft heisst es - aber das war noch die alte Doktrin -, dass diese Gesetzesänderungen in einem 3. Gesetzgebungspaket unter Ausschluss des Referendums vorgenommen werden können. Das stimmt sicher nicht mehr; aber allenfalls könnte ein nachträgliches Referendum in Frage kommen. Kann man dazu schon eine verlässliche Auskunft geben?

Spinner: Zur Zeit, als die Botschaft geschrieben wurde, wollte man einen Teil der Gesetzesänderungen noch in das Abkommen aufnehmen, bevor das Abkommen von den Parlamenten genehmigt wird. Das ist aber nicht gelungen, und folglich ist diese Formulierung missverständlich. Für die Anpassung an diese 200 Akte (ca. 15 Gesetzesänderungen) ist jetzt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren vorgesehen; es wird kein nachträgliches Referendum geben. Allerdings muss ich beifügen, dass wir nicht unbeschränkt Zeit haben. Das Parlament wird schon sehr schnell mit diesen Vorlagen befasst werden. Wenn wir wesentlich über die im Abkommen vorgesehenen Fristen von rund sechs Monaten hinausgehen, wird für die die Frist überschreitende Zeit das neue Recht provisorisch angewendet, während in der Schweiz noch das Genehmigungsverfahren laufen würde. Dies könnte sehr heikel sein. Ich würde sagen: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren ja, aber im Rahmen des Möglichen beschleunigt.

Rüesch: Darf ich auf die Hochschulfrage zurückkommen? Ich habe soeben mit dem Erziehungsdirektor von St. Gallen, meinem Nachfolger, telefoniert. Er hat gesagt, bis heute seien die Erziehungsdirektoren der acht Hochschulkantone so orientiert, dass

die bisherigen "Diskriminierungen" weitergeführt werden dürfen, die Hochschule St. Gallen also nach wie vor die tausend Deutschen auf zweihundert reduzieren könne. Es existiere auch ein entsprechendes Papier, das vom Integrationspapier verfasst worden sei. - Aufgrund der neuen Informationen, die wir heute erhalten haben, sind wir umso mehr darauf angewiesen, dass der Wunsch von Herrn Onken nach einer schriftlichen Darstellung der Situation in Erfüllung geht, und es wird auch wichtig sein, dass die Erziehungsdirektoren richtig informiert werden.

2. Bundesbeschluss über den EWR

Titel und Ingress

keine Wortmeldung

I

Art. 1

Keine Wortmeldung

Art. 2

Keine Wortmeldung

II

Präsident: Diesen Teil behandeln wir nicht.

III

Keine Wortmeldung

Präsident: Nun könnten wir die Abstimmung durchführen; aber da von unser reduzierten Mannschaft im Moment noch zwei Mitglieder fehlen, schlage ich vor, einen günstigeren Zeitpunkt zu wählen, z.B. morgen früh.

Bevor wir zum nächsten Traktandum kommen, kurz einige Bemerkungen zur **nächsten Sitzung vom 23. Oktober 1992** (die Sitzung vom 22. Oktober 1992 entfällt):
Die zu behandelnden Traktanden werden sein:

- Motion des Nationalrates (Houmard). Entschädigung der ehemaligen Algerien-Schweizer
- Petition "Euro-Initiative"
- Petition "Die Stellung der Schweiz und die Welt"
- Zusatzbotschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten (heute vertagt)

Dienstag, 8. September 1992, 08.00 Uhr
Fortsetzung der Sitzung

Fortsetzung von Traktandum 2 (Bundesbeschluss über den EWR)

Präsident: Es ist möglich, eine Gesamtabstimmung unter Vorbehalt von Ziffer II durchzuführen. Wegen dieses Vorbehaltes habe ich die Pressekonferenz absagen lassen.

Kündig: (Information über die Sitzung des Lenkungsausschusses des EFTA-Parlamentarier-Komitees vom 7.9.92 in Genf)

In Österreich ist die Vorlage über den EWR dem Parlament am 12. Mai unterbreitet worden, und dieses wird am 22. September darüber befinden. Die Mehrheit ist heute schon gesichert. Man bekundet allerdings gewisse Mühe mit der Anpassung der Gesetze. Es müssen 140 Gesetze angepasst werden, die dem Parlament im Anschluss an die Abstimmung unterbreitet werden und bis am 11. November fertig behandelt sein sollen.

In Finnland soll am 30. Oktober im Parlament über den EWR abgestimmt werden. Notwendig ist eine Zweidrittelmehrheit, die nach heutiger Voraussicht erreicht werden sollte. Bezüglich der Anpassung der Gesetze herrscht noch einige Unsicherheit. Sie sollten bis Ende Jahr ratifiziert oder geändert werden.

In Island hat das Parlament die Vorlage am 19. Mai erhalten. Zur Zeit sind die Beratungen in Gang. Man hofft, bis Ende September zum definitiven Entschluss zu kommen. Es ist eine einfach Mehrheit notwendig. Die Anpassung der Gesetze wird als administrativ sehr aufwendig empfunden. Man geht davon aus, dass Schwerpunkte gebildet werden müssen und nicht angepasste Gesetze zu Auslegungsproblemen führen werden.

Liechtenstein befindet sich im Schlepptau der schweizerischen Abstimmung. Die Vorlage ist beim Parlament, das mit einer Generaldebatte am 16. September darüber befinden wird. Die Volksabstimmung wird am 18. oder 20. Dezember stattfinden. Der Landtag wird der Vorlage vermutlich zustimmen, beim Volk ist die Haltung etwa wie in der Schweiz.

Norwegen wird in der Session, die am 7. September begonnen hat, die EWR-Beratung durchführen und am 16. Oktober darüber abstimmen. Im Parlament braucht es eine Dreiviertelmehrheit. Zur Zeit rechnet man mit einer oder zwei Stimmen Mehrheit für die Zustimmung. Erst anschliessend wird dem Parlament die Gesetzesrevision unterbreitet werden. Die Änderungen sollen im Parlament vom 21. bis am 30. Oktober beschlossen werden.

Es ist interessant festzustellen, dass diese Berufsparlamente in bezug auf die Gesetzgebung viel weniger kritisch sind als wir.

Schweden wird am 18./19. November zum Beschluss Stellung nehmen. Die Gesetze sind in Vorbereitung, aber es geht nur zögernd voran.

Im schwedischen Parlament gibt die Frage viel zu diskutieren, ob der EWR-Vertrag hinfällig werde, wenn ihm ein einzelner Efta-Staat nicht zustimmt. Im Reichstag wird ein Antrag unterbreitet werden, wonach die Ratifikation der Verträge für die Regierung auch dann die Möglichkeit beinhalte, weiterzugehen, wenn eines oder zwei Efta-Länder nicht zustimmen sollten. Wir wurden aufgefordert, diese Frage aufzugreifen.

M. Felber, président de la Confédération: Si un pays rejetait le Traité, on a toujours parlé d'une Conférence diplomatique, c'est-à-dire la réunion de toutes les parties au Traité. Celui-

ci ne pourra juridiquement pas entrer en vigueur s'il n'a pas été ratifié par la totalité des pays de l'AELE et par le Parlement européen ainsi que les Etats membres de la CE.

M. Krafft: Cette question a été réglée dans le texte de l'Accord EEE ainsi que dans une déclaration qui a été faite dans l'acte final. Si un Etat ne ratifie pas l'accord, une Conférence diplomatique est prévue afin de revoir la situation et de tirer les conséquences qui s'imposent. Il faudra renégocier certaines parties de l'accord, notamment la partie concernant le fonds de cohésion.

Il y a deux aspects, l'aspect traité et l'aspect constitutionnel. Ce dernier consiste à savoir si lorsqu'un Parlement donne son approbation à l'accord il le donne sous l'hypothèse qu'il soit ratifié par tous ou, dans le cas où l'un ne ratifie pas s'il faut retourner devant le Parlement. En droit suisse on pourrait soutenir qu'il ne faudrait pas nécessairement, si par exemple la Norvège disait non, revenir devant le Parlement. Je peux imaginer que dans certains Etats la question devrait être revue sous l'angle de la pratique constitutionnelle de ces Etats.

Pour l'aspect traité, il faut voir l'aspect droit international et les conséquences du fait qu'un Etat n'adhère pas au traité ainsi que la nécessité de réaménager et de renégocier le traité sur le plan juridique et politique. La Communauté accepterait-elle de ratifier un traité si les sept pays de l'AELE ne sont pas prêts à le faire?

Kündig: Es ist wichtig, diese zwei Aspekte auseinanderzuhalten. Einerseits soll im Falle einer Ablehnung durch einen Staat die erwähnte diplomatische Konferenz einberufen werden. Andererseits geht es um die Frage, ob die Regierungen in diesem Falle noch eine Möglichkeit haben, den Vertrag weiterzuverfolgen, oder ob wieder der ganze politische Weg neu begangen werden muss. Darüber müssen auch wir uns im Klaren sein, bevor wir definitiv beschliessen.

Spinner: Im Falle der Notwendigkeit einer diplomatischen Konferenz zur Anpassung des Vertrages an die neue Situation ist es leicht möglich, dass sich das Gleichgewicht der Rechte und Pflichten wesentlich verschiebt. Allein schon bei den finanziellen Beiträgen stellt sich z. B. die Frage, ob der Anspruch der EG für den Kohäsionsfonds reduziert wird oder ob der von der EG einmal geltend gemachte Anspruch auf die übrigbleibenden Efta-Staaten verteilt wird. Das Gleiche gilt für die Konzessionen im Agrarbereich. Es ist denkbar, dem Bundesrat eine Ermächtigung zu geben, den Vertrag im Anschluss an eine solche diplomatische Konferenz in eigener Kompetenz abzuschliessen. Wir gingen aber davon aus, dass ein geänderter Vertrag noch einmal vorgelegt werden müsste.

M. Delalay: Qu'en est-il de la ratification par les membres de la Communauté et quels sont les effets d'un éventuel refus d'un Etat de la Communauté?

Spinner: Die EG, die neben ihren Mitgliedstaaten selber Vertragspartei ist, ratifiziert solche gemischten Verträge nie, bevor nicht alle Mitgliedstaaten ratifikationsbereit sind. Die Vertragspartei EG ist unerlässlich.

Onken: Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass unsere politische Zustimmung auch auf einen reduzierten EWR übertragen werden könnte, dass das Parlament aber erwarten würde, über die entsprechenden Folgen informiert und konsultiert zu werden. Dies sollte von unserem Kommissionspräsidenten im Rat so gesagt werden.

Schiesser: Das Problem muss aufgegriffen werden. Der Präsident sollte in seinem Votum darauf hinweisen.

M. Felber, président de la Confédération: J'aimerais vous faire part d'une réflexion immédiate. Il faut faire attention à l'aspect politique de ce problème. Nous vous demandons de ratifier un accord qui conclut clairement en disant qu'il n'entre en vigueur que si toutes les parties l'ont ratifié. La première sécurité est qu'il n'y a pas d'entrée en vigueur tant et aussi longtemps que les vingt parties, Parlement européen compris, ne l'ont pas expressément ratifié. A la question supplémentaire que vous posez, on ne peut pas répondre parce qu'il faudrait redéfinir le chemin à renégocier. La Communauté chargerait la Commission de trouver une voie qui nous serait proposée. Même si cette question était posée clairement, le Conseil fédéral ne pourrait pas donner de réponse claire. Le seul élément est que l'accord ne peut pas entrer en vigueur s'il n'a pas été ratifié par toutes les parties contractantes. Il est intéressant de constater, comme le fait M. Kündig, que si l'Islande, qui est un des plus petits Etats, disait non, cela ferait tomber l'accord pour tous. Cette question devrait être reprise dans une Conférence diplomatique avec tous les éléments internes sur le plan constitutionnel et politique entre les parties contractantes. Il n'y a pas de réponse parce que quand on négocie un traité, c'est pour l'amener à terme, le soumettre et le ratifier. S'il n'est pas ratifié il n'entre pas en vigueur.

Le risque, si on commence à discuter sur ce point, est de susciter des manoeuvres qui permettraient de dire que l'on pourra toujours renégocier. La position du Conseil fédéral sera celle que je viens d'exposer.

Gadient: Ich teile diese Auffassung. Bei Ausscheren eines oder mehrerer Länder können sehr unterschiedliche Tatbestände eintreten. Es wäre nicht unbedenklich, diese kaum fassbaren Hypothesen heute schon breit auszudiskutieren. Wir müssen einfach wissen, dass dann alles offen wäre und dass es zu Verschiebungen bei den Rechten und Pflichten käme. Über die Prämissen müsste neu verhandelt werden.

Onken: Ich wollte auf keinen Fall eine Diskussion darüber auslösen. Ich stelle mir vor, dass das Parlament wie beim Beispiel Schweden mit der Zustimmung zu diesem Vertragswerk der Regierung die Möglichkeit gibt, auch im Falle des Ausscherens eines Efta-Landes weiterhin tätig zu sein.

Schiesser: Ich gehe davon aus, dass eine Delegationsklausel verfassungsmässig nicht möglich wäre. Ein auch nur in einem Punkt veränderter Vertrag müsste wieder dem gleichen Prozedere unterworfen werden, wie wir es jetzt haben, erforderte also wiederum eine Volksabstimmung. Der Vorschlag von Herrn Onken

könnte dahingehend interpretiert werden, dass die Zustimmung des Volkes zu einem geänderten Vertrag ausgeschaltet werden soll.

Unser Kommissionspräsident sollte deshalb nur den Strauss der Möglichkeiten darlegen, die bestehen, wenn ein einzelnes Efta-Land den Vertrag ablehnt, sich aber nicht zu unserem internen Vorgehen in einem solchen Fall äussern.

Rüesch: Bitte die Abstimmung vom 6. Dezember nicht noch mit neuen Fragen, z. B. mit derjenigen eines Blankoschecks für den Bundesrat, belasten! Wenn eine Efta-Staat den EWR-Vertrag ablehnt, braucht es eine neue Lagebeurteilung durch den Bundesrat.

Blankart: 1972 bestand eine paralleler, umgekehrter Fall: das Parlament stimmte dem Freihandelsabkommen in der Meinung zu, Norwegen trete der EG bei. Norwegen lehnte den Beitritt aber ab und wurde dann zusätzliche bilaterale Vertragspartei. Dies hatte nicht zur Folge, dass die Schweiz das Freihandelsabkommen noch einmal vor das Volk brachte. Ähnliches gilt für den Austritt Portugals aus der Efta. Das Freihandelsabkommen kam bei diesen Änderungen lediglich vor das Parlament.

Gadient: (Auf eine Frage von Herrn Onken) Ob der EWR-Vertrag im Falle einer Ablehnung in Liechtenstein in der Schweiz noch einmal dem Volk vorgelegt werden müsste, ist eine heikle Frage, die dannzumal in ihrer materiellen Auswirkung sorgfältig zu überprüfen wäre. Ich glaube aber nicht, dass eine neue Volksabstimmung notwendig wäre.

Schiesser: Es besteht die Befürchtung, dass sich durch Artikel 20 Absatz 4 eine Machtverschiebung von der Legislative zu der richterlichen Behörde ergeben könnte. Da die SPK - die sich damit zu befassen hat - ihre Sitzung erst unmittelbar vor der Session durchführen wird und wir zu deren Ergebnis nicht mehr Stellung nehmen können, wäre ich froh, wenn unsere Präsident mit dem Präsidenten der SPK Kontakt aufnahme und ihm mitteilen würde, dass es die APK als Belastung des Vertrages ansähe, wenn Artikel 20 Absatz 4 zu dieser Machtverschiebung führte.

Präsident: Die Frage ist, ob Artikel 20 Absatz 4 konstitutive oder bloss deklaratorische Wirkung haben soll.

Abstimmung - Vote

Die Kommission ist einstimmig der Meinung, dass Artikel 20 Absatz 4 deklaratorischen Charakter haben soll.

Präsident: Ich werde dieses Abstimmungsergebnis der SPK mitteilen und diese Meinung auch im Rat so bekanntgeben. Wir haben gestern beschlossen, dass die SPK die Ziffer II behandle. Dies darf aber nicht für spätere, ähnliche Verfahren präjudiziell wirken. Wenn eine Hauptkommission bestimmt ist, soll diese auch umfassend und abschliessend über die Mitberichte berichten.

Herr **Gadient** unterstützt diese Meinung nachdrücklich.

GesamtAbstimmung - Vote sur l'ensemble

Zustimmung zum Bundesbeschluss über den EWR

(unter Vorbehalt von Ziffer II)
Dagegen

10 Stimmen
0 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Präsident: Wir haben nun über Artikel 20 gesprochen, ohne dass das EJPD anwesend war. Dies könnte als "unfreundlicher Akt" ausgelegt werden, obwohl es darauf zurückzuführen ist, dass wir gestern den Vertretern des EJPD mitteilten, wir würden Ziffer II nicht behandeln.

Rüesch: Wir haben unsere Meinung zuhanden der SPK geäußert. Dort wird das EJPD anwesend sein und Stellung nehmen können.

Berichterstattung über das EWR-Abkommen: Präsident

Berichterstattung über das Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Ländern und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (CSFR): schriftlich (s. Teilprotokoll 1).

Über den Europarat sollte Herr Flückiger Bericht erstatten. Sollte verhindert sein, sollte dies ein anderes Mitglied des Europarates übernehmen. Falls dies nicht möglich ist, erfolgt die Berichterstattung schriftlich.

3. 92.053 ns Bericht über einen Beitritt der Schweiz zur EG

M. Felber, président de la Confédération: Un élément important n'a été relevé dans le débat au Conseil national que par un seul parlementaire, M. Wyss porte-parole du groupe radical, et c'est ce qui figure à la page 3 du rapport, soit: "Ce rapport se propose seulement d'expliquer les raisons qui ont amené le Conseil fédéral à décider le 19 octobre 1991 que l'adhésion de la Suisse à la Communauté était désormais le but de sa politique d'intégration. Il n'est donc ni un message sur l'adhésion, ni un plan d'actions, ni une étude approfondie du droit communautaire. Il s'agit de dire dans les grandes lignes ce qu'une adhésion signifierait pour notre pays et pour ses citoyens en réponse à l'attente du Parlement et de nos partenaires européens". On a peut-être un peu négligé cet élément. On discute sur l'explication que le Conseil fédéral a donné de sa décision et il ne s'agit pas à travers un texte comme celui-là de demander un oui à l'adhésion de la Suisse à la Communauté. Il s'agit de quelque chose de beaucoup plus complexe, de beaucoup plus long, qui exige des négociations et une préparation.

Ce que nous avons voulu, c'est expliquer sans préjuger, sans non plus nous arrêter aux difficultés réelles qu'on ne peut pas nier, la volonté du Conseil fédéral de participer sur un pied d'égalité à la construction de l'Europe future, ce que l'on appelle aussi notre environnement ou l'architecture européenne. C'est pour nous la volonté de participer à une communauté de destin qui est celle de l'ensemble des pays européens plutôt que d'être un Etat qui subit directement ou indirectement la politique de l'ensemble des pays formant notre continent. On nous a signalé plusieurs fois qu'on avait changé d'attitude entre le rapport de 1988 et la position prise ici au début de 1992. En réalité, dès 1988, nous indiquions dans le rapport que la seule véritable alternative à notre politique actuelle d'intégration et à son potentiel de développement serait

l'adhésion à la Communauté. Je rappelle qu'en 1988 on ne parlait pas encore du Traité sur l'EEE, il n'y avait que la solution du Luxembourg, c'est-à-dire une suite d'accords sur les différents objets. Dans ce même rapport nous disions: "Etant donné la rapidité avec laquelle évolue le processus d'intégration européen, il est devenu indispensable pour la Suisse de repenser constamment et sans préjuger sa position en Europe". Dans le rapport de 1990, deux ans plus tard - les négociations sur l'EEE avaient alors commencé - nous disions: "L'adhésion à la Communauté aurait l'avantage de nous donner la possibilité de participer pleinement au processus de décision. L'adhésion a l'avantage d'éloigner une fois pour toutes le risque de dépendance unilatéral lorsqu'il est question d'autres options d'intégration". Cela figurait dans les rapports de 1988 et 1990. Cette question intéressait déjà le Conseil fédéral qui devait tenter de voir le plus loin possible.

Nous disions également à la page 100 de notre rapport de 1990, et c'est là un élément capital à nos yeux, qu'il conviendrait de réexaminer la finalité de notre politique d'intégration si on assistait à une disparition de l'antagonisme Est-Ouest, si la Communauté européenne envisageait un élargissement, si la Communauté jouait dans la politique générale du continent un rôle prépondérant et si la tendance de la Communauté à fonder ses rapports avec ses voisins non-membres sur l'acquis communautaire devait se renforcer dans l'EEE. Ce sont là les conditions auxquelles, si elles devaient être remplies, on devait repenser la question d'une éventuelle adhésion de la Suisse à la Communauté. Vous admettez avec le Conseil fédéral que toutes ces conditions sont remplies et que nous devons repenser notre position.

Nous n'avons pas d'autres intentions dans ce rapport, qui avait je le rappelle été demandé expressément par le Parlement, que d'exposer cette réflexion du Conseil fédéral. Nous avons suivi et répondu à la demande du Parlement. La question qui s'est posée était celle de savoir pourquoi avoir déposé une demande d'ouverture de négociations en vue d'une adhésion à la Communauté européenne. Nous avons là réagi d'une manière strictement pragmatique et politique. Si nous avons annoncé au mois d'octobre déjà que le but de notre politique européenne était l'adhésion à la CE, sans en définir le moment, et que nous déposons le message demandant au Parlement puis au peuple de ratifier le TEEE, nous ne pouvions pas échapper à la question: "Quand allez-vous déposer une demande d'adhésion?" et tout au long de la discussion au Parlement, cette question serait posée et toute la discussion, également devant le peuple, aurait été entachée de notre non-réponse. On nous aurait dit que nous faisons en sorte de ne pas déposer de demande pour que le peuple vote le traité et que nous allions la déposer la semaine ou le mois suivant. Nous avons pensé, même si cela charge un peu les discussions actuellement, être plus clairs en disant qu'il s'agit de deux choses, que l'adhésion est totalement différente du Traité EEE, qu'elle engage la Suisse dans un processus beaucoup plus important avec des éléments politiques que nous devons encore analyser. Nous avons également tenu compte des démarches de la Communauté qui avait prévu de se prononcer au mois de juin de cette année lors du Sommet de Lisbonne sur son approfondissement et sur ses possibilités d'élargissement. Les conseillers fédéraux ont voyagé pour rencontrer les représentants de la Communauté en

particulier ceux de la troïka (la présidence actuelle ainsi que les présidences passée et future) et ont cherché à savoir ce qui se passerait après le Sommet de Lisbonne. La réponse était assez claire: "La demande d'ouverture de négociations ne signifie pas que vous allez adhérer. Néanmoins elle permet à la Communauté, lorsqu'elle parlera d'élargissement, de définir les limites les plus larges de cet élargissement, et les problèmes qui seront traités". Si nous n'avions pas déposé cette demande, nous courrions le risque de voir cette porte se refermer et que la Communauté nous dise qu'elle avait trois demandes d'adhésion qu'elle allait traiter et que les autres viendraient plus tard. Enfin nous avons aussi tenu compte dans cette décision du fait que tous les pays de l'Europe centrale et même aujourd'hui une partie des pays de la Communauté des Etats indépendants de l'ancienne URSS ont déjà fait savoir qu'après les accords d'association qu'ils signent les uns après les autres avec la Communauté, ils désiraient obtenir le rang d'Etat membre et adhérer à la Communauté.

Dernier point, il y avait encore le postulat de votre conseil qui donnait une injonction claire en disant au Conseil fédéral de choisir cette voie et décider du moment de déposer la demande d'adhésion. Nous avons également utilisé cet argument dans notre propre réflexion.

Au Conseil national, la question d'un rapport complémentaire a été posée. Il s'agit d'un rapport tout à fait différent. En définitive nous n'avons commencé aucune négociation. Notre demande d'ouverture de négociations permet tout au plus à la Commission de la Communauté de poser des questions à l'Etat qui a déposé cette demande et de remplir des fiches techniques pour déterminer les domaines dans lesquels il faudra négocier, les domaines dans lesquels le parallélisme du droit et des dispositions constitutionnelles sont parfaitement conformes. On détermine ainsi les domaines d'une éventuelle future négociation. Nous faisons le point sur notre législation et nos dispositions législatives. Au Conseil national la plupart des groupes demandent un complément à ce rapport, ce qui est assez délicat. Nous l'avons accepté au nom du Conseil fédéral; nécessairement nous devons tenir le Parlement informé de la suite des opérations qui seront entreprises entre la Communauté et le Conseil fédéral et ses représentants. Les éléments nouveaux que nous apporterons seront des études approfondies sur les effets du droit communautaire sur le droit suisse, sur des domaines particuliers de nos institutions, la politique de sécurité, la politique étrangère, la politique monétaire, la politique fiscale, la politique agricole, tous des domaines où nous savons que résident les principales difficultés. Il faudra donc bien une fois analyser toutes les possibilités qui existent ou qui n'existent pas ou qui sont difficiles pour nous. Les rapports complémentaires seront une préparation à cela où nous analyserons beaucoup plus en détail et nous présenterons au Parlement des renseignements plus précis dans certains domaines particuliers. C'est dans ce sens que le Conseil fédéral a accepté ce rapport complémentaire.

Dans le présent rapport il s'agit de l'explication de la décision du Conseil fédéral quant au but de l'adhésion. Nous savons pertinemment que dans tous les chapitres politiques entraînés par une adhésion, il faudra présenter beaucoup plus d'explications et de détails sur lesquels le Parlement et plus tard le peuple seront appelés à se prononcer. L'adhésion ne

pourra pas s'obtenir dans des délais brefs. Il ne s'agit pas d'une petite négociation et on compte au minimum 3 ans et cela peut durer 5 ou 6 ans, certains Etats ayant négocié pendant 8 ans. Pendant ce temps l'évolution va continuer et certains de nos partenaires de l'AELE vont également entamer ces négociations.

Je tiens à préciser encore un point pour éviter une confusion. La presse répète qu'il est intéressant que la Suisse négocie en même temps que les autres neutres. Cet argument est pour moi très secondaire parce que la négociation d'adhésion ne sera pas conduite selon le même schéma que celle sur l'EEE, ce n'est pas l'AELE qui négociera d'une seule voix avec la Communauté. Chaque pays qui désire adhérer négocie individuellement, il peut y avoir des négociations parallèles, plusieurs pays négociant en même temps, mais nous ne serons jamais obligés de nous mettre d'accord avec la Suède et la Finlande pour répondre à la Communauté. Chaque pays négocie son adhésion séparément et pour lui-même. Peut-être que nous négocierons avec les autres pays ensemble dans le temps mais pas assis à la même table. Le Conseil fédéral a déposé ce 3e rapport conformément à la promesse qu'il avait faite. Il était prêt dès le mois de janvier. On nous avait demandé de le déposer avant le message sur l'EEE ce que nous avons refusé en précisant que nous les déposerions ensemble. Le Conseil fédéral avait laissé entendre au Bureau du Conseil national que nous pouvions discuter de ce 3e rapport après la votation populaire et qu'il n'y avait pour nous pas de nécessité de nous précipiter dans cette discussion et que cela éviterait peut-être la confusion entre les deux démarches. J'ajoute que nous sommes bien persuadés que cette confusion entre la ratification de l'EEE et l'adhésion à la Communauté est sâvamment et consciemment entretenue par ceux qui sont contre l'un et l'autre.

Rüesch: Es trifft zu, dass dieser Bericht weder eine Botschaft zum EG-Beitritt, noch ein Aktionsplan, noch eine Studie des EG-Rechtes ist. Aber er begründet trotzdem das Beitrittsgesuch. Das genügt aber nicht. Es müssen auch andere Fragen beantwortet werden. Ich bin überzeugt, dass das Schweizer Volk heute einer EG im Sinne von Maastricht nicht zustimmen würde. Hingegen sind erhebliche Teile des Volkes bereit, dem EWR beizutreten, aber nur, wenn dies auf absehbare Zeit eine eigenständige Lösung ist. Diese Frage muss in einem Bericht beantwortet werden. Wenn der Bundesrat dabei weiterhin an seinem Fernziel festhalten will, so ist dies seine Sache. Das Parlament kann dazu seine eigene Meinung bilden.

Ich habe mir den Katalog der Vorstösse, die überwiesen wurden, angesehen. Wenn man sie zusammenfassend und nicht allzu wörtlich nimmt, so werden meines Erachtens alle notwendigen Fragen gestellt. Ich bin froh, dass der Bundesrat bereit ist, sie entgegenzunehmen, und damit eine Entkoppelung der beiden Geschäfte herbeiführt. Wir werden im Abstimmungskampf sehr stark betonen müssen, dass der EWR vorderhand eine eigenständige Lösung ist.

M. Felber, président de la Confédération: (à M. Rüesch) Nous avons répété, M. Delamuraz et moi-même, que le TEEE est une solution qui existe pour elle-même tant que nous ne le dénonçons pas. Nous avons posé l'alternative: ce traité suffit-il ou pensez-vous que l'influence de la Communauté sera telle

que nous devons de toute manière nous adapter indépendamment du fait que nous soyons membres ou non. Le Traité peut très bien être considéré comme un élément définitif si le Parlement ou le peuple ne veut pas aller plus loin.

M. Flückiger: Je suis de ceux qui pensent que le Conseil fédéral a eu raison de déposer une demande d'ouverture de négociations à la Communauté. Ne l'aurait-il fait qu'on aurait fini par déboucher sur un terrain miné. A l'heure où la Communauté est confrontée au suivi de Maastricht et à son élargissement, il est bon qu'elle sache, tout comme nous, la position de la Suisse.

Je n'étais pas convaincu de l'opportunité de discuter du 3e rapport au moment même du débat sur l'EEE et de l'examen de l'Eurolex. J'aurais préféré qu'on sépare bien les deux discussions. Les Bureaux en ont décidé autrement. Je serais d'avis que nous prenions simplement acte dudit rapport. Je n'ai pas été enthousiasmé par les décisions des groupes du Conseil national et des parlementaires qui ont demandé le renvoi du rapport. Si on se réfère au préambule de la page 3, il est bien clair que le rapport n'a pas à être la réponse à toutes les questions concernant l'adhésion. Le Sommet de Lisbonne a permis de fixer un calendrier sur le début des négociations pour l'élargissement; il fixe le début des négociations mais pas leur issue. Cette perspective d'allongement des délais est un élément supplémentaire en faveur du dépôt de la demande du Conseil fédéral. Il va s'ensuivre toute une période d'expectative et d'insécurité quant à l'avenir des membres AELE de l'EEE et des Douze. Pendant cette latence il est bon que nous soyons fixés sur les intentions de la Suisse.

Gadient: Das Beitrittsgesuch ist lanciert. Dieses Vorgehen hat dem Anliegen EWR zweifellos geschadet. Es ist fraglich, ob der Schaden überhaupt noch einzugrenzen ist, d. h. ob die Entkopplung noch realisierbar ist. Die Grundsatzfrage hätte sein müssen, wir wir unser Land Europa näher bringen und wie wir dafür bestmögliche Voraussetzungen schaffen. Das Argument, es müsse unbedingt jetzt auf diesen Beitrittszug aufgesprungen werden, ist mit der Innenpolitik nicht kongruent. Wenn der EWR scheitert, muss die Angelegenheit ohnehin erdauert werden. Es wird eine Besinnungspause brauchen. Weitere Beitrittsbemühungen würden in diesem Fall eine enorme Kluft zwischen Schweizer Volk und Regierung provozieren.

Es hat mich sehr betroffen, dass mir der Bundespräsident noch in diesem Frühjahr sagte, ein Beitrittsgesuch würde nie vor einem entsprechenden Dialog mit dem Parlament gestellt. Nun ist es aber trotzdem so geschehen.

Der Bericht enthält fragwürdige Apostrophierungen des EWR und eine Reihe ihn in dieser wichtigen Phase belastenden Aussagen. Es bräuchte jetzt vielmehr eine ganzheitliche Würdigung des EWR-Konzeptes mit einer überwiegend positiven Deutung, die die Annahme rechtfertigte, nicht diese isolierte Betrachtung im EG-Bericht.

Wir können jetzt die Beantwortung der Fragen des Nationalrates abwarten, die sehr allgemein und umfassend formuliert sind. Es müssen aber als wesentliche Komponente die volkswirtschaftlichen Kosten des EG-Beitrittes miteinbezogen werden (Anpassung der Branchenstruktur, Vermögensverlust, Aufgabe von Produktionsbereichen, Preisschub als Folge der Mehrwertsteuer, Zins-

entwicklung, Konsequenzen der solidarischen Mitfinanzierung der Forschung, Zunahme des Schwerverkehrs und Notwendigkeit der Amortisation der grossen Bahninvestitionen).

M. Flückiger: Pourrions-nous imaginer que les pays de l'EEE, pour autant que celui-ci voie le jour, puissent participer à la conférence des Douze qui aura lieu en 1994-1995, relative à l'approfondissement, à une redéfinition institutionnelle et à des prises de décision à l'intérieur des Douze?

A partir du moment où nous serons dans l'EEE et où les Communautés - faut-il dire l'Union européenne ou est-ce une terminologie crispante - auront admis que les négociations d'adhésion pourront être engagées avec les pays membres de l'AELE appartenant à l'EEE, il serait logique que tous les participants à l'AELE puissent, à un titre à définir, au moins prendre part à cette conférence. Nous aurions là un argument imparable pour justifier, vis-à-vis des sceptiques, la demande d'ouverture de négociations et pour appuyer le oui à l'EEE le 6 décembre prochain.

M. Delalay: La présentation de ce rapport contribue dans mon esprit à minimiser sa portée quant à l'adhésion de la Suisse à l'Europe.

Après le débat au Conseil national on présente un peu cette démarche du Conseil fédéral comme le fait d'avoir sollicité l'envoi d'un bulletin d'inscription à l'Europe, ce qui ne correspond pas la portée qu'on a bien voulu y voir. Il n'en demeure pas moins qu'il y a là une sorte de retour en arrière parce que le rapport reste intitulé "Rapport sur la question d'une adhésion de la Suisse à la Communauté européenne". Sur le fond, ce rapport comparé à celui de 1988 est beaucoup moins fouillé, moins objectif et fait plus appel à la foi qu'à la raison, en particulier dans le chapitre sur la politique agricole où l'on nous présente la politique agricole commune comme étant une construction en mesure de satisfaire les gens de l'Europe et de la Suisse. Il y a un vent d'optimisme et parfois des accents de grandeur qui me semblent démesurés par rapport au rôle réel que notre pays peut jouer en Europe. Je me réfère particulièrement à la description de l'influence que l'on peut avoir en tant que Suisse sur la politique étrangère, monétaire, financière et de sécurité de l'Europe.

Au départ j'ai trouvé maladroit de la part du Conseil fédéral d'avoir sorti ce rapport, probablement parce que dans les circonstances actuelles, tout en appuyant le Traité sur l'EEE, je ne suis pas favorable à une adhésion à l'Europe. Nous devons concéder aujourd'hui aux opposants à l'EEE que ce traité n'est qu'un premier pas vers l'adhésion à la CE. Cela leur permet d'évoquer des arguments émotionnels qui sont très présents dans le débat. Cette situation rendra le vote sur l'EEE plus difficile mais aussi rendra le résultat de ce vote, surtout si celui-ci est positif, plus significatif.

Nous ne pouvons pas refuser de prendre connaissance de ce rapport puisque nous l'avons déjà fait. Comme nous l'avons décidé, nous attendons que ce rapport soit définitivement traité au Conseil national avant de le traiter chez nous. Nous devons maintenir cette position, d'autant plus que nous avons suffisamment de cas où nous nous plaignons du parallélisme des débats entre les deux conseils.

Blötzer: Der Bundesrat hat gut daran getan, sich zu diesem Zeitpunkt zu erklären und sein langfristiges Ziel der Integrationspolitik darzulegen. Es liegt im Interesse der Schweiz, auf eine europäische Integration hinzuarbeiten und von einem Alleingang abzusehen. Wir dürfen die Dinge nicht nur passiv auf uns zukommen lassen, sondern müssen aktiv mitgestalten. Wenn man sich zu diesem Grundentscheid durchgerungen hat, ergeben sich daraus Schlussfolgerungen, z. B. dass der EWR nicht das Endziel sein kann, weil es sich dabei nur um ein Freihandelsabkommen handelt. Es bringt uns zwar wirtschaftliche Vorteile, aber fehlt ihm der ideelle Gehalt im Sinne einer langfristigen Zielsetzung einer europäischen Integrationspolitik, die darauf hinführen muss, in Europa den Frieden, die Demokratie und die Menschenrechte nachhaltig zu sichern. In der gegenwärtigen wichtigen Entwicklungsphase muss der Bundesrat als die Instanz, die führt, seine langfristigen Ziele darlegen. Wir müssen unterscheiden zwischen der Realisierung eines einzelnen konkreten Schrittes (EWR) und der Anvisierung einer langfristigen Umsetzung einer Gesamtstrategie.

So wie sich die EG heute präsentiert, ist sie für mich kein Endziel, weil sie sich auf Westeuropa beschränkt. Die europäische Integration muss darauf hinausgehen, Mittel- und Osteuropa einzubeziehen. Dazu sollte sich der Bundesrat präziser äussern.

Onken: Der Bundesrat hat richtig und vorausschauend gehandelt, vor allem auch nach seiner Erklärung vom Herbst letzten Jahres. Der EWR kann keine dauerhafte integrationspolitische Lösung sein. Er ist eines souveränen Landes nicht würdig, weil man sich damit an eine Rechtsentwicklung ankoppelt, die nicht in vollem Umfange mitbestimmt werden kann. Die Mitwirkungsrechte sind zu schwach. Man kann allerdings in der Kritik am EWR auch nicht zu weit gehen, weil sonst die Frage gestellt wird, weshalb man überhaupt dafür sei. Im Sinne einer Annäherung an Europa ist es ein Weg, der für die Schweiz vorgezeichnet ist, da die Direttissima kaum gangbar wäre.

Wir wissen nicht, wie die EWR-Diskussion verlaufen würde, wenn dieser Integrationsbericht nicht vorgelegt worden wäre. Vermutlich würde dem Bundesrat eine lasche, undurchsichtige Haltung vorgeworfen. Jetzt ist der Tarif offen erklärt, und das wird von den Gegnern ausgenützt, aber die Diskussion hätte so oder so nicht vermieden werden können.

Bezüglich des Zusatzberichtes wird in den Anträgen der Fraktionen fast alles thematisiert, was überhaupt denkbar ist. Verschiedentlich wird gewünscht, dass die Frage des Alleinganges verdeutlicht werde. Es ist einzuräumen, dass dies teilweise ausgeblendet worden ist. Auch Fragen bezüglich der internen Entwicklung der EG sollten noch ausgeleuchtet werden. Schliesslich sollte sich der Bundesrat auch zur Frage des Einbezuges des Parlamentes bei der Erarbeitung des Verhandlungsmandates und in den Prozess der Verhandlungen äussern. Allenfalls ist eine andere Kooperationsform zwischen Bundesrat und Parlament zu suchen.

Von der Grünen Fraktion wird die Frage gestellt, ob und wie der Bundesrat trotz der getrennten Verhandlungen der Efta-Staaten mit der EG in Problemkomplexen wie Neutralität und Sicherheitspolitik und anderen Bereichen gemeinsame Positionen erarbeiten könnte.

Welches sind die Auswirkungen eines Beitrittes auf die Institutionen der direkten Demokratie der Schweiz? Gibt es Möglichkei-

ten, kompensatorisch neue Instrumente zu schaffen (z. B. konstruktives Referendum)?

Welches wären die Auswirkungen eines EG-Beitrittes auf die Kantone? Wie gross wären die Unterschiede zwischen EWR und EG?

Schiesser: Es ist schwer zu sagen, welches die gemeinsame Zielsetzung bezüglich dieses Zusatzberichtes ist. Zweifellos wird ein Zusatzbericht des Bundesrates in jedem Fall wieder als unvollständig kritisiert werden. Die Zielsetzung hätte deshalb klarer umschrieben werden sollen. Beim vorliegenden Bericht ist die Zielsetzung klar: es geht um die Darlegung der Gründe, weshalb der Bundesrat das Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eingereicht hat, und um die Darlegung in groben Zügen der Folgen eines EG-Beitrittes für die Schweiz. Nun wird aber mehr verlangt. Mir selber scheinen die Begründung des Bundesrates logisch, folgerichtig und vollständig zu sein. Die Darlegung der Auswirkungen eines EG-Beitrittes erforderte, wenn sie einigermaßen detailliert sein sollte, einen wesentlich umfangreicheren Bericht. Dies kann der Bundesrat nun nicht einfach in einem Zusatzbericht nachholen. Er wird wieder Schwergewichte setzen müssen. In diesem Sinne bin ich bezüglich des Zusatzberichtes skeptisch.

Der Zusatzbericht kann nicht die Vorwegnahme einer Beitrittsbotschaft sein.

Der Bundesrat hat den politischen Entscheid getroffen, ein Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen einzureichen. Es war ihm bewusst, dass dies eine Belastung für den EWR-Entscheid darstellt. Ich teile aber die Meinung von Herrn Onken, dass es ebenso eine Belastung darstellen würde, wenn der Bundesrat das Gesuch nicht eingereicht hätte. Die heutige Situation hat immerhin den Vorteil, dass die Fakten offen auf dem Tisch liegen und dass die Zielsetzung des Bundesrates bekannt ist. In diesem Sinne ist das Vorgehen des Bundesrates zu begrüßen, auch wenn die Situation in bezug auf den EWR-Vertrag dadurch nicht leichter geworden ist.

Der Bundesrat wird sich genau überlegt haben, was für eine Situation entstehen würde, wenn das Volk den Beitritt in einigen Jahren ablehnen würde. Zweifellos würde dies zu einer erheblichen Belastung unserer Beziehungen zu der europäischen Gemeinschaft führen. Dieses Risiko muss aber in Kauf genommen werden.

Weite Kreise haben die Entwicklungen innerhalb der europäischen Gemeinschaft zu lange ignoriert. Jetzt ist man überrascht. Wir müssen nun unsere Position klären. Wenn gesagt wird, der heutigen EG könnten wir nicht beitreten, weil sie zu wenig demokratisch sei, so wird von einer Position von aussen kritisiert. Man muss sich die Frage gefallen lassen, was die Schweiz denn bisher zu einer Verbesserung beigetragen habe. Die EG hat sich selber und zum Teil nach anderen Vorstellungen aufgebaut. Es wirken aber Länder mit, die uns bezüglich Demokratie in nichts nachstehen, wenn sie auch vielleicht eine andere Auffassung von direkter Demokratie haben. Ich höre oft, wie man über die EG als undemokratisches Monstrum herfällt, ohne dass anerkannt wird, dass ihr bezüglich Stabilität und Frieden in Europa einiges zu Verdanken ist.

Die Alternative zum Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wäre Nichtstun. Die uns heute offenstehende Tür könnte sich plötzlich schliessen. Wenn dann noch der EWR-Vertrag abgelehnt würde, stünden wir vor einer ganz neuen Situation. Der Bundes-

rat hat mit seinem Gesuch eine Option eröffnet. Diese kann man auch verfallen lassen. Das ist besser, als keine Option zu haben. Ich unterstütze deshalb die Politik des Bundesrates.

Präsident: Ich frage mich auch, was der Sinn dieser zusätzlichen Fragen sei. Es scheint mir, dass man damit vor allem auf Zeitgewinn aus ist und dass man eine deutliche Entkoppelung von EWR und EG signalisieren will, ohne dass zur EG bereits konkret ja oder nein gesagt werden muss. Insofern erscheint mir die Beantwortung der Fragen nicht von sehr grosser Bedeutung zu sein. Es sollte dafür nicht allzu viel Aufwand getrieben werden.

Es war richtig, dass der Bundesrat den Integrationsbericht vorlegte, und ich stimme mit den positiven Beurteilungen überein.

Der EWR allein ist möglich und notwendig und muss nicht ausschliesslich auf die EG hingehen, aber er hat auch Nachteile. Es ist für die Autonomie eines Staates wie der Schweiz nicht ideal, dass durch den Acquis communautaire bereits beschlossene Dinge einfach übernommen werden müssen. Richtig wäre Mitbestimmung. Wir sollten dabei sein, wenn die Beschlüsse gefasst werden. Daraus folgt, dass wir der EG beitreten sollten. Allerdings wäre ich dagegen, bedingungslos der heutigen EG beizutreten. Es war richtig, das Gesuch um Aufnahme von Verhandlungen einzureichen. Nun können wir abwarten, was die Verhandlungen ergeben.

Meiner Meinung nach hätten EWR-Botschaft und Integrationsbericht gemeinsam behandelt werden können, denn sie gehören zusammen.

M. Felber, président de la Confédération: Je suis de ceux qui rappellent constamment comme M. Schiesser que la Communauté, malgré ses très nombreux défauts, a amené sur notre continent à peu près cinquante ans de paix. Cet élément est à mettre à son actif et ne peut pas tout simplement être écarté dans notre appréciation.

Je répondrai sans entrer dans le détail aux questions qui ont été posées. Cette demande d'ouverture de négociations a également été déposée parce que tout est en train de changer. Que seront l'Espace ou le Traité ou les institutions nées de l'EEE dans 4 ans si nous sommes les seuls membres de l'EEE en face d'une Communauté qui se serait élargie aux autres? Nous ne pouvons pas répondre, restera-t-il une Cour AELE, les institutions seront-elles maintenues pour un seul pays de 6 ou 7 millions d'habitants par rapport aux 370 millions que représenterait le reste de l'Europe dans sa configuration actuelle? Nous croyons que les signaux qui nous ont été donnés par la Communauté sont clairs.

(à M. Flückiger) La Conférence qui doit engager le processus de Maastricht est fixée en juin 1996. Participeront à cette Conférence avec la possibilité d'avoir une influence sur l'avenir de la Communauté, son approfondissement et ses nouvelles structures, les pays membres de la Communauté et les pays qui seront en négociation d'adhésion. Il est évident que si nous n'avons pas fait ce pas nous nous fermions d'emblée cette possibilité. Cette Conférence sera extrêmement importante puisqu'elle va définir dans une large mesure les nouvelles structures de la Communauté avec tous les problèmes que vous

posez, déficit démocratique, centralisme, fédéralisme, confédération, etc.

Plusieurs d'entre vous ont relevé l'importance pour la Suisse de la nécessité d'avoir une influence ou d'être présente. Nous considérons aujourd'hui, suite aux demandes des parlementaires des deux Conseils, que notre influence dans les événements politiques en Europe est devenue pratiquement nulle. Nous faisons de l'humanitaire et nous devons accepter d'appuyer les efforts des autres pays européens. Les problèmes qui sont posés ne sont pas à résoudre par un seul pays. Même des grands pays comme la France, l'Allemagne, la Grande-Bretagne, avouent qu'ils ne sont plus à même de résoudre les problèmes de société qui se posent dans notre continent et davantage encore dans le monde et que seule la collaboration permettra de trouver des solutions. J'imagine que cela est encore beaucoup plus vrai pour la Suisse avec des moyens beaucoup plus limités que ceux des grands Etats qui nous entourent. C'est dans ce sens qu'une participation et une influence sont intéressantes, sans vouloir exagérer cette influence. Au moins nous nous ferons entendre alors que maintenant nous ne nous faisons plus entendre: la Communauté et les Etats communautaires décident de solutions qu'ils nous communiquent en nous demandant d'appuyer. On partage les mêmes valeurs, on vise les mêmes buts qu'eux, on estime qu'il est nécessaire de résoudre le plus rapidement possible les mêmes problèmes. Par conséquent on est "condamné" à appuyer leurs démarches et à agir dans la même direction. Il serait plus généreux, plus digne aussi, de pouvoir participer à l'élaboration des solutions. L'adhésion à la Communauté, comme on le dit dans le rapport à la page 19, n'est pas une nécessité pour qui estime que la Suisse peut se satisfaire de la poursuite d'un objectif moins ambitieux qu'une pleine participation aux décisions européennes. Si nous estimons que cela n'est pas nécessaire nous ne sommes pas obligés d'adhérer. Tout dépend de la conception que l'on a du rôle de notre pays et de sa place dans l'Europe et de l'objectif qu'il s'agit de donner à une politique d'intégration. Ce sont là les éléments fondamentaux de notre réflexion.

Nous avons voulu jouer cartes sur table. On peut dire que cela complique la discussion sur l'EEE, mais si nous ne l'avions pas fait, on aurait de toute manière été accusé de ne pas vouloir dire nos intentions. Or nous avons annoncé en octobre 1991 déjà cette volonté d'adhérer à la Communauté comme but final de notre politique.

La Communauté est avant tout un processus et non une institution comme les Nations Unies où l'on adhère et on obtient des statuts qui sont pratiquement inamovibles. La Communauté évolue constamment. Attendre qu'elle corresponde à nos attentes, à notre image, c'est se condamner à ne pratiquement jamais y entrer. Entrer ou imaginer une entrée c'est participer à l'évolution de ce processus.

Je vous donne un seul exemple. Dans l'émission de télévision consacrée à Maastricht, le président Mitterrand, dont je ne fais personnellement pas un Dieu, qui connaît bien le dossier européen a dû répondre très précisément à cette question: "Monsieur le président, que voulez-vous faire de l'Europe, allez-vous en faire un Etat centralisé ou centralisateur, pensez-vous à une fédération ou à une autre forme?" Il a répondu qu'il ne pouvait pas dire ce que cela sera mais qu'une chose était sûre, l'Europe ne serait jamais un Etat

centralisé. Même la France, centralisatrice par définition à travers ses institutions, admet que l'Europe ne peut pas être centralisée parce que la France ne veut pas être centralisée dans un processus supérieur, elle tient à conserver ses structures, son identité, ses formes de gouvernement, elle ne veut pas être membre d'un Etat supérieur qui lui dicterait ce qu'elle aurait à faire. Entre une fédération et une confédération, M. Mitterrand a été clair en disant: J'imagine que la meilleure solution serait une fédération, comme la Suisse est une fédération de cantons, mais nous n'y arriverons pas c'est pourquoi nous avons introduit la règle de la subsidiarité. Il faudra décharger la tête de la Communauté pour remettre aux Etats toute une série de domaines qu'ils peuvent très bien gérer seuls sans règles communautaires et je pense qu'à terme le plus vraisemblable est une confédération d'Etats. De la part du chef d'un Etat centralisé c'est presque un aveu plutôt encourageant. Nous pouvons comprendre qu'il vise l'élargissement de la Communauté à l'ensemble de l'Europe. Ce qui est actuellement offert aux pays d'Europe centrale et d'Europe de l'Est, ce sont des accords d'association. Mais tous ces pays ont déjà fait valoir leur volonté d'adhérer un jour à la Communauté. Pour des raisons économique, politique, structurelle il est impossible de voir aujourd'hui ces pays adhérer à la Communauté. La modification de leurs législations et de leurs habitudes est telle qu'ils ne pourraient pas s'y adapter. Il faut qu'ils passent par un certain nombre d'étapes. Au contraire il est de notoriété communautaire que la législation des pays de l'AELE est très proche de celle de la Communauté et des Etats communautaires.

Le rapport complémentaire ou supplémentaire ne sera pas un rapport qui conclura à l'adhésion de la Suisse, mais un complément à ce que nous avons exposé dans ce 3e rapport dans lequel nous entrerons un peu plus en détail dans l'analyse de certains secteurs qui sont les plus difficiles et qui peuvent avoir une plus grande importance sur notre législation. On pourra décrire les événements qui se seront passés depuis le moment où nous avons déposé ce 3e rapport et le prochain. Nous ne déposerons pas de rapport complémentaire au mois de janvier, c'est impossible. Il faut attendre un certain nombre d'événements, d'éléments qui viendront apporter un éclairage nouveau à cette position. Nous allons réévaluer les questions-clés que nous avons survolées dans ce rapport. Nous aurons à ce moment l'avis de la Commission de la Communauté qui nous dira clairement tout ce qui à ses yeux ne pose pas de problème et les points particuliers qui exigeront l'entrée en négociation et l'adaptation du droit suisse d'une manière absolue au droit communautaire. Cet avis sera extrêmement important et nous l'analyserons avant de regarder plus en détails les éléments du rapport complémentaire. Ce rapport ne sera pas un message sur l'adhésion, ni le mandat de négociation. Dans la proposition du Groupe écologiste du Conseil national, le premier paragraphe qui demande au Conseil fédéral avant même que ne s'ouvrent les pourparlers de définir dans un rapport complémentaire le mandat confié aux négociateurs, n'est pas acceptable. On ne dévoile pas publiquement les objectifs d'une négociation, c'est impossible. C'est une règle absolue.

Cependant nous avons annoncé que nous étions prêts à appliquer l'article 47 modifié de la loi sur les rapports entre les Conseils, que le Parlement a approuvé et qui sera soumis au

peuple le 27 septembre prochain. Le Conseil fédéral ayant été associé à la rédaction de cet article, nous l'acceptons et même si le peuple refusait les modifications concernant le Parlement, nous respecterions cet engagement et cet article 47 serait par nous appliqué, c'est-à-dire associer le plus possible et le plus souvent possible les commissions parlementaires, voire le Parlement, à tous les travaux ayant trait à une négociation d'adhésion. Néanmoins la publication du mandat de négociation ferait sourire le monde entier malgré notre très grande volonté de transparence. Parler dans les commissions de ce qui devrait figurer dans un tel mandat et en souligner les éléments importants, c'est possible; rendre public le mandat confié à nos négociateurs, c'est impossible. M. Thür, porte-parole du Groupe écologiste, est d'ailleurs remonté à la tribune du Conseil national pour modifier verbalement cette proposition.

5. Kurzorientierung über die neuesten Aktualitäten:

Jugoslawien

M. Felber, président de la Confédération: Au coeur des actualités politiques, c'est toujours le problème de la Bosnie Herzégovine qui est le plus brûlant. La Conférence de Londres des 26 et 27 août dernier réunissait la Communauté, les pays voisins et les Nations Unies. Nous y avons été invités par le Secrétaire exécutif de la Conférence pour assister aux discussions et nous avons accepté ce siège, qui n'était qu'un strapontin, parce qu'il nous permettait d'être renseignés sur ce qui se discutait. Cette Conférence a tenté de mettre fin au conflit par une solution négociée des représentants de toutes les parties concernées sous l'égide des Nations Unies et de la Communauté, des Etats membres de la Communauté, du Conseil de sécurité, du G-7 (le groupe financier), des Etats voisins de l'ex-Yougoslavie et du CICR. Elle s'est efforcée de créer des instruments permettant d'engager des négociations que nous désirions substantielles et fructueuses. En particulier, on a augmenté la pression politique sur la Serbie, en tentant de l'isoler davantage de la communauté internationale au cas où elle ne se montrerait pas coopérative. A Londres un concept de suivi a été établi selon lequel la Conférence se poursuivrait à Genève dès la semaine suivante. La Suisse compte apporter sa contribution non seulement par l'hospitalité sur notre sol national, mais aussi dans les domaines de l'aide humanitaire et des questions sur les minorités. En effet cette Conférence de suivi sera divisée en groupe de réflexion qui traiteront des chapitres particuliers. Nous avons manifesté notre intérêt à deux domaines, l'aide humanitaire à cause de la tradition suisse, de l'engagement du CICR et de son siège à Genève et le problème des minorités.

Nous croyons toujours que nous avons des solutions très précises à apporter dans le domaine des minorités. Cela est vrai lorsque nous rencontrons des difficultés dans des pays qui ont des minorités nationales bien installées sur un territoire déterminé. En Bosnie Herzégovine, comme dans beaucoup de Républiques de l'ex-Yougoslavie, le phénomène est totalement différent. Il n'y a pas de minorité musulmane qui occupe une partie du territoire de la Bosnie, une autre minorité croate une autre partie et enfin une minorité serbe une troisième partie. Dans ce cas on pourrait imaginer facilement des solutions à la Suisse, mais ces minorités sont dispersées sur

l'ensemble du territoire. C'est ce qui fait qu'il y a des combats dans tous les villages et entre les familles parce que c'est par groupe de 10, 20 ou 30 personnes que ces gens vivent et doivent faire valoir leur point de vue. La difficulté de la question des minorités en Yougoslavie est énorme. En dépit de l'accord de toutes les parties en faveur d'une solution négociée, les combats ont continué. Compte tenu de l'extension de ce conflit, du non-respect des accords conclus, il nous reste peu d'espoir quant à une fin prochaine des hostilités. Je vous rappelle le partage totalement inégal de la Bosnie Herzégovine:

- les Serbes contrôlent près de 70% du territoire, mais ne représentent que le 32% de la population. Leur dispersion est telle qu'ils sont dans la plus grande partie du territoire et partout où ils sont il y a conflit;
- les Croates représentent 18,4% de la population et ils contrôlent 25% du territoire. Là aussi on constate qu'ils ont un territoire plus important que leur nombre proportionnel;
- les Musulmans ont la plus forte représentation avec 39,2% de la population, mais ils ont une influence réduite sur le plan territorial puisqu'ils contrôlent le 11% de la surface totale de la République.

Cette inégalité entraîne les Musulmans à intensifier les combats pour reconquérir les territoires dont ils ont été chassés. Comme on les a chassés de nombreux villages et qu'ils sont le plus grand groupe ethnique, ils ne veulent évidemment pas cesser les combats. Du côté Serbe le risque d'escalade du conflit existe aussi. Le désastre économique serait ressenti d'une manière extrêmement lourde par les habitants de la Serbie si le conflit devait s'arrêter. Une défaite militaire signifierait également pour les Serbes la fin de leur rêve de Grande Serbie.

Par une haine traditionnelle que nous n'avons pas su mesurer en Occident, les vieilles rancoeurs, les anciennes disputes qui dataient d'avant la deuxième Guerre mondiale ont ressurgi. Le compresseur du totalitarisme et du titisme a fait apparaître la Yougoslavie comme un pays ayant une certaine unité. Aujourd'hui on mesure tous les risques que comporte cette situation. Pour se défendre, certaines minorités attaquent; c'est donc une extension du conflit que l'on craint aussi du côté du Kosovo où la Serbie pourrait très bien intervenir militairement sous un prétexte quelconque pour maintenir l'unité du peuple serbe. Les Monténégrins qui étaient jusqu'à présent les seules alliés des Serbes et qui avaient fondé avec eux cette nouvelle Fédération de Yougoslavie ne sont maintenant plus d'accord. Ils ont pris position au Parlement fédéral contre le vote parlementaire et la question de confiance. C'est donc là un autre front qui pourrait s'ouvrir. La situation de la Macédoine est très délicate, prise qu'elle est entre la Grèce d'un côté et l'Albanie de l'autre. En Macédoine comme en Bosnie, la population musulmane est importante. En Albanie, elle représente le 90% de la population; ce pays est actuellement à part et n'a pas les moyens d'intervenir. En Macédoine on compte entre 30 et 40% de musulmans. Le risque existe de voir la Turquie se mêler de ce problème et qu'elle se sente obligée d'intervenir ou de soutenir un pays où la proportion de Musulmans est importante.

Selon nos renseignements et les images que nous voyons, les musulmans de la Bosnie Herzégovine n'ont ni le type, ni aucune

ressemblance avec ce que l'on appelle les Arabes. Ce sont des Européens de religion musulmane. J'ai été frappé qu'on ne voie pas de différence entre un Croate, un Serbe ou un Musulman. La haine entre ces groupes ethniques est beaucoup plus ancienne que celle qui surgit actuellement. Voilà le point de la situation.

Jenö Staehelin: Das Hauptziel der Londoner Konferenz vom 26. - 28. August war, die Aktivitäten von Uno und EG in bezug auf Ex-Jugoslawien zusammenzuführen, dafür einen umfassenden politischen Ansatz zu suchen, d. h. von den reinen "Feuerwehraktionen" wegzukommen, und einen Prozess in Gang zu setzen, der die Probleme, die sich aus der Auflösung von Jugoslawien ergeben, präventiv angeht. An der Konferenz nehmen alle EG-Staaten, die Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates, die G7, alle Nachbarstaaten Jugoslawiens, die neuen Staaten innerhalb Jugoslawiens sowie die Vertreter des KSZE-Vorsitzes und der Islamischen Konferenz teil. Die Schweiz wäre also nicht dabei. Man war aber der Meinung, dass sich die Schweiz nicht desinteressieren könne. In der Schweiz lebt die zweitgrösste Kolonie (nach Deutschland) ehemaliger jugoslawischer Staatsangehöriger (300 000). Relativ gesehen stehen wir an der Spitze (5 Prozent der Bevölkerung). Zudem bewirkt die Nähe der Schweiz zu Jugoslawien eine grosse Betroffenheit. Es ist zu erwarten, dass das Follow up der Konferenz in Genf stattfinden wird. Wir sind der Überzeugung, dass die Schweiz einen Beitrag leisten muss. Wir haben deshalb bei den Organisatoren der Konferenz interveniert und sind nun als invité spécial des Secrétaire exécutif dabei. Die Konferenz, die unter dem Vorsitz des Uno-Generalsekretärs und des englischen Premierministers stand, kann als Beginn eines umfassenden Prozesses definiert werden, der wohl lange dauern wird. Es wurde versucht, die Serben vor die klare Alternative zu stellen, entweder europäische Normen der Menschen- und Minderheitenrechte und die territoriale Integrität unabhängiger Staaten zu achten und dann mit der Aufnahme in die europäische zivilisierte Staatengemeinschaft rechnen zu können, oder aber unter den Druck völliger Isolierung zu geraten. Die Konferenz schloss mit einer Erklärung über die Grundsätze, welche die Grundlage für die nun beginnenden Verhandlungen bilden sollten, und mit einer Erklärung über die Zukunft Bosniens. Im weiteren wurden ein Arbeits- und Aktionsprogramm angenommen und sechs Arbeitsgruppen eingesetzt (Bosnien-Herzegovina/Humanitäres/Ethnische und nationale Gemeinschaften und Minderheitenprobleme/Staatenachfolge/Wirtschaftliche Fragen/Vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen und Verifikationsaufgaben).

Die beiden Vorsitzenden der Konferenz in Genf (Lord Owen und Cyrus Vance) haben ihre Arbeit aufgenommen. Staatssekretär Kellenberger hat sie am vergangenen Freitag in Genf besucht um einen ersten Kontakt aufzunehmen und die Bereitschaft der Schweiz zur Mitarbeit zu erklären. Die Arbeit in Genf steht noch ganz am Anfang.

Für die Arbeitsgruppen werden nicht Regierungsvertreter gesucht, sondern unabhängige Persönlichkeiten, und nicht Diplomaten, sondern Experten zu spezifischen Fragen. Die Schweiz sollte sich ebenfalls in diesem Sinne engagieren. Wir glauben, dass wir in der Frage der Minderheiten etwas zu bieten haben. Professor Fleiner hat bereits als Experte gearbeitet, und wir können auch im Bereich des humanitären Rechtes Experten anbie-

ten. Wir sind daran abzuklären, wer dafür in Frage kommen könnte und bereit wäre, sich zu engagieren.

Fritz Staehelin: Die Frage stellt sich, was wir neben der humanitären Hilfe, die schon seit langem im Vordergrund steht, ausserdem noch tun können. Wir unterstützten das IKRK, das als erste Organisation im Konfliktgebiet arbeiten konnte. Im Herbst letzten Jahres wurde die Uno-Hochkommissarin für Flüchtlinge vom Generalsekretär mit der Koordination aller Uno-Hilfsprogramme beauftragt, und wir stellten dem HCR für seine zentrale Rolle Mittel zur Verfügung.

Der Konflikt verlagerte sich von Kroatien nach Bosnien-Herzegowina. Im Sommer 1992 berief die Uno-Hochkommissarin für Flüchtlinge dringend eine Sonderkonferenz auf Ministerebene ein, die Bundesrat Koller präsiidierte. Es wurde vor allem beschlossen, dass eine Anstrengung unternommen werden müsse, um den Notleidenden in der Region vor Ort im Hinblick auf den Winter zu helfen.

Als erster Schritt hat die Uno unter der Leitung des HCR sehr rasch eine Abklärungsmission auf die serbische Seite und nach Kroatien und Bosnien-Herzegowina geschickt, um die Bedürfnisse genauer zu ermitteln. Am vergangenen Freitag lag deren umfassender Bericht vor. Für die Zeit vom September 1992 bis Ende März 1993 wurde ein dringendstes Bedürfnis von mindestens 400 Millionen Dollar ermittelt. Parallel zu dieser Mission gingen die Arbeiten aber weiter. Die Schweiz hat sich für die Erstellung wintersicherer Unterkünfte engagiert. Wir haben mit dem Katastrophenhilfskorps Abklärungen vorgenommen und, gestützt auf alle erhältlichen Informationen der Logistiker und Experten vor Ort, als eines der ersten Länder begonnen, praktische Arbeit für den Aufbau zu leisten. Die Deutschen haben grosse Angebote gemacht, sind aber mit der Realisierung noch nicht so weit.

Wir haben mit Kroatien einen Vertrag, um eine beschädigte Kaserne wiederherzustellen und so auszurüsten, dass darin etwa 1000 Flüchtlinge untergebracht werden können. Die Aktion muss bis im November abgeschlossen sein.

Wir sind auch daran, einen Campingplatz für die Unterbringung von ebenfalls etwa 1000 Personen wintersicher auszurüsten. Weiter soll auch ein beschädigtes Hotel rehabilitiert werden, in dem etwa 500 Personen untergebracht werden sollen. Die Versorgung dieser Personen soll durch schweizerische Hilfswerke garantiert werden.

Diese Aktionen erfolgen in engster Absprache mit den Behörden in Kroatien und mit dem HCR. Mit unserer Aktion haben wir dem HCR geholfen, vor Ort eine Koordinationskapazität aufzubauen. Wir sind uns bewusst, dass die Verhältnisse in Bosnien-Herzegowina im Winter noch viel schlimmer als in Kroatien sein werden. Wir trachten danach, auch in Bosnien Orte zu finden, wo wir helfen können, wintersichere Unterkünfte für Flüchtlinge bereitzustellen.

Wir haben im Sinn, die Koordination der humanitären Hilfe von Genf aus zu verstärken. Wir sind bereit, einer Arbeitsgruppe einen Spezialisten zur Verfügung zu stellen. Das HCR ist auf zusätzliche Experten angewiesen, denn es muss sich gleichzeitig auch mit Problemen in Kenya, Südafrika, Mocambique, Malawie, Kambodscha und an weiteren Orten befassen.

Amberg: Berichterstattung Jugoslawienmission: In den Medien ist von den Vorgängen im ehemaligen Jugoslawien nur ein ganz kleiner Teil zu sehen.

Die Initiative für unsere Mission ging vom Vorsitzenden der KSZE, dem tschechischen Aussenminister, aus. Eine Delegation sollte die Gefangenenlager und -unterkünfte inspizieren. Die technisch-organisatorische Führung übernahm England. Wir trafen uns in London und verfassten dort auch den Bericht. Wir waren zehn Mitglieder aus sechs Staaten und teilten uns dann in zwei Gruppen auf.

Unsere Gruppe begab sich in den kroatischen Teil der Herzegowina, in ein Gebiet, das mehrheitlich von Moslems bewohnt ist. Zu den etwa 250 000 Einwohnern kommen etwa 50 000 Flüchtlinge, die vom UN-HCR und einer kleinen Vertretung des IKRK versorgt werden.

Wir haben keinen einzigen eigentlichen Kriegsgefangenen gesehen. Es waren fast ausschliesslich Männer, und zwar Zivilisten jeden Alters. Es handelte sich um Angehörige der jeweiligen Minderheit, meist um Landbevölkerung. Die Leute wissen nicht, was los ist. Sie kennen keine Anklage und sind zum grossen Teil seit Monaten im Gefängnis. Sie vermuten, dass sie aus ethnischen Gründen festgehalten werden und bezeichnen sich zum Teil selbst als "ethnische Geiseln".

Nach Ansicht der Sachverständigen und auch nach unserer Ansicht hat die "ethnische Säuberung" zum grossen Teil stattgefunden und muss, so schlimm dies ist, als nicht rückgängig zu machen angesehen werden. Sämtliche Gefangenen, die wir sahen, fragten wir, wohin sie nach ihrer Freilassung gehen möchten. Keiner konnte sich vorstellen, nach Hause zu gehen, da ihre Häuser zerstört waren oder sie in ihren Dörfern nicht in Ruhe leben könnten. Einige möchten nach Kroatien gehen, einige nach Mazedonien, einige ins Ausland zu Verwandten und einige zu ihrer jeweiligen ethnischen Gruppe.

Die meisten Gefangenen sind in serbischer Hand. Es gibt aber auch in Kroatien "ethnische Säuberungen".

Die Moslems verfügen nur über ein kleines Territorium. Die Moslems haben den grössten Bevölkerungsanteil und das kleinste Territorium. Dies hat unter anderem damit zu tun, dass sie vor allem in Städten wohnen.

Wir haben kein einziges winterfestes Gefängnis gesehen. Es handelt sich um improvisierte Unterkünfte wie Schulen, Turnhallen, Viehställe etc. Eine besondere Art des Detainments sind Dörfer, in denen nur noch Frauen und Kinder lebten und in die dann Leute gebracht werden, deren Häuser man anderswo zerstörte. Sie werden von der Polizei bewacht und haben keine Kommunikation mit der Aussenwelt. Diese Leute sind nicht formell in einem Gefängnis eingesperrt, sind aber doch Häftlinge. Dies ist eine wichtige Erkenntnis.

Unsere Mission verlangt bedingungslose Freilassung der Gefangenen. Es gibt Anzeichen dafür, dass die meisten Parteien dazu bereit wären. Die Befreiung muss unter internationaler Aufsicht erfolgen, weil die Menschen, sobald sie freigelassen sind, als Angehörige der Minderheiten in Lebensgefahr sind. Sie können nicht in ihre Dörfer zurückkehren und müssen in Gebiete ihrer Ethnie gebracht werden.

Wir schlagen die Bildung einer Vierparteienkommission vor (Vertreter der drei Volksgruppen Bosnien-Herzegowinas plus ein Vertreter des Vorsitzenden der KSZE) und dass das IKRK unterstützt werden sollte. Man muss dafür besorgt sein, dass die

Gefangenen alle notifiziert werden und die Freilassung geregelt vor sich geht.

Schnelles Handeln ist geboten, weil der Winter in einem Monat beginnt. Die geschätzten 10 000 Häftlinge sind alles potentielle Flüchtlinge.

Fritz Staehelin: Die Frage der Aufnahme von Vertriebenen bei uns wird auf uns zukommen. Die Bereitschaft, Gewaltflüchtlinge aufzunehmen, die von der Schweiz wie von verschiedenen anderen Ländern bekundet worden ist, wird sicher in Anspruch genommen werden.

M. Flückiger: Je pense exprimer l'avis général en remerciant Messieurs les orateurs pour les renseignements qui nous ont été fournis. C'est presque passionnant s'il n'y avait derrière toutes les souffrances qui sous-tendent les récits. Cette guerre civile apparaît comme une véritable guerre tribale parce qu'il lui manque les ressorts traditionnels des conflits armés. Il n'y a pas les intérêts économiques que l'on trouve en général dans les conflits.

La leçon politique que nous en tirerons est surtout celle de l'impuissance des organisations internationales auxquelles la Suisse collabore pour la plupart, la CSCE, les Communautés européennes, les Nations Unies, l'OUA qui aurait pu être le bras armé susceptible d'établir un cordon sanitaire entre les belligérants. On a pu voir les limites de la cohésion au sein des Communautés européennes lorsque la Grèce apparaît comme un allié objectif de la Serbie au nom du compagnonnage d'armes du temps de la lutte contre la sublime porte et au nom d'intérêts qui passent par la Macédoine.

Même si le contexte ne nous permet pas de nous réjouir, nous sommes néanmoins satisfaits que la Conférence de Londres se soit déplacée à Genève et espérons qu'elle aboutira à quelque chose. Ceci s'inscrit dans la tradition de notre neutralité active.

Politiquement nous devons tendre à apporter un maximum de soutien au CICR et au HCR qui sont empêchés de remplir la mission des Conventions de Genève.

Ce conflit peut en cacher d'autres; les Hongrois de Vojvodine subissent des vexations, le Kosovo est une poudrière latente au vu de l'impérialisme de la Serbie. On se demande combien de temps la Hongrie restera l'arme au pied face à la situation et quel est le degré d'entraînement de la dynamique négative qui pourrait survenir.

Il n'appartient pas à la Suisse d'avoir les réponses à toutes ces questions et nous n'avons d'influence qu'additionnée à celle des autres.

Schiesser: Einerseits wird von den Serben verlangt, sich wie die zivilisierten Völker Europas zu verhalten, ansonsten der Druck verstärkt werde. Andererseits stellt Herr Amberg fest, in bezug auf die "ethnischen Säuberungen" seien Tatsachen geschaffen worden. Offenbar haben die Serben ihre Ziele weitgehend erreicht. Wenn dieses Fait accompli anerkannt wird, wird das seit dem Zweiten Weltkrieg geltende grundlegende Prinzip verletzt, dass durch Gewalt keine Grenzen verschoben werden können. Dies ist sehr beunruhigend. Serbien verlässt sich auf den Faktor Zeit, um die Früchte seiner Aggression zu ernten.

M. Felber, président de la Confédération: Je n'ai malheureusement pas de solution. (à M. Amberg) Ces déplacements de populations sont-ils prévus avec un changement de frontières ou les Serbes seront-ils regroupés dans une région de la Bosnie Herzégovine?

Fritz Staehelin: Auch bei der Art, wie wir versuchen, wintersichere Unterkünfte zu schaffen, berücksichtigen wir die spätere Entwicklung. Wir möchten es vermeiden, Situationen zu zementieren, die eine spätere Rückkehr der Leute erschweren. Im Moment müssen wir davon ausgehen - und dies ist eine Folge der Londoner Konferenz -, dass sich alle Konfliktparteien auf die "edlen Grundsätze" geeinigt haben. Dies scheint zur Zeit reichlich unwirklich, kann sich aber wieder ändern. Mit der schwierigen Frage der Grenzen, die nur auf dem Verhandlungsweg verändert werden dürfen, wird sich die Genfer Konferenz mit ihren Arbeitsgruppen befassen. Unterdessen müssen wir aber bereits die Leute aus den schrecklichen Gefängnissen herausholen und irgendwohin bringen, wo sie den Winter über bleiben können. Wir wollen aber nicht die Gefängnisse wintersicher machen.

Jenö Staehelin: Man muss überall einsehen, dass das Prinzip der "ethnischen Säuberung" realpolitisch nicht anerkannt werden darf. Nicht nur, weil dies gegen alle seit dem Zweiten Weltkrieg geltenden Regeln verstiesse, sondern auch, weil die Präzedenzwirkung katastrophal wäre. Es gibt unzählige Gebiete mit einer stärkeren ethnischen Durchmischung als in Jugoslawien. Deshalb wurde in London ganz klar festgestellt, dass es keine Anerkennung von Vorteilen geben könne, die durch militärische Mittel erreicht wurden. Die bisherigen Grenzen von Bosnien können nicht verändert werden, ausser dies wäre das Resultat von Verhandlungen oder eventuell einer Schiedsgerichtsbarkeit.

Amberg: Humanitär-operativ müssen die "Säuberungen" anerkannt werden, so tragisch dies ist. Welche politischen Konsequenzen daraus gezogen werden, ist eine andere Frage.

7. Varia

Präsident: Die SPK wird an ihrer nächsten Sitzung auch die Frage der Schlussabstimmung für die Eurolexvorlagen diskutieren. Festlegen wird es das Ratsbüro. Das IKRK lädt beide Kommissionen zu einem Besuch in Genf ein.

Rüesch: Die gleiche Einladung ging auch an die Finanzkommissionen.

Nächste Sitzung: 23. Oktober

Ende der Sitzung 11.30 Uhr.
La séance est levée à 11h30.

Ständerat
Aussenpolitische Kommission

Pressemitteilung:

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates tagte am 7./8. September unter dem Vorsitz von SR Mathias Luregn Cavelti (GR/CVP) und im Beisein des Bundespräsidenten René Felber und von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz. Anwesend waren ferner die Staatssekretäre Franz Blankart und Jakob Kellenberger sowie weitere Spezialisten aus der Verwaltung.

Haupttraktandum war die abschliessende Vorberatung des EWR-Abkommens. Im Mittelpunkt standen hier neben Fragen zur künftigen Rolle der EFTA, zum Bildungswesen und zur Freizügigkeit auch die Auswirkungen des EWR-Abkommens auf die schweizerische Regionalförderung. Der EWR soll nicht zu einer zusätzlichen Konzentration auf wenige wirtschaftliche Zentren führen. Diesbezüglich nahm die Kommission davon Kenntnis, dass die Schweiz als EWR-Mitgliedstaat ihre Regionalförderung wie bis anhin weiterführen könnte und dass im Vergleich zu ausländischen Staaten bestehende Schwellenwerte bei weitem noch nicht erreicht sind. In Bezug auf den institutionellen Teil des Abkommens wurde klargestellt, dass das EWR-Recht keine fremden Richter bringe. Ferner wurde betont, dass das EWR-Abkommen nicht zu einer Schwächung des Parlamentes zugunsten der Gerichte führen dürfe.

Abschliessend stimmte die Aussenpolitische Kommission mit 10 : 0 Stimmen bei keiner Enthaltung dem Bundesbeschluss über den EWR zu. Ziffer II des Bundesbeschlusses (neue Art. 20 und 21 ÜBestBV) wurde vom Entscheid ausgeklammert, da die Staatspolitische Kommission, die zu einem Mitberichtsverfahren zu Ziff. II des Bundesbeschlusses eingeladen worden war, erst am 17./18. September ihre Arbeiten dazu abschliessen wird.

Die Kommission beschloss ferner mit Rücksicht auf das Zweikammernprinzip mit einer formellen Vorberatung des dritten Integrationsberichts abzuwarten und das Geschäft solange von der Traktandenliste abzusetzen, bis der Nationalrat als Erstrat das Geschäft behandelt. Es wurde jedoch zwischen der Kommission und dem Bundespräsidenten ein erster Dialog über den Integrationsbericht und über die Bedeutung des schweizerischen Gesuches um Eröffnung von Beitrittsverhandlungen geführt.

In einem weiteren Traktandum befasste sich die Kommission mit dem Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Ländern und der CSFR und beschloss einstimmig, dem Rat die Genehmigung zu beantragen.

In einem letzten Traktandum informierte sich die Kommission ausführlich über die Lage im ehemaligen Jugoslawien.

Bern, den 8. September 1992

Parlamentsdienste
Fachdienst II

COMMUNIQUE DE PRESSE

La Commission de politique extérieure du Conseil des Etats s'est réunie les 7/8 septembre 1992 à Berne sous la présidence de M. le Conseiller aux Etats Cavelty (C/GR) et en présence du Président de la Confédération René Felber et du Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz ainsi que des Secrétaires d'Etat Franz Blankart et Jakob Kellenberger et d'autres représentants de l'administration.

L'objet principal à l'ordre du jour a été la poursuite et la fin de l'examen préalable de l'Accord sur l'Espace économique européen (EEE). Au centre du débat ont été examinées les conséquences de l'EEE sur le rôle futur de l'AELE, sur l'éducation et la libre circulation ainsi que sur les aides fournies par la Suisse à ses régions. L'EEE ne doit pas conduire à une concentration supplémentaire de quelques centres économiques. A ce sujet, la commission a pris connaissance du fait que la Suisse pourrait en sa qualité d'Etat membre de l'EEE poursuivre comme auparavant sa politique en faveur des régions. En comparaison avec d'autres pays de l'EEE, les aides fournies par la Suisse n'atteignent pas la même ampleur. En ce qui concerne la partie institutionnelle de l'Accord, il a été dit que le droit de l'EEE ne nous soumettra pas à des juges étrangers. De plus, il a été clairement relevé que l'EEE ne devrait pas conduire à un affaiblissement du Parlement au profit des tribunaux.

La commission a approuvé à l'unanimité l'Arrêté fédéral d'approbation de l'EEE, à l'exception du chiffre II dudit arrêté (nouveaux articles 20 et 21 Dispositions transitoires de la Cst), vu que la Commission des institutions politiques, qui avait été invitée à présenter un co-rapport au sujet du chiffre II susmentionné, ne terminera ses travaux en la matière que les 17/18 septembre prochains.

La commission décida en outre de reporter l'examen préalable formel du troisième Rapport sur l'intégration jusqu'à ce que le Conseil national, Conseil prioritaire, ait traité ledit objet. Cependant, un premier dialogue eut lieu entre la commission et le Président de la Confédération au sujet de ce Rapport et de la signification de la demande d'ouverture de négociations en vue d'une adhésion présentée par la Suisse.

La commission a examiné ensuite l'Accord de libre échange entre les pays de l'AELE et la RFTS et décida à l'unanimité de proposer au plénum l'approbation de cet accord.

Enfin, la commission a été informée de manière circonstanciée sur la situation dans l'ex-Yougoslavie.

Vertraulich/Confidentiel
Bern, den 16. September 1992

STAENDERAT
Aussenpolitische Kommission

- TEILPROTOKOLL 1** der Sitzung vom 7. / 8. September 1992,
09.30 - 17.30 und 08.00 - 11.30 Uhr,
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 4
- TAGESORDNUNG** 6. 92.069 ns Botschaft über die Genehmigung des
Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Ländern und der
Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik
(CSFR)
- ORDRE DU JOUR** 6. 92.069 ns Message concernant l'approbation de l'Accord
de libre-échange entre les pays de l'AELE et la République
fédérative tchèque et slovaque (RFTS)
- TEILNEHMER** Präsidium: Cavelti
Anwesende Mitglieder: Flückiger, Bloetzer, Cavadini Jean,
Delalay, Gadiant, Kündig (nur am 8.9.), Onken, Rüesch,
Schiesser
- Entschuldigt:
Béguin, Rhinow, Simmen, Kündig (nur am 7.9.)
- Weitere Teilnehmer:
Botschafter Arioli, BAWI, EVD
H. Pardo, Politische Abteilung I, EDA
H. Gamma, Völkerrechtsdirektion, EDA
H. Antonietti, BAWI, EVD
H. Stücheli, EDA
- Sekretariat: M.A. Hutter, P. Weber
- Protokoll: I. Stauffer (d), D. Fosse (f)

6. 92.069 Botschaft über die Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den Efta-Ländern und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (CSFR)

Arioli: Warum soll man ein Abkommen genehmigen mit einem Staat, der sich in Auflösung befindet? Auflösung ist vielleicht nicht das richtige Wort: es geht um die Frage, ob sich die beiden Republiken aus dem Staatenverbund, den sie heute bilden, lösen wollen und lösen werden. Wollen, das tun offensichtlich die beiden Wahlsieger, die aber im Bundesparlament keine Mehrheit bekommen haben und die deshalb untereinander das Trennungsverfahren aushandeln. Wenn sie eine Lösung gefunden haben - in den Grundzügen haben sie sich geeinigt - wird ein entsprechender Gesetzesvorschlag dem Bundesparlament vorgelegt, und dieses ist allein zuständig, über diesen Vorschlag zu beraten und zu beschliessen. Nach dem heute geltenden tschechoslowakischen Recht, also dem Bundesrecht, setzt eine Trennung der beiden Republiken einen Beschluss des Parlaments und eine Volksabstimmung voraus. Aber der Gesetzesvorschlag, der dem Bundesparlament heute vorliegt, sieht dazu noch drei alternative Verfahrensmöglichkeiten vor: 1. Ein Beschluss des Bundesparlaments, der allerdings eine 4/5 Mehrheit voraussetzt; 2. die Möglichkeit, dass die beiden Parlamente der Republiken einen Trennungsvertrag genehmigen und 3. die Loslösung, also die einseitige Sezessionserklärung einer der Republiken. Jedermann rechnet damit, dass nach der 1. alternativen Verfahrensmöglichkeit vorgegangen wird, d. h., dass das Bundesparlament die Auflösung beschliessen wird und dass anfangs 1993 die neue Verfassung in Kraft tritt.

Für uns wichtig ist, dass nach den Plänen der beiden Regierungschefs beider Republiken wesentliche Elemente gemeinsam weitergeführt werden sollen, und dazu gehört auch die Zollunion. Die beiden Republiken sollen eine Zollunion bilden, und damit würde auch ein einheitlicher Partner für ein Handelsabkommen bestehen bleiben. Sie wollen auch, wenigstens bis auf weiteres, eine Währungsunion weiterführen und eine Art von Verteidigungsgemeinschaft. Rechtlich besteht somit für uns die Möglichkeit, im Falle einer Trennung zu entscheiden, ob wir das Freihandelsabkommen mit den beiden Republiken fortführen wollen oder nur mit einer oder mit keiner von beiden. Von politischer Bedeutung ist - und das ist der Grund, warum die Regierungen der Efta-Länder beschlossen haben, das Ratifikationsverfahren voranzutreiben - die Tatsache, dass es wirtschaftlich Sinn macht, wenn die beiden Republiken eng beieinander bleiben und insbesondere eine Zollunion bilden. Es ist deshalb gut, dass man ihnen zu verstehen gibt, dass wir bereit sind, mit diesen beiden Republiken den Vertrag weiterzuführen, sofern das Trennungsverfahren ordentlich abläuft.

Wo stehen wir mit der Ratifikation? Das Bundesparlament der Tschechoslowakei hat bereits im Juli 1992 ratifiziert. Von der Efta haben Schweden und Norwegen das Abkommen ratifiziert und auf den 1. Juli in Kraft gesetzt. Finnland, Oesterreich und Island haben das Ratifikationsverfahren eingeleitet und möchten es - gleich wie wir - möglichst rasch abschliessen. Wir haben, gestützt auf das Bundesgesetz über aussenwirtschaftliche Massnahmen, das Abkommen auf den 1. Juli provisorisch in Kraft gesetzt, und gemäss dem in diesem Bundesgesetz vorgesehenen Verfahren hat Ihnen der Bundesrat jetzt das Abkommen zur Genehmigung unterbreitet. Liechtenstein ist insofern ein Sonderfall,

als das Fürstenhaus noch einen vermögensrechtlichen Streit mit der Tschechoslowakei führt. Dieser Streit gründet darauf, dass in den ersten Nachkriegsjahren die fürstlichen Liegenschaften in der Tschechoslowakei in gleicher Weise enteignet wurden wie deutsches Eigentum. Das Fürstenhaus bestreitet die Berechtigung zu dieser Gleichbehandlung mit deutschem Eigentum und möchte bis auf weiteres das Abkommen nicht ratifizieren.

Für das Funktionieren des Abkommens hat das vorläufig keine Auswirkungen, weil die Schweiz aufgrund des Zollvertrages mit Liechtenstein zuständig ist, Zollverträge mit dem Ausland abzuschliessen, die auch für das Fürstentum anwendbar sind. Die Freihandelsmassnahmen, die wir in diesem Abkommen vereinbart haben, gelten daher auch für Liechtenstein. Die Liechtensteiner haben in allen Phasen der Verhandlung teilgenommen; sie wissen, dass wir das Abkommen provisorisch anwenden und dass wir es dem Parlament zur Genehmigung zugeleitet haben.

Zum Inhalt: Es geht - wie gesagt - um ein Freihandelsabkommen. Dieses Abkommen ist in den Zusammenhang mit den gesamten westeuropäischen Bestrebungen zu setzen, die Reformländer der ersten Stunde - Polen, Tschechoslowakei und Ungarn - in das westeuropäische Freihandelssystem einzubeziehen und es an die wirtschaftlichen Zusammenarbeit Westeuropas schrittweise anzunähern. Die EG hat zu diesem Zweck Assoziationsabkommen abgeschlossen, deren Freihandelsbestimmungen seit dem 1. März 1992 in Kraft sind und deren übrige Bestimmungen dem Ratifikationsverfahren in der EG und in den EG-Mitgliedstaaten unterliegen. Parallel dazu haben sich die Efta-Länder bemüht, ein Freihandelsabkommen abzuschliessen, das ähnlich wie das Assoziationsabkommen der EG eine stufenweise weitere Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen vorsieht, wie z. B. im Bereich der technischen Handelshemmnisse, der öffentlichen Einkäufe und vor allem auch des geistigen Eigentums.

Was den Freihandel angeht, ist er im Assoziationsabkommen der EG gleich wie in diesem Freihandelsabkommen der Efta-Länder asymmetrisch, d. h. für Industriewaren bauen die EG- und die Efta-Länder ihre Zölle mit dem Inkrafttreten auf Null ab, während auf tschechischer Seite je nach Produktkategorie eine gewisse Staffelung stattfindet. Bei gewissen Produkten, bei denen die Tschechoslowakei heute schon kein Schutzbedürfnis hat, werden ab Inkrafttreten Nullzölle angewendet. Für die meisten Produkte soll die Tschechoslowakei ihre Zölle innerhalb von fünf Jahren abbauen, und für einige Produkte ist eine Frist von zehn Jahren vorgesehen. Für die Landwirtschaft mussten bilaterale Vereinbarungen getroffen werden, da ja die Efta-Länder keine gemeinsame Landwirtschaftspolitik haben. Im Falle der Tschechoslowakei war dies relativ einfach, weil dieser Staat keine sehr grossen landwirtschaftlichen Exportinteressen hat. Wir haben eine Liste von Zollkonzessionen ausgehandelt, die Sie im Anhang zum Abkommen in der Botschaft finden. Wir haben diese Konzessionen in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Landwirtschaft ausgehandelt, und die implizierten Kreise in der Schweiz wurden laufend informiert. Auch in diesen Kreisen ist man der Meinung, dass diese Konzessionen durchaus akzeptabel sind.

M. Cavadini Jean: Il est bien entendu que j'entre en matière et que l'accord est, si j'ose dire, presque réglementaire! Une question m'intrigue, malgré tout: dans la partition certaine de la Tchécoslovaquie, que se passerait-il dans les

trois hypothèses données auparavant, soit: on n'a pas besoin de renégocier l'accord, car quel que soit l'avenir de ces deux composantes de l'ancienne république, l'accord passé demeurera. Il est possible que l'un des deux nouveaux Etats souhaite une renégociation sur un point ou sur un autre, tandis que l'autre l'accepte tel. Que se passerait-il? Aurions-nous, pour notre part, à renégocier une des deux parties ou bien l'ensemble de l'AELE devrait être partie prenante?

Ensuite, l'on nous dit que les incidences financières de ce traité ne sont pas lourdes puisqu'elles sont de l'ordre de 11 millions de francs, mais qu'il y a un intérêt bien réel pour la Suisse, dans la mesure où les investissements de ses banques sont croissants vers la Tchécoslovaquie. En l'occurrence, pourrait-on nous donner quelques exemples? En effet, j'ai eu d'autres informations selon lesquelles, après un départ assez prometteur, le commerce s'est fortement ralenti. Quels sont les chiffres actuels que l'on a dans cet accord?

Enfin, où en est-on avec la Hongrie et la Pologne, eu égard à ces mêmes négociations, qui sont allées beaucoup plus vite avec la Tchécoslovaquie, ce qui est un peu paradoxal, étant donné les événements que connaît ce pays? Pourquoi n'a-t-on pas un parallélisme avec la Tchécoslovaquie?

M. Delalay: L'accord bilatéral agricole, qui n'a rien à voir avec l'accord AELE-République fédérative tchèque, est-il déjà en vigueur?

Gadient: Ich begrüße dieses Abkommen; es liegt ja ganz auf der Linie unseres grundsätzlichen Bekenntnisses zur Förderung der ost- und mitteleuropäischen Staaten. Das ist sicher ein aktiver Beitrag, der sich in vertretbaren Grenzen hält. Es ist auch abgesichert, dass die politische Ungewissheit aufgefangen werden kann; wenn es zu einer Trennung der Republiken kommen sollte, wird man die nötige Flexibilität haben, Anpassungen vorzunehmen. Ich glaube, dass die vorgesehene Asymmetrie gerechtfertigt ist mit Blick auf die besondere volkswirtschaftliche Struktur des Partnerstaates.

Meine Überlegungen beziehen sich auf die Agrarexporte. Diese haben zwar eine marginale Bedeutung - in der Botschaft ist von 13 Prozent die Rede -, trotzdem ist hier die Möglichkeit gegeben, dass Intensivierungen stattfinden werden. Wieder einmal ist der Agrarbereich von einem Entgegenkommen geprägt zugunsten der Industrie. Das macht hier nicht viel aus; aber es ist ein Stein im gesamten Mosaik, und das darf man hier auch wieder einmal bemerken. Es ist auch sehr wichtig, dass die Ursprungsregeln im Anhang verankert sind. Gerade im Agrarbereich hat das seine Berechtigung; Geburt und Aufzucht z. B. im Fleischsektor, denn die Einfuhr von Rindfleisch aus den europäischen Oststaaten hatte schon immer ihre Bedeutung. Es ist wichtig, dass dort Vorschriften vorhanden sind, die eine Barriere bilden. Sonst wäre hier bald einmal eine Verschiebung von Potentialen denkbar. - Frage: Beinhaltet dieses Abkommen nicht ein Präjudiz mit Bezug auf die Regelungen mit Ungarn und Polen? Dort sind dann die Agrarpotentiale viel grösser. Kann man dann dort zurückbuchstabieren und weniger weit gehen als im Abkommen mit der CSFR?

Onken: Ich bin auch für Eintreten und werde dieser Vorlage sehr gerne zustimmen. Als erstes möchte ich eine Frage zum Agrar-

reich stellen: Ich habe die Evolutivklausel, die es hier ja auch gibt, gesucht, aber nicht gefunden. Es hätte mich interessiert, ob sie auch einen Wortlaut hat, der dem Wortlaut der Evolutivklausel im EWR-Abkommen entspricht, also dass die Evolution der agrarpolitischen Beziehungen im beidseitigen Interesse sein muss? Die besorgten Bauern werden ja damit beruhigt, dass man sagt, ein Ausbau der Beziehungen müsse im beidseitigen Interesse liegen - Herr Blankart ist ganz stolz, dass er dies hat einbringen können.

Meine zweite Feststellung bezieht sich auf das, was Herr Gadiant gesagt hat: Die Zugeständnisse, die hier gemacht werden, könnten als symptomatisch bezeichnet werden für die Situation im Falle einer Ablehnung des EWR-Abkommens. Die Schweiz würde dann auf diesen schwierigen Weg der bilateralen Verhandlungen verwiesen; namentlich die südlichen EG-Länder hätten ein Interesse daran, bei jedem dieser Abkommen - mag es die Banken betreffen oder die Versicherungen - Konzessionen im Bereiche der Agrarpolitik auszuhandeln. Es bestünde die Gefahr, dass die Landwirtschaft der Schweiz einen Preis bezahlen müsste, damit vielleicht Erleichterungen in anderen wirtschaftlichen Bereichen ausgehandelt werden könnten.

Wir haben diese Tage die Fahne zum Lebensmittelgesetz zugestellt bekommen mit den letzten Differenzen. Da ist in Artikel 2 eine Formulierung eingebaut worden, wonach diese Anforderungen ökologischer, gesundheitlicher und anderer Art an Lebensmittelprodukte auch für importierte Produkte gelten sollen, vorbehaltlich des Gemeinschaftsrechts oder internationaler Verträge, die keine Einschränkung erlauben. - Frage: Könnten die Importe aus der CSFR einer solchen Schutzklausel unterliegen, wonach für den Import in die Schweiz die gleichen ökologischen Kriterien erfüllt sein müssen, die wir auch unseren Bauern zur Auflage machen?

Schiesser: Herr Botschafter Arioli hat uns die Rechtslage in bezug auf die Auseinandersetzung zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der CSFR dargelegt. Dies ist eine Angelegenheit, die uns grundsätzlich nicht betrifft. Wie aber der Botschaft (S. 17/18) zu entnehmen ist, gibt es bestimmte Bereiche, die der Zustimmung Liechtensteins bedürfen, damit dieses Abkommen vollständig zur Anwendung käme. Ist es nicht etwas aussergewöhnlich, dass im Rahmen der Efta ein solches Abkommen abgeschlossen wird, obwohl ein Efta-Staat nicht zustimmen kann, und dass das Abkommen sogar provisorisch in Kraft gesetzt wird, bevor überhaupt zugestimmt worden ist? Ist dies nur eine Folge des besonderen Verhältnisses zwischen der Schweiz und Liechtenstein, oder ist das in anderen Fällen auch schon vorgekommen?

Präsident: 1. Besteht durch die zu erwartende Trennung nicht die Gefahr einer Verzerrung? Ein Vertrag ist ja immer ein *do ut des*; könnte es durch die Veränderungen nicht dazu kommen, dass der eine Teil der heutigen CSFR nur noch bekommt und der andere nur noch verpflichtet wird? Bei beiden Teilen zusammen ging die Rechnung auf, aber bei einer Teilung nicht mehr. Wenn z. B. der eine Staat ein reiner Industrie- und der andere ein reiner Agrarstaat wird, würde der Austausch nicht mehr stimmen.

2. Rechtfertigt sich die Ausdehnung des Abkommens auf beide Staaten? Je nachdem, wie die Slowakei die Ungarn behandelt, müsste man sich fragen, ob wir sie wirklich auch bevorzugen

sollen. Man hat ja gelesen, dass die Ungarn sehr stark bedrängt werden durch die CSFR.

3. Wie ist das Volumen der Landwirtschaftsprodukte, nicht in Prozenten, sondern in absoluten Zahlen?

4. Der Verlust von 11 Millionen Franken Einnahmen ist natürlich zu verschmerzen. Die Botschaft führt aber aus, dieser Verlust werde kompensiert durch die besseren Exportbedingungen, die unsere Industrie bekomme. Das ist schon richtig; aber die Mindereinnahmen und die Gewinne gehen nicht in die gleiche Kasse. Den Verlust, den trägt die Bundeskasse - und er geht zulasten der Landwirtschaft -, und der allfällige Gewinn geht zugunsten der Industrie, also der Privaten, die exportieren.

Arioli zum Präsidenten: Zunächst zu den Fragen im Zusammenhang mit der Trennung. Im Assoziationsabkommen der EG wurden auf EG-Seite gewisse mengenmässige Konzessionen gemacht; wenn sich die beiden Republiken trennen, müssen diese Konzessionen aufgeteilt werden. Im Gegensatz dazu haben wir keine mengenmässigen Konzessionen gemacht, sondern nur Zollkonzessionen, und die können ohne weiteres von beiden Staaten in gleicher Weise beansprucht werden. Dasselbe gilt auf tschechoslowakischer Seite: Das Abkommen enthält keine Verpflichtungen, die nur noch die eine oder die andere Republik erfüllen könnte oder die nur noch im Interesse der einen oder anderen Republik wäre. Wir erwarten auch bei einer Trennung der Republiken keine Neuaushandlung des Abkommens. Was wir nicht ausschliessen können, ist, dass die eine oder die andere Regierung eine Nachbesserung verlangt. Aber die Efta-Länder möchten das Abkommen in der Form, wie es ausgehandelt worden ist, auch gegenüber den beiden Republiken weiterführen. Gerade das ist ein Motiv, mit der Ratifikation vorwärts zu machen, weil man eben eine Neuaushandlung verhindern möchte.

Wie steht es mit den Verhandlungen mit Ungarn und Polen? Die Ungarn und die Polen haben sich sowohl in den Verhandlungen über den Grundvertrag als auch in den bilateralen Verhandlungen über Landwirtschaftskonzessionen mehr Zeit gelassen als die Tschechoslowaken. Einige Bestimmungen im Grundvertrag sind bis heute nicht ausdiskutiert, obwohl wir der Meinung sind, dass eine Einigung möglich ist, die auf der Linie dessen liegt, was wir mit der CSFR vereinbart haben. Wo sie sehr viel härter verhandeln, das ist in den bilateralen Verhandlungen über die Landwirtschaft - nicht nur mit der Schweiz, sondern auch mit Oesterreich und mit den nordischen Ländern. Wir haben unsererseits die Verhandlungslinie aufrecht erhalten, dass wir über Zollkonzessionen verhandeln, nicht aber über mengenmässige Beschränkungen. Das hat einerseits einen internen Grund: Mengenmässige Beschränkungen sind das entscheidende Steuerungsinstrument in unserer landwirtschaftlichen Aussenhandelspolitik. Zollkonzessionen können wir noch verkraften, und diese gehen wahrscheinlich nicht zu Lasten inländischer Produzenten, sondern zu Lasten von Konkurrenten aus anderen Ländern. Mengenmässige Konzessionen zu machen ist andererseits aus systemischen Gründen unmöglich: Auf Druck des Gatt haben wir ja unsere Importkontingente globalisiert, d. h. wir machen keine bilateralen Länderkontingente mehr. Für Wein oder Fleisch z. B. machen wir ein Kontingent für die Gesamtimporte, und es ist Sache des schweizerischen Importeurs, das wettbewerbsfähigste Angebot von den verschiedenen Exportländern auszuwählen. Wir wollen da nicht zurückgehen zu bilateralen Länderkontingenten. Das macht

Polen und Ungarn noch etwas Mühe, weil sie von der EG Konzessionen erhalten haben, die ihnen ein ausschliessliches Recht zum Import zugestehen.

Zu Herrn Gadiant: Bezahlt hier die Landwirtschaft für die Industrie? Darüber könnte man sehr lange diskutieren. Auf Seiten der Industrie wird man damit argumentieren, dass die Landwirtschaft bisher einen sehr hohen Schutz gehabt hat und dass die Zeit gekommen sei, etwas von diesem hohen Schutzniveau herunterzukommen. Es sei der Industrie nicht zumutbar, dass sie auf den Auslandsmärkten diskriminiert wird, weil wir dieses hohe Schutzniveau nicht in Frage stellen wollten. Aber wir sind ja im Rahmen des Gatt negotiationsbereit, und die Konzessionen, die wir hier machen, sollten eigentlich unsere Landwirtschaft nicht wesentlich berühren. In dem Sinn sehen wir im Abkommen mit der CSFR auch kein Präjudiz. Polen und Ungarn verlangen mehr, als die CSFR bekommen hat, und das ist der Grund, warum wir diese Verhandlungen noch nicht abschliessen konnten.

Zu Herrn Onken: Die Evolutivklausel ist ein Artikel (Art. 29), der dem Freihandelsabkommen entspricht. Es ist nur eine harmonische Weiterentwicklung des Handels vorgesehen und nicht, wie im EWR, eine regelmässige Neuaushandlung. Der EWR geht da etwas weiter, auch wenn er im Ergebnis vielleicht nicht weiterführt, weil eben dort ausdrücklich festgehalten ist, dass zusätzliche Liberalisierungen nur im beidseitigen Interesse stattfinden sollen.

Zur Oekologieklausel im Lebensmittelgesetz: Ich glaube, dass in diesem Abkommen mit der CSFR keine Bestimmung enthalten ist, die uns daran hindern würde, diese Klausel anzuwenden. Anders ist dies im Verhältnis zur EG, wo wir bei den nichttarifari-schen Handelshemmnissen durch das Abkommen gebunden werden. Eine andere Frage ist es, ob wir eine derartige Diskriminierung der Tschechoslowakei im konkreten Fall auch tatsächlich wollen. Das wird davon abhängen, wie die Produktionsverhältnisse in der CSFR sind.

Zu Herrn Schiesser: Ein ähnlicher Fall wie der Fall Liechtenstein ist noch nie vorgekommen, weil das Fürstentum Liechtenstein in wirtschaftlichen Angelegenheiten bis vor kurzem nie als Vertragspartei aufgetreten ist. Man hat in beidseitigem Einvernehmen jeweils eine sehr extensive Auslegung des Zollvertrages mit Liechtenstein angewandt, so dass z. B. auch die Gatt-Kodizes über öffentliche Einkäufe und nichttarifarisches Handelshemmnisse auf das Fürstentum angewandt worden sind, ohne dass das Fürstentum als eigenständige Vertragspartei aufgetreten ist. Dort, wo allenfalls Bestimmungen in Frage stehen, die für das Fürstentum eine besondere Bedeutung haben, weil sie nicht abgedeckt sind durch den Zollvertrag - es geht um Vertragsbestimmungen, die eher programmatischer Natur sind - könnten sich Probleme ergeben. Aber für diejenigen Bestimmungen, die ab Inkrafttreten anwendbar sind, sehe ich keine Schwierigkeiten voraus.

Die Anwendbarkeit der Landwirtschaftsvereinbarung: Sie ist auch auf den 1. Juli provisorisch in Kraft gesetzt worden und unterliegt den gleichen Bedingungen wie das Abkommen selbst, d. h. Anwendung und nachträgliche Genehmigung durch die Bundesversammlung.

Zum Präsidenten: Den Einnahmenverlust mit dem Gewinn aufzurechnen ist natürlich eine volkswirtschaftliche Ueberlegung. Es ist richtig, dass diese Gewinne nicht direkt in die Bundeskasse kommen. Zölle sind ja an sich Bundeseinnahmen, sofern es sich nicht um Fiskalzölle handelt, und die werden hier in keiner Weise berührt. Aber normale Zölle, die ein fiskalisches Element und ein Schutzelement haben, hat man von jeher auch unter dem wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt der Liberalisierung angesehen und nicht nur unter dem fiskalischen Aspekt. Mit dieser Ueberlegung lässt sich ein Einnahmeverlust rechtfertigen, wenn die Handelsliberalisierung im beidseitigen Interesse ist.

Gadient: Vorerst möchte ich Herrn Botschafter Arioli für seine hervorragenden Ausführungen danken. - Der Vertrag ist in bezug auf die Dauer offen gehalten. Es ist vorgesehen, dass er in Kraft tritt, wenn alle Signatarstaaten ihre Ratifikationsurkunden beim Depositarstaat hinterlegt haben. Dieses Vorgehen ist insofern ein wenig eigenartig, als die Signatarstaaten einzeln bei der CSFR deponieren und nicht gemeinsam; denn Kontrahentin wäre ja eigentlich die Efta als Ganzes. Vor allem werden aber diese Efta-Staaten nicht nur als Signatarstaaten, sondern als Vertragsstaaten bezeichnet. In einem weiteren Sinne verstehe ich das durchaus, aber der Vertrag basiert ja auf einem Abkommen zwischen der Efta und der CSFR. Das hat dann Konsequenzen für die Kündigung: In Art. 38 heisst es: "Abs. 1. Jeder Vertragsstaat kann unter Abgabe einer schriftlichen Notifikation an den Depositarstaat von diesem Abkommen zurücktreten. Der Rücktritt wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt, an welchem der Depositarstaat die Notifikation erhalten hat, wirksam. - Abs. 2., und treten alle Efta-Länder zurück, erlischt das Abkommen nach Ablauf der letzten Kündigungsfrist." Heisst das, dass wir für eine Kündigung nicht mit einer Stimme sprechen müssen, obwohl umgekehrt das Inkrafttreten von einer einheitlichen Grundhaltung abhängt? Ist das nicht ein Widerspruch? Und heisst das, dass, solange ein Efta-Staat das Abkommen weiterträgt, dieses weiterbesteht?

Arioli: Herr Gadient, Sie berühren da einen Punkt, der für die Juristen tatsächlich einige Schwierigkeiten bereitet hat. Ausgangspunkt ist der Umstand, dass die Efta eine Freihandelszone ist und deshalb jeder Efta-Staat in seinen Beziehungen zu Drittstaaten handelspolitisch selbständig ist. Aufgrund der politischen Verhältnisse waren sich aber die Efta-Länder sofort einig, dass man hier ein Interesse daran hat, dass nicht jeder Staat mit der Polen, Ungarn und der CSFR separat verhandelt - das wäre für diese Länder eine Ueberforderung gewesen. Was wir ja anstreben, ist, dass diese Länder in den westeuropäischen Freihandelsraum eingebunden werden. Es besteht also ein politisches Interesse, ein einheitliches Abkommen zwischen allen Efta-Ländern und den mitteleuropäischen Ländern abzuschliessen. Aber rechtlich ist es nach wie vor so, dass die Efta als Ländergruppe keine Verhandlungskompetenz hat. Dieses Abkommen ist also von niemandem namens der Efta unterschrieben worden, sondern nur von den Efta-Staaten, und diese sind Vertragsparteien. Weil wir ein politisches Interesse daran haben, dass alle Länder an diesem Abkommen teilhaben, hat man die Bestimmung aufgenommen, dass für das Inkrafttreten grundsätzlich alle Efta-Staaten mitmachen sollten. Aber nach den Absätzen 2 bis 4 von Art. 39 besteht für den Fall, dass diese Einheit nicht zustande

kommt, die Möglichkeit, wieder zusammenzutreten und zu diskutieren, ob das Abkommen trotzdem in Kraft treten soll. Ich bin sicher, dass, wenn ein Staat, z. B. Liechtenstein, definitiv entscheiden würde, an diesem Abkommen nicht teilzuhaben, die übrigen Länder doch entscheiden würden, das Abkommen in Kraft zu setzen.

Zur Kündigung: Jedes Efta-Land kann an sich selbständig handeln, und deshalb kann auch jedes Efta-Land zurücktreten, ohne dass dies das Abkommen auch für die anderen Länder berührt. Die Kündigung gilt dann nur im Verhältnis CSFR und dem kündigenden Efta-Land.

Onken: Herr Botschafter, Sie haben gesagt, dass Sie im Rahmen dieser Vereinbarung keine Einschränkung sehen, die es verhindern würde, dass wir die im Lebensmittelgesetz vorgesehene Klausel auch für die Importe aus der CSFR anwenden würden. Gleichzeitig sagten Sie aber auch: "Aber ob eine solche 'Diskriminierung' der CSFR im konkreten Falle auch gewollt wird, ist eine offene Frage." Dieses Wort "Diskriminierung" stört mich in diesem Zusammenhang ein wenig. Wenn wir diese Auflagen für Produkte aus den mitteleuropäischen Staaten nicht machen, sehe ich eine Diskriminierung unserer eigenen Landwirte und ihrer Produktion. Ich wäre eigentlich für eine weitestgehende Liberalisierung auch des Agrarhandels, wenn die Gewähr gegeben wäre, dass die eingeführten Produkte tatsächlich den gleichen Qualitätskriterien und den gleichen Auflagen unterworfen wären wie die schweizerischen Produkte. - Frage: Welche Bestimmung im Rahmen der EWR-Vereinbarung verhindert, dass eine solche Auflage nicht gelten kann? Wo genau ist festgelegt, dass dies gegenüber den EWR-Ländern ausgeschlossen ist?

Arioli: Ich möchte den Entscheid über diese Frage auf den Moment vorbehalten, wo wir vor der konkreten Situation stehen. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass Ihre Überlegungen massgebend sein werden, dass es nicht sinnvoll und nicht gerecht ist, gegenüber tschechoslowakischen Exporten auf Auflagen zu verzichten, die wir unseren inländischen Produzenten auferlegen. Dem können die Tschechoslowaken entgegenhalten, sie wendeten die gleichen ökologischen Regeln an wie die EG und bei der EG akzeptierten wir die Importe. Dann kommt es auch auf die Menge an: Wenn die CSFR der Hauptexporteur wäre und aus dem EG-Raum nur verschwindend kleine Mengen hereinkämen, könnte man darauf bestehen, dass das etwas anderes ist. Wenn aber umgekehrt die Importe aus der CSFR marginal sind und die EG Hauptexporteur ist, wäre es politisch schwierig, auf unseren Anforderungen zu bestehen. - Rechtlich sind wir aufgrund dieses Abkommens sicher nicht verpflichtet, auf diese Oekologieklausel zum vorneherein zu verzichten.

Gegenüber der EG haben wir uns mit dem EWR-Abkommen auf gemeinsame Vermarktungsvorschriften geeinigt, was, wenn immer möglich, auch für die Weiterentwicklung gilt. Es wäre natürlich EWR-widrig, wenn wir zum vorneherein sagten, für ökologische Auflagen für Lebensmittelproduzenten gelte immer das schweizerische Recht. - Ich bin aber nicht Spezialist auf diesem Gebiet und möchte meine Antwort mit allen Vorbehalten geben.

Schiesser: Es heisst in der Botschaft, die skandinavischen Staaten und Oesterreich hätten gewisse Vorbehalte angebracht in bezug auf sogenannte "sensible" Produkte. - Fragen: 1. Hat sich

für die Schweiz keine solche Notwendigkeit gezeigt, in irgendeinem Bereich - ich denke z. B. an die Textilien? - 2. Wie beurteilen Sie die Auswirkungen dieses Verzichts auf weitere Abkommen, die folgen werden? Polen und Ungarn könnten darauf hinweisen, dass wir bei der CSFR auch keine Ausnahmen verlangt hätten. Hat dieser Verzicht nicht einen präjudiziellen Charakter?

Arioli: Es geht hier um den Textilbereich; die nordischen Staaten und Oesterreich haben gesagt, sie könnten ihre Textilzölle nicht auf einen Schlag auf Null abbauen; sie brauchen eine Uebergangsfrist von fünf Jahren. Wir waren aufgrund von Konsultationen mit der Industrie in der Lage, keine solchen Ausnahmen zu machen. Wir haben das auch in den Verhandlungen mit Polen und Ungarn als Argument gebraucht und verlangt, dass diese Länder die Gewährung des vollen Freihandels im Industriebereich von unserer Seite bei ihren Landwirtschaftsbegehren berücksichtigen und dass sie anerkennen, dass sie da von uns mehr bekommen haben als von den anderen Ländern. Unsere Textilzölle betragen ja maximal 10 Prozent des Warenwertes - bei Billigimporten machen sie zwar wesentlich mehr aus. Die Erfahrungen mit dem Türkei-Abkommen, das seit dem 1. März 1992 in Kraft ist - die Türkei ist der stärkste Textilexporteur von all diesen Ländern -, haben gezeigt, dass dieser Zollabbau von unserer Textilindustrie ohne Schwierigkeiten akzeptiert wird.

M. Delalay: Afin d'apprécier la portée de ces concessions tarifaires que la Suisse a accordées à la République fédérative tchécoslovaque, je voudrais poser la question suivante: ces concessions tarifaires, qui sont prévues dans cet accord pour les produits agricoles, sont-elles supérieures à celles faites à d'autres pays et, en particulier, à ceux de la Communauté ou bien sont-elles égales aux concessions accordées aux pays de la Communauté pour les mêmes produits agricoles?

Arioli: Das ist in der Botschaft erwähnt: 11 Millionen Franken Zollausfälle auf Industrieprodukten und 250'000 Franken auf Agrarprodukten, wenn man auf die bisherigen Importe aus diesen Ländern abstellt. Die Importmenge heute ist ja sehr gering, und auch Zollkonzessionen sind sehr beschränkt. Ich habe jetzt keinen Vergleich der Produkteliste hier, die wir im Rahmen der Kohäsionsverhandlungen mit der EG gegeben haben und derjenigen, die wir der Tschechoslowakei gegeben haben. Es ist möglich, dass wir mit der CSFR etwas weiter gegangen sind als mit der EG. Denn bei der EG haben wir ja - im Einvernehmen mit der Kommission - diese Kohäsionsliste auf Importprodukte der Mittelmeerländer beschränkt. Es wäre etwas unfair gewesen, wenn wir den Tschechoslowaken gesagt hätten, sie könnten auf Mandeln und Zitronen Konzessionen haben, aber nicht auf anderen Produkten.

Onken: Werden Rüstungsgüter in irgendeiner Form besonders behandelt?

Arioli: Nein. Das sind ja in der Regel Staatskäufe, wo die Zollbehandlung keine Rolle spielt.

Onken: Sie sind somit voll integriert und in vollem Umfang möglich.

Arioli: Richtig. Rüstungsgüter sind ja Geschäfte unter Staaten, und der Staat als Käufer bezahlt in der Regel beim Import keinen Zoll. Eine der Ueberlegungen, die dafür spricht, dieses Abkommen tel quel auch mit der Slowakei abzuschliessen und es in den westeuropäischen Freihandelsraum einbinden, ist die, dass wir damit diesem Lande eine Ermutigung zur Konversion seiner Rüstunindustrie geben, indem wir bereit sind, Industriegüter aus dem Stahlsektor zu Freihandelsbedingungen zu übernehmen.

M. Flückiger: Nous avons certainement raison de nous montrer positivement critiques vis-à-vis de l'accord qui nous est soumis. Cependant, je me demande si nous ne prenons pas un excès de précautions. En effet, il faut garder le sens de la mesure! Nous sommes confrontés par ailleurs à un Accord sur l'Espace économique européen, qui nous prend un temps relatif par rapport à celui que nous consacrons à l'examen très attentif, ici, d'un accord qui n'aura forcément qu'une faible influence.

Pour ma part, je regrette que nous n'ayons qu'un accord avec un pays en phase d'implosions, à discuter ici. J'aurais préféré que l'AELE, mais depuis plusieurs années déjà, se montre plus dynamique dans son approche des anciennes républiques démocratiques populaires de l'Est, une fois qu'elles ont recouvré leur liberté et qu'elles ont renoué avec l'économie de marché. En l'occurrence, les approches qui, en son temps, avaient eu lieu avec l'ancienne Yougoslavie, avaient porté sur des accords similaires.

Personnellement, je plaçais pas mal d'espoir dans la possibilité d'élargissement de l'AELE en direction de l'Est. Hélas, ces espérances ont été déçues: l'AELE, il faut le constater bon gré, mal gré, est entrée dans une phase déliquescence.

Ainsi donc, il n'y a pas d'objet soumis aux délibérations de notre commission qui soient sans importance et, de ce point de vue, nous avons raison de donner à cet accord une certaine importance, mais soyons aussi conscients que ceci ne mettra en péril ni les exportations ni les importations suisses, et encore moins l'équilibre écologique de notre pays!

Präsident: Eintreten ist damit beschlossen.

Titel und Ingress
angenommen

Artikel 1
angenommen

Artikel 2
angenommen

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Beschlusentwurfes

9 Stimmen
(Einstimmigkeit)